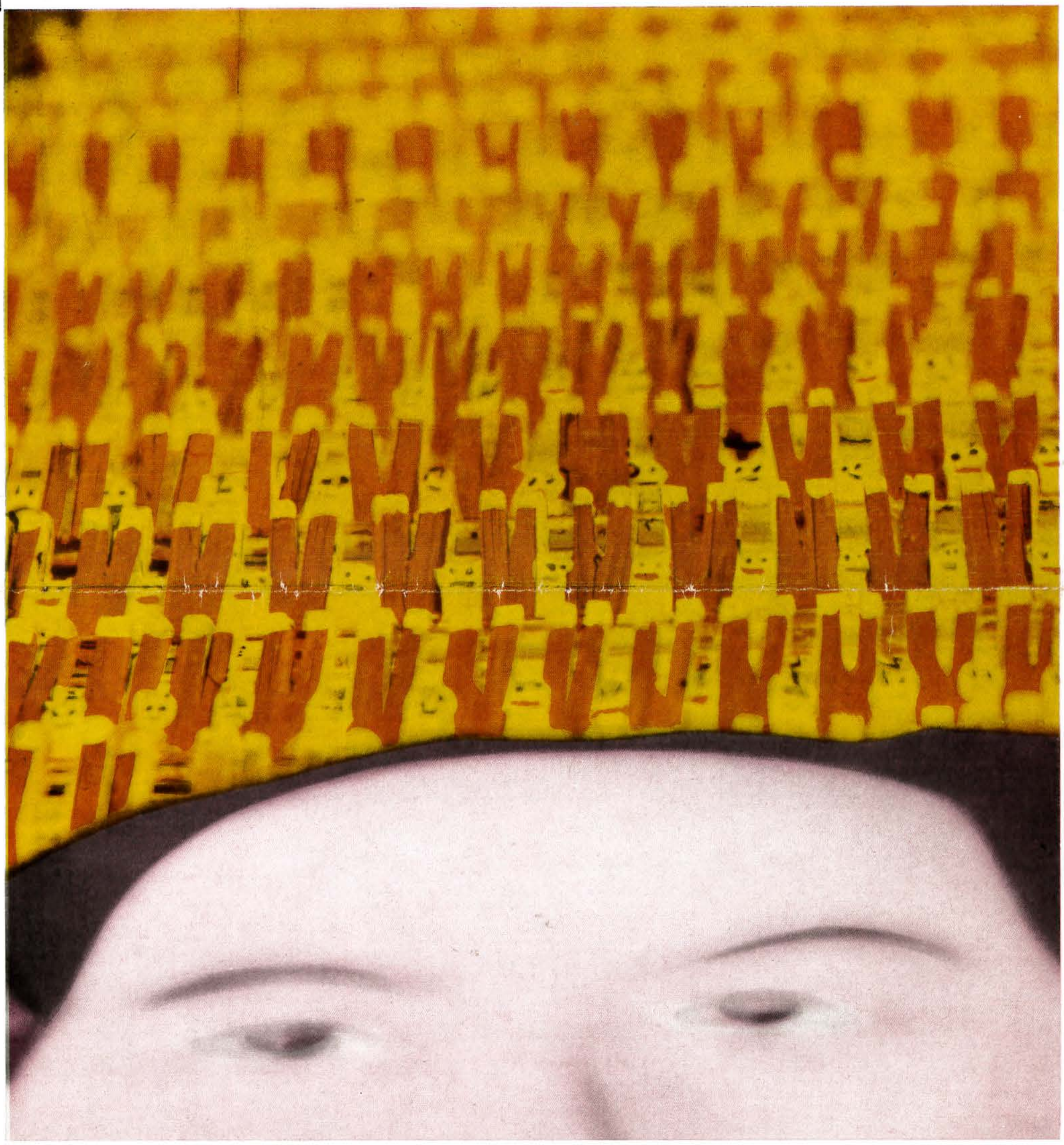
5

1966 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

16. JAHRG. JULI

D 2442 F Preis 50 Pf, Studenten 20 Pf

DISKUS



mao und die gymnasiasten (ausschnitt); foto: christian röder

thomas bayrle

Maß für Maß

Vorlesungskritik für Frankfurt

„Die deutsche Universität ist nicht in einer Krise, sondern in einem völligen Zerfall. Das kann nur noch durch eine Revolution geändert werden." (Prof. O. H. von der Gablentz)
In Frankfurt plant der DISKUS, unter Berücksichtigung der Berliner und Göttinger Erfahrungen, Vorlesungskritiken einzuführen.

Reaktionen wie die der Professoren Kaiser und Lieber machten das Projekt „Vorlesungsrezension" anrüchig, sie bestätigten jedoch zugleich dessen Notwendigkeit als einer hochschulpolitischen Institution. Vorlesungskritik sollte zunächst das darstellen, was seit über vierzig Jahren in den Vereinigten Staaten an geachteten Universitäten wie Yale, Harvard und der *University of California* unter „Confidential Guide" oder „Course Critique" üblich ist. Freilich erfordert die völlig andere Hochschulstruktur in der Bundesrepublik eine entsprechende immanente Analyse, sie kann sich nicht in bloßer Wertung des vom Dozenten vorgetragenen erschöpfen. Das Pathos der Reaktion vermag allein schon abzuzeichnen, welche Möglichkeiten die Deskription und Analyse von Vorlesungen, Seminaren und Übungen an bundesdeutschen Massenuniversitäten eröffnen, an denen eine Kommunikation zwischen Professor und Student als „ungezwungenes und absichtsloses Zusammenwirken" (Humboldt) nicht mehr möglich ist. Die liberalen Verhältnisse des Lehrbetriebs in den Vereinigten Staaten erlauben es, Vorlesungsrezensionen als Instrument zur Rationalisierung des Ausbildungsbetriebes von Hochschulbehörden zu fördern; das Hochschulsystem der Bundesrepublik muß dagegen erst beweisen, ob es einer kritischen Analyse seiner akademischen Herrschaftsstruktur und seiner Ideologie standhält. Ihres oppositionellen Charakters bewußt will die Vorlesungsrezension sich nicht als unpolitisches hochschulpädagogisches Experiment verstanden wissen, sondern sie möchte eine sozialkritisch und hochschulpolitisch reflektierte Diskussion unter den Studenten über die Struktur des Lehrbetriebs und der Hochschulverfassung vorantreiben. Die Überlegungen und Argumente des FU-Spiegels, denen wir uns durchaus anschließen, fordern daher eine Aktivierung der studentischen Öffentlichkeit, der bisher eine Konsumentenrolle auf Grund struktureller Mißstände der Universität und des autoritären Verhaltens vieler Professoren aufgezwungen wird.

Ein hochschulkritisches Rezensionsprogramm wird zunächst ausgehen von den unmittelbaren Interessen der betroffenen Studenten an einem wissenschaftlich produktiven Studium unter Vermeidung von Zeitverlust und sinnlosen Arbeiten. Darunter sei nicht Stoffhuberei und unreflektierte Aneignung positivistischer Daten verstanden, vielmehr ein Studium, das sich von den Fesseln einer autoritär-bürokratischen Ausbildungsmaschine befreit. Indem die direkte Hochschulkritik die neuhumanistische Universitätsidee, die positivistischen handwerklichen Regeln der Wissenschaften und die akademischen Berufsideale ebenso unmittelbar ernst nimmt, muß sie angesichts des realen verzerrten Forschungs- und Studienbetriebs der Universität als anarchistische Provokation wirken.

Die Rezensionspraxis kann sich orientieren an Kriterien, die in der Wissenschaftstheorie und in der wissenschaftlichen Fachöffentlichkeit gelten, und an den Ansprüchen und Zielen einer wissenschaftlichen und akademisch-beruflichen Bildung. Wird eine Lehrveranstaltung der Kritik ausgesetzt, dann sollte sie an ihren eigenen Ansprüchen gemessen werden.

Das legitime Interesse des Studenten an einem ökonomisch organisierten Studium ist den Methoden der Wissensvermittlung nicht adäquat; produktive Teilnahme am Wissenschaftsprozeß beschränkt sich oft nur auf eine vage Forderung. Die studentische Rezension setzt freilich die prinzipielle soziale Emanzipation des kritisierenden Lernenden vom unmündigen Schüler des Lehrenden voraus. Sie würde sich jedoch widersprechen, wollte sie eine Kritik vom Standpunkt des prinzipiell wissenschaftlich gleichrangigen Rezensenten leisten. Aber gerade „Wissenschaftlichkeit" lernt man nicht als Propädeutik, sondern in dem man sie praktiziert.

Als Formen einer Vorlesungsrezension wären zu erwägen die exemplarische hochschulkritische Rezension, deren Strukturkritik im Prinzip für viele Lehrveranstaltungen mehrerer Fächer zutrifft, Sammelrezensionen über mehrere Lehrveranstaltungen im Kontext des ganzen Lehrplans eines Fachinstituts oder der Nachdruck von Rezensionen aus anderen Studentenzeitschriften über Lehrveranstaltungen von Professoren, die für neue Berufungen an der Hochschule genannt werden. Kriterien, die einer Vorlesungsrezension zugrunde gelegt werden sollten, wären etwa: Beurteilung der Lehrveranstaltungen auf ihren Stellenwert im Rahmen der gesamten Ausbildungsorganisation, Hinweis auf einseitige Ideologisierungen des Professors (besonders bei den „Geisteswissenschaften"), Angaben über Problemerfassung, Bedeutung der Vorlesung im Lernprozeß, Vortragsstil, spezielles Engagement des Professors, methodologische Ansatzpunkte des eigenen Zugangs zur Fachliteratur, Nennung literaturhistorischer Fakten, Einblick in neue Forschungsergebnisse, Erörterungen verschiedener Lehrmeinungen, Organisation der Vorlesung, kritischer Vergleich der Formen der Darstellung und der Arbeitsweise in der Veranstaltung (sowohl beim Dozenten wie beim Studenten) mit den grundlegenden Regeln und Prinzipien wissenschaftlicher Arbeits- und Darstellungsweise im allgemeinen und innerhalb des jeweils rezensierten Faches.

Die Anonymität einer Rezension stellt eine Zwangsmaßnahme dar. (Drohungen mit Disziplinarverfahren gegen Studenten, die Kritik wagen, kommen leider vor). Sie verpflichtet den Autor umso mehr zu gewissenhafter sachlicher Kritik. In dem Maße, wie die Rezension eine verpflichtende Institution der Universität wird, sollte Anonymität fallen. Die Dozenten sollten grundsätzlich gleichzeitig zu Stellungnahmen aufgefordert werden. Es erscheint nur angemessen, daß die Vorlesungskritik sich ihrerseits wieder der prüfenden öffentlichen Diskussion stellt.

Die Vorlesungskritik nimmt für sich in Anspruch, ein Moment demokratischer Öffentlichkeit zu sein. Ihre Adressaten sind nicht nur die betreffenden Dozenten, sondern auch die hochschulpolitisch mitverantwortliche Professorenschaft und die kulturpolitischen Instanzen. Im nächsten Semester wird der DISKUS mit Rezensionen über repräsentative Pflichtvorlesungen beginnen. Diese Arbeit einer Selbstunterrichtung wird eine zum Teil schon bestehende kritische Öffentlichkeit an der Hochschule übernehmen. H.-H.S.

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung Erscheint zweimal vierteljährlich
Herausgeber: Siegfried Barthels, Manfred Müller, Dieter Thelen, David H. Wittenberg, Herbert Wolf.
Redaktion: Helmut Fritz (Politik), Hans Joachim Steffen (Kulturpolitik), Hanns-Helge Schneider (Lokales), Karl Riha (Feuilleton), Ulrich Luetjohann, Marita Mienes, Gerhard Schulz, David H. Wittenberg.
Redaktions-Geschäftsführer: Manfred Müller.
Verlagsleiter: Werner Peuckert.
Anzeigen: Werner Fritzsche.
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main, Mertonstraße 26–28, Telefon 7 70 64 31 88
Konten der Zeitung: Deutsche Bank Nr. 240/9647. Dresdner Bank Nr. 121 210.
Postscheckkonto Ffm. 1875 88.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seiner Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Erlaubnis der Redaktion. Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7 vom 1. Mai 1966.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 6,– jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: Grawo- Druck, Offenbach am Main, Schäferstraße 12, Telefon 81 15 18.

Kampf den Gammlern

Häufig unterbricht ein Westtief seinen Zug nach Osten, um sich an den Hügelketten des Weserberglandes routinemäßig zu erleichtern. Es verwunderte so auch niemanden, als am vorletzten Juniwochenende dunkle Wolken über einer CDU-Wahlveranstaltung in der Kreisstadt Höxter hingen. In diesem schlecht ausgeleuchteten Landstrich nun nutzte Hauptredner Erhard den ideologischen Heimvorteil zu einem polternden Appell an arterprobte Instinkte:

„Solange ich regiere, werde ich alles tun, um dieses Unwesen zu zerstören. Mit den Gammlern fängt es an. Die nächste Stufe sind die Provos, und was die in Amsterdam angerichtet haben, das konnten wir ja im Fernsehen verfolgen". (FAZ v. 26. 6. 66)

Und ohne gewohntes Zaudern erging an Bundesinnenminister Lücke und die Landesinnenministerien die „Empfehlung", „ohne große Aktionen ... ein Auge ... auf störende Zottelköpfe ... zu halten" – und eventuell anfallenden ausländischen Gammlern, „im Rahmen der bestehenden Vorschriften", betreffend „Landstreicher, Landfahrer, Bettler", den Grenzübertritt zu verwehren. (s. FAZ v. 24. 6. 66)

Was unser fränkischer Erzengel jetzt im nordrhein-westfälischen Wahlkampf an langen Haaren herbeizieht, hatte sich als unterschwelliges Rezept schon im September 1965 – als man bekanntlich auf den literarischen Hund kam – bewährt. Aber auch den angefeindeten „Zottelköpfen" sind Grundzüge der Psychoanalyse vertraut, und so nehme man als Entgegnung, was „The Kinks" zu einer gehobenen Position in der Hitparade verhalf:

„... I've got a big fat mama ...
– save me from her squeeze!"

Peter Zollinger

SING OUT 66

Im Jahre 1932 beschreibt das „Handbuch für die Deutschen Burschenschaften" den Geist der Füchse mit folgenden bewegten Worten: „Es gilt, den soldatischen Geist zu erhalten, der Deutschland geschaffen hat, eine Einstellung des Menschen zum Leben, die sich aufbaut auf den soldatischen Grundbegriffen der Ehre und Kameradschaft und die heute sowohl gegen pazif. Strömungen wie gegen ein humanes Wissenschaftsideal verteidigt werden muß ..."

Lauscht man heute dem Liedgut, welches angefeuchtete Burschenschafts-Kehlen hervorbringen, so scheint wieder einmal die Geburt Deutschlands aus dem soldatischen Geist bevorzustehen.

„Und wenn für Ehre je mein Herzblut fließet, wie freudig blitzt der Stahl in meiner Hand."
„Wenn es gilt fürs Vaterland, treu die Klingen dann zur Hand, und heraus mit mut'gem Sang, wär es auch zum letzten Gang."

Heraus mit mutgem Sang, unter diesem Motto hatte sich an einem Maientag die Straßburger Turnerschaft Alsatia in Frankfurts Kongreßhalle versammelt. Die Buntbemützten feierten ihr 85. Stiftungsfest. Und „freudig brausend" (Programm-Heft) kamen die sieben Lieder des Festkommers dem kolorierten Akademikertum über die Lippen. Die Weisen gingen von der „Siegkraft des deutschen Mannes", vom „roten Blut am blauen Degen", von „Tod" und „Ehre" und von beidem. Schließlich strafften die Burschen noch einmal die von Singen und Saufen strapazierten Stimmbänder zu einem mehrstimmigen Corps-Rüttli: „Laßt uns alle rüstig streben, daß es fürder also sei!"

Deutsche Gesänge 66? Jedenfalls muß man nicht mit Corps-Studenten auf Kneip-Tour gehen, will man etwa die versunkene Geographie des Deutschlandliedes besingen. Das wäre, nach NPD- und CSU-Parteitagen, so exklusiv auch nicht. Da hat man schon ganz andere Strophen vernehmen können. Als beispielsweise im Mai 3000 SS-Männer den unvergessenen Sepp Diedrich zur letzten Ruhe betteten, da sangen sie nicht, wie Armin Mohler in der „Welt" nachweisen konnte, das SA-Lied „Die Fahne hoch ...", sondern die SS-Weise „Wenn alle untreu werden, dann bleiben wir doch treu ..." Wie käme auch ein SS-Mann dazu, am Grabe Sepp Diedrichs ausgerechnet ein SA-Lied zu singen.

Dies geschah in Ludwigsburg, dem Sitz der Zentrale zur Verfolgung von Nazi-Verbrechen. Weiter südlich, im Verbreitungsgebiet der Kapfinger-Presse, wo das deutsche Liedgut noch tiefer verwurzelt ist, singt sich's freilich noch besser. Die Corps-Brüder Rheno-Palatia, Herzynia & Co, die in der Hinterstube eines bürgerlichen Gasthauses kürzlich die „morschen Knochen" besangen und, wie der Polizeibericht meldet, solange gesanglich weitermarschierten, bis alles in Scherben fiel, legten von dieser Liederfreiheit lauthals Zeugnis ab.

Leider kann sie vorerst nur in beschränktem Umfang genutzt werden, weil aus falsch verstandenen Rücksichten die traditionsreichen Lieder unserer Jugend bisher verschwiegen wurden.

An Verleger und Pädagogen sei daher appelliert, die Pflege des deutschen Liedgutes nicht allein den Burschenschaften und den SS-Männern von der HIAG zu überlassen. H. F.

Statt einer Glosse

BONN, 4. Juli (dpa). Bundespräsident Lübke hat in einem Telegramm zum amerikanischen Nationalfeiertag am Montag an Präsident Johnson die Hoffnung geäußert, daß der gegenwärtige Kampf, den die Vereinigten Staaten als „Vorkämpfer der Freiheit gegen die Mächte der Unterdrückung in Südostasien" führten, erfolgreich sein möge. Er hoffe, daß sich der amerikanische Präsident bald ausschließlich seinem großen Friedenswerk zum Nutzen aller Völker der Welt widmen könne.

MÜNCHEN, 4. Juli (dpa). Bundespräsident Lübke hat am Montag in München den XVII. Weltmilchkongreß eröffnet. Bei diesem Anlaß sprach sich Lübke für einen erhöhten Verbrauch von Milch und Milchprodukten im Bundesgebiet aus. Dieser Verbrauch sei angesichts der Bedeutung der Milch für Gesundheit, Leistungsfähigkeit und höhere Lebenserwartung viel zu niedrig. Lübke forderte eine intensive Aufklärungstätigkeit über die vielen Vorzüge der Milch. F.A.Z.

Offensichtlich mißverstanden

„Ich glaube nicht, daß die Haltung Frankreichs zur NATO einer Beschränkung der französischen Beteiligung an der europäischen Verteidigung gleichkommt." So Bundeskanzler Erhard in einem Interview mit der italienischen Zeitung „La Stampa".

Welch ein Glück, daß wir einen Erhard haben! Er scheint als einziger in ganz Deutschland die Sprache der Diplomatie, besonders der französischen, zu verstehen. Er weiß als einziger, was de Gaulle wirklich will: das Wohl Deutschlands. Daß es nicht immer so aussieht, ist gerade der Witz der Sache.

Erhard – und vielleicht noch Adenauer – haben die Rechnung de Gaulles verstanden, die wirklich sehr einfach ist: Angenommen, die USA greifen plötzlich an, nicht die UdSSR natürlich, sondern Frankreich oder Deutschland. Nichts ist unmöglich. Selbst Deutschland und Frankreich zusammen sind eine kleine Idee zu klein, um dagegen etwas entscheidendes tun zu können. Also verbündet er sich mit der Sowjetunion. Denn, wie Adenauer schon ganz richtig bemerkte: die Sowjetunion ist ein friedliebendes Volk – ein Schuft, wer daran zweifelt.

(Moral: Man überlasse das Denken denen, die da größer sind. M-

Siegfrieds Heimkehr

Offenbar gewinnen in der mediterranen Sonne Nizzas, hat es einmal einen CDU-Menschen dorthin verschlagen, die ängstlich in ihrem Gelenk knarrenden Wiedervereinigungsvorstellungen großzügigere Dimensionen. Barzel kam, sah und reiste mit einer aufsehenerregenden Rede via New York wieder ab. In dieser Rede erreichte der fiktive Versuch, der Sowjetunion für einen hohen Preis die DDR abzukaufen, einen neuen und vorläufig letzten Höhepunkt. Der ehrgeizige Jung-Siegfried hatte allerdings die Rechnung ohne den am fernen Rhein grollenden Richtlinien-Kanzler und einigen Unions-Oberen gemacht, die sich nicht nur durch Barzels Eskapade übergangen fühlten, sondern auch die eigene Wiedervereinigungspolitik, die sich auf eine dauerhafte und intensive Sterilität berufen kann, geschädigt glaubten.

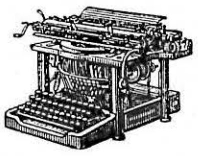
Noch bei seiner Ankunft auf dem Köln-Wahner Flugplatz fand der politische Jerdermann Barzel mannhafte Worte, die annehmen ließen, daß er sich nun der Kritik aus den eigenen Reihen furchlos entgegenstellen werde. Doch es kam anders. Vom Sperrfeuer seiner Gegner niedergehalten, hatte er nichts Eiligeres zu tun, als von der eigenen Konzeption so schnell wie möglich wieder abzurücken. Mehr noch: er gefiel sich in der masochistischen Rolle dessen, der Prügel bezogen hat.

Damit aber wurde aus dem politischen Fall Barzel noch ein anderer. Im nordrhein-westfälischen Bad Lippspringe sprang ihm dienstfertig über die Lippen: „Der Herr Bundeskanzler hat mir eine Zigarre gegeben. Das ist meine erste Rede über eine Zigarre, aber ich muß sagen, diese Zigarre schmeckt mir".

Sieht man von der wahrlich nicht sehr einnehmenden psychoanalytischen Deutung dieses Satzes ab, so hat Barzel hier etwas ausgesprochen, was sich in doppelter Weise als fatal und gefährlich erweist. Fatal, weil der politische Sado-Masochismus in Deutschland schon einmal seine verderblichen Blüten entfaltete und gefährlich, weil der Zug zur absoluten Gefolgschaftstreue, der sich in diesen Worten anbiedert, so daherspaziert kommt, als gäbe es nichts, was einen solchen Satz ein für alle Mal verbieten müßte. Nicht nur, weil er geschmacklos ist.

Am gleichen Tag ergänzt er noch: „Ich stehe in Treue zum Kanzler der Deutschen, der hier für alle Deutschen spricht". Treue um Treue also; verlogener und pathetischer geht es nicht! Das berührt nicht nur unangenehm, es macht auch die labil-autoritäre Denkstruktur eines Mannes deutlich, der hoffen darf, von vielen der „Stillen im Lande" verstanden zu werden. Daß, was Barzel noch vor Wochen mittels einer sogenannten „Ferndiagnose" als Suche nach der Vatergestalt bescheinigt worden war, gewinnt hier noch einmal warnende Aktualität.

Der aufhaltsame Aufstieg des Rainer Barzel kann weiter besichtigt werden! H. E.



Leserbriefe

Sehr geehrte Herren!

Nach dem Lesen des Artikels „Der (Un-)Geist von Fürsteneck" in der April/Mai-Ausgabe drängte sich die Doppeldeutigkeit des Namens dieser Zeitung auf. Die Kommilitonin hat sich offensichtlich für das Wurfgeschoß entschieden, die andere Deutung aber ausgeklammert. Dem Vorteil großer Wucht steht bei diesem Geschoß ein Nachteil gegenüber: Man kann mit ihm schlecht zielen. Das Bild des Diskuswerfers gäbe für unseren Fall noch mehr her, aber das Genießen von Bildern, die sich anbieten, führt nicht weiter. Und weiter sollten wir kommen über den in dem zitierten Artikel erreichten toten Punkt hinaus. Es geht um eine Frage, die mitentscheidet über den Bestand unserer Demokratie.

Man kann in ein Haus wie Fürsteneck kommen und sofort Dinge entdecken, die dem widersprechen, was man selbst für richtig oder zeitgemäß hält. Man kann dann womöglich ein bräunliches Buch unter der falschen Rubrik in der Bibliothek stehen sehen. Nun kann ein bei aller Empörung ehrliches Fragen beginnen: „Was geschieht hier?" Oder es wird – wie leider geschehen – eine andere Verfahrensweise gewählt: Es beginnt ein emsiges Sammeln derjenigen „Fakten", welche die eigene Empörung rechtfertigen.

Fürsteneck ist eine Einrichtung der Erwachsenenbildung in Hessen. In seinem Trägerverein sind an der Erwachsenenbildung interessierte Institutionen dieses Landes vertreten. Seine Gründer sind Menschen, die unser Jahrhundert durchlebten mit der gleichen „Anfälligkeit" für zeitgemäße Formulierungen wie wir heute. Die Schule selbst hat eine vierzehnjährige Geschichte. Jeder weiß, daß 1952 noch vieles unreflektiert gesagt werden konnte, was heute einer Reflektion wert erscheint. Man verzeihe die Erwähnung dieser Binsenwahrheiten. Sie läßt sich anscheinend nicht umgehen. – Unter Mißachtung der Zeitbedingtheit von Worten und Begriffen ist es nicht nur im Falle Fürsteneck leicht, durch Zusammenbasteln von Zitaten aus den verschiedensten Quellen mit der eigenen Interpretation demgegenüber Naivität, wenn nicht sogar Böswilligkeit, zu unterstellen. Den „Geist" des anderen bekommt man so nicht in den Griff – höchstens den eigenen.

Der Artikel offenbart das Fehlen einer Haltung, die heute wichtiger ist denn je. Wir können die Pluralität nicht leben, wenn wir in der Begegnung mit dem anderen möglichst schnell die Erhabenheit unseres eigenen und die Nichtigkeit des anderen Standpunktes beweisen. Wir können es nur, wenn wir lernen zu hören, hören auf das, was der andere sagt, meint, lebt. Es gehört dazu Behutsamkeit, die aus dem Wissen um die Schwierigkeit aller Erkenntnis kommt. Es gehört vor allem dazu, daß ich die Möglichkeit eines anderen Standortes anerkenne und ihm bis zum Gegenbeweis seine Berechtigung zugestehe. Allein aus dieser Haltung ist Kritik berechtigt.

Heimvolkshochschule Fürsteneck
i. V. Joachim Huhn

Sehr geehrte Herren!

(betr.: „In Buchow zur Süßkirschenzeit" DISKUS 4/66) An dem Artikel Ihres Mitarbeiters Sewig hat mich ein Passus gestört, um nicht zu sagen: erschreckt. Er unterhält sich in Leipzig mit zwei Studentinnen, von denen die eine aus politischen Gründen inhaftiert war. Ihm wird vorgeworfen, daß er sich vom FDGB habe einladen lassen. Das ist seine Sache, obwohl es moralischere Möglichkeiten gibt, die „Zone" zu besuchen. Die beiden Mädchen warnen ihn, das, was er auf der Arbeiterkonferenz zu sehen bekommt, für die Wirklichkeit „drüben" zu halten. Ich glaube nicht, daß Herr Sewig so naiv war, das zu tun, wenn es auch so scheint: „Ich ließ mich darauf nicht ein, ohne von Ihnen über diese Wirklichkeit genaueres zu hören bekommen. Aber es kam nichts als Diffamierung." Im Verlauf des Gesprächs verläßt die ehemals inhaftierte Studentin wütend das Lokal.

Man muß sich das mal vorstellen: Herr Sewig reist empfindsam in das andere Deutschland, läßt sich auf „Arbeiterkonferenzen" als „Freund der Arbeiterklasse" herumreichen, während die Zuchthäuser immer noch mit politischen Häftlingen überfüllt sind. Will man ihn mit anderen Aspekten dieses Staates vertraut machen, hält er es für Diffamierung. Die Opfer haben immer unrecht! Krupp, der an Auschwitz verdient hat, trinkt mit Kossygin Sekt im Kreml! Herr Sewig läßt sich von Leipziger Kommunisten blauen Dunst vormachen. Es lebe Genosse Potemkin!

Mainz Jörg Bilke

Sehr geehrte Herren!

– Niels Sewigs „gar lustiger Abend" –

Soll man Berichte „empfindsam Reisender", in denen es um die Darstellung von Fakten geht, die anderen bitteren Tageswirklichkeit sind, auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen?

Drei „Dresdner" saßen fünf westdeutschen Kommilitonen – unter ihnen N. Sewig – gegenüber, die während der Leipziger Frühjahrsmesse zur Information über das Leben in der DDR zur Arbeiterkonferenz angereist waren. Sie sahen darin die einzige Möglichkeit, ohne finanziellen Aufwand – es gab noch 5 MDN Tagesspesen extra – nach dort zu kommen.

Der „Adornoschüler" S., als solcher stellte er sich vor, zeigte wenig Sensibilität für sein Gegenüber, und so konnte es geschehen, daß die Frankfurter Kommilitonin, sie hatte ein „Versteckspiel" nicht im geringsten beabsichtigt und in keiner Weise mit „wir hier", sondern höchstens mit „die Kommilitonen hier" argumentiert, als „ddr"ische Bürgerin angesehen wurde. Um S. die Möglichkeit nicht zu nehmen, selbst festzustellen, wem er gegenüber saß, klärte sie auch nicht, wie von S. poetisch beschrieben, die wirkliche Identität auf. Dies geschah erst zwei Tage später durch Zufall von anderer Seite.

Da mangelnde Information den dortigen Verhältnissen gemäß vorausgesetzt werden konnte, scheute man sich nicht, eigenes und anderer Martyrium im westlichen Teil Deutschlands dramatisch darzustellen: Relegierung von an Vietnam-Demonstrationen beteiligten Studenten in Frankfurt/M., allgemeine politische Pressalien, Verhöre bei der Rückfahrt an der bundesdeutschen Grenze (es war S. erste DDR-Fahrt) mit entsprechenden Folgen, völlig ursachlicher Informationen durch die gesamte Westpresse ... Man kämpfe als unterdrückte Minderheit in der BDR gegen genau die Kräfte, die in der DDR sich in der Opposition befänden.

S., der anders als die Kommilitonen des Teils, in dem er sich gerade befand, seinen Wohnsitz wählen kann, zog trotz der Leiden, die er erduldet, die BRD auf Dauer der DDR vor.

Die bloße Frage, welches die konkreten Vorteile, von denen er gesprochen hatte, bei einer offiziellen Anerkennung der DDR für die Bevölkerung wären, war für S. eine echte Provokation. S. sah in seinem Gegenüber nur noch „kalte Krieger" und dem Artikel zu entnehmen, sich wie „ein kommunistischer Parteifunktionär den Anwürfen von CDU-Funktionären ausgesetzt". Majonica stünden gerade ob dieser Frankfurter „Vasallin" die Haare zu Berge.

Die Auch-Wirklichkeit – aus nicht kriminellen Gründen in Gefängnissen und Arbeitslagern verbrachte Monate – zählte für S. nicht, zumindest nicht als ausreichendes Argument für gewisse Animosität und Skepsis der unmittelbar davon Betroffenen.

S.' Gedanke, man müsse sich mit der Macht, gleich welcher Art sie sei, die etwas in Händen halte, auf das man einwirken wolle, verbünden, ließ den Dresdner Kommilitonen fragen, ob S. sich mit Hitler in Kenntnis der Dinge, die unter ihm geschehen seien, verbünden würde, S. antwortete mit „ja". Wo blieb der vorher von S. verbal bemühte Adorno?

S. zeigte sich durch seine bessere Information, die er hemmungslos den recht wachen, sensitiven, aber uninformierten Kommilitonen gegenüber ausspielte, als der Typ Bundesdeutscher, der beredt gewandt seine Meinung darzustellen gewohnt ist und Nöte, die ihm nie zum Problem werden konnten, überhaupt nicht mehr erkennen, geschweige denn reflektieren kann.

Den Dresdner Kommilitonen, die ihr Bedauern über die schlechten Informationsmöglichkeiten besonders auf literarisch kulturellem Gebiet äußerten, wurde gesagt, diesbezüglich bestehe kein Problem, denn Teilnehmer an einer Arbeiterkonferenz werden nie kontrolliert, sie dürfen alles mitnehmen. Die Frankfurter Kommilitonin entsann sich aller bereits durchgestandener Stunden peinlichster Untersuchungen.

S. wollte für den DISKUS schreiben, was er ja auch getan hat. Ich wollte dem Helden vom Kammerspielcafé die Schau nicht stehlen, nur der Spaß, der laut Pfeffermühle 5 km vor der Grenze aufhört, an einem „lustigen Abend" dürfte nicht so rüde sein, daß man Erschütterung nicht mehr von Wut zu unterscheiden vermag.

Frankfurt am Main Hannelore Kraus

Sehr geehrte Herren!

Zu meiner Überraschung befassen Sie sich in Nr. 4/66 mit dem Vietnam-Kongreß des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes im Stil der Hofberichterstattung. Alle anderen Artikel sind doch kritisch, und das muß gerade bei einer Studentenzeitung auch so sein. Mir ist deshalb Ihr Stilbruch gleich in zwei Artikeln zum gleichen Thema völlig unerklärlich. Sind vielleicht heimliche oder offene Sympathien für den SDS in der Redaktion der Grund für die Schonung? Dabei bot dieser Kongreß so viel Stoff für eine Kritik. Gerade der Anspruch der Wissenschaftlichkeit dieses Kongresses ist in verschiedenen Zeitungen mit Recht scharf kritisiert worden.

Wo waren Meinungen und Gegenmeinungen, Thesen und Antithesen, Redner und Gegenredner, die Voraussetzung für die Erarbeitung einer wissenschaftlichen Analyse sind?

In welchem Arbeitskreis wurden vorgegebene Sätze doch noch modifiziert?

Leider muß ich auch dem Hauptredner des Kongresses eine unwissenschaftliche Argumentation und einseitige Auswahl der Informationen vorwerfen. Marcuse z. B. die Erklärung Eisenhowers vom 21. 7. 1954, daß die USA zwar das Genfer Abkommen nicht unterschrieben hätten, daß sie aber gleichzeitig als Mitglied der UNO sich loyal zum Genfer Abkommen stellen. Marcuse versäumte dann allerdings, den auf diese Feststellungen folgenden Satz zu zitieren: „Wir sagen auch, daß jede neuerliche kommunistische Aggression als eine Angelegenheit von schwerwiegender Bedeutung angesehen werden würde." Marcuse sprach zwar von den Desertionen aus der südvietnamesischen Armee, zur objektiven Darstellung hätte allerdings gehört, daß er die Zahl der Ermordeten in Nordvietnam nach der kommunistischen Machtübernahme und der nach Südvietnam geflüchteten Nordvietnamesen bekanntgegeben hätte. Ebenfalls vergaß er zu erwähnen, daß die Vietcong in den letzten 8 Jahren allein 61 000 Dorfälteste und Lehrer getötet haben, um das Verwaltungssystem in Südvietnam zum Zusammensturz zu bringen.

(Spiegel, vom 25. 4. 66)

Hier veranstalten SDS, SHB und LSD einen großen Kongreß. Ich warte schon lange auf nur ein bescheidenes Flugblatt, in dem die gleichen Gruppen auf die Grausamkeiten des sozialistischen Lagers hinweisen (17. Juni 1953, Morde an der Mauer, Ungarn, Tibet). Diese Einseitigkeit ist sehr erschreckend, denn die linken Gruppen geben doch vor, es gehe ihnen nur um die Menschlichkeit.

Sicher ist Vietnam ein Exempel – allerdings für den asiatischen Sozialismus ein Exempel für seine Machtergreifung in ganz Asien. Der Frankfurter Rundschau vom 24. 5. 66 kann ich nur zustimmen: „Die Analyse des Exempels fand nicht statt."

Frankfurt am Main Ulrich Witt (RCDS)

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 21494

Zur Genealogie des deutschen Widerstandes

Der Putsch von rechts

Eine Untersuchung von Irmela Nitz-Lindquist

Eine Zeitlang hat es – im Zeichen der Wiederaufrüstung, auch der Moralischen – gedauert, bis die am Attentat des 20. Juli Beteiligten für die Öffentlichkeit als Helden freigegeben wurden. Aber man täuschte sich, wenn man bessere Einsichten erwartete als besonders seit anno 64 die bürgerliche Presse mit ihrer Vorliebe für Jubilare sich anschickte, die Verschwörer salonfähig zu machen – zumindest rein menschlich! Sie wurden aufrechte Männer, und vor allem hatten sie die gehörigen Skrupel, das erhob sie über alle Verdächtigungen – zumindest vorwiegend rein menschlich! Sie standen da und konnten nicht anders. In der Tat. Aber wo standen sie? Und konnten sie wirklich nicht anders?

Der 20. Juli, dieses Etikett, unter dem die Ereignisse nun Historie werden, trügt. Ein Datum – militärisch präzise, vorbereitete Aktion, ein Bruch, Versuch einer Wendung? Das Geschehen hatte nichts von all dem, nicht einmal für die Beteiligten. Die Bombe war ein unendlich verschleppter, müder Spätzünder, mit dem keiner mehr ernsthaft rechnete, so oft war die historische Stunde schon verschoben worden. „Und wenn es aus Versehen doch mal klappt, kommt es den Herren zu überraschend", heißt es in Wolfgang Graetz' „Verschwörern". Gewiß hängt ein Teil der chaotischen Rat- und Tatenlosigkeit an jenem Tag in der Bendlerstraße mit den oft zitierten Schwierigkeiten zusammen, unter einem totalitären Regime einen Umsturz planvoll durchzuführen. Aber das gilt nur ganz aktuell. Die Ursachen für das Scheitern des ganzen, allzu lange nur erwogenen Unternehmens lagen im Gegenteil wohl eher im Perfektionismus der Verschwörer. Sie wollten ganz sicher gehen, daß sie nicht nur den Coup selbst, sondern auch die „Umgestaltung" danach allein beherrschen würden. Solche Ängstlichkeit, nach gelungenem Attentat nichts der spontanen Reaktion Uneingeweihter oder gar der Bevölkerung überlassen zu wollen, hätte im Nazi-Deutschland triftige Gründe für sich gehabt, wenn die politischen Konzepte der Umstürzler wirklich umstürzlerisch gewesen wären. Sie waren es nicht.

Aber wir können doch nicht . . .

Die oft gehörte Frage, warum die Militärs erst 1944 putschten, ist falsch gestellt. Man muß sich fragen, warum sie erst 1938 ein Attentat auf Hitler zum ersten Mal vorbereiteten. Und vor allem, warum sie in der Folge, mit jedem tönenden Erfolg der Hitlerpolitik, immer wieder den Plan aufgaben. Was sie davon abhielt, war nicht bloß „Soldatenpflicht", wie es heute exkulpierend (sic!) so oft heißt. Es war, als sie nach dem Einfall in die Tschechoslowakei, in Polen, in Frankreich, immer wieder verzichteten, auch nicht bloß die ambivalente Sympathie mit dem Geschichtsverlauf, der durch die Person Hitlers leicht getrübte Stolz auf die sichtbar wachsende Größe des Reiches. Vielmehr war es, so sagten sie sich gegenseitig, die Kapitulation vor den „begeisterten Massen". Der resignierende Blick aufs, nicht zuletzt von ihnen, angeheizte „Volk" war allerdings recht selektiv. Er ging hinweg über jenen beträchtlichen Bevölkerungsanteil (jenen auch heute so oft vergessenen), den auszuschalten es einer zwanzigjährigen Agitation bedurft hatte, nicht ohne Mitwirkung und bestimmt nicht ohne Billigung derer, die sich nun nach Freunden umschauten. Wenn man befürchtete, daß „das Volk" dem Putsch nicht folgen würde, so bedeutete das nur, daß man in den Teilen des Volkes, auf die man sich durchaus hätte stützen können, nach wie vor die unerwünschten Partner sah.

„Wir haben die Grundideen . . ."

Man weiß, daß die Männer des 20. Juli Beziehungen zum Ausland hatten, und es lohnt sich, den Zweck dieser Beziehungen hervorzuheben. Er bestand im wesentlichen darin, bestimmte Forderungen zu sichern: Grenzforderungen, koloniale Forderungen, antibolschewistische Vereinigungsvorschläge, in Anbetracht der Situation alles in allem idiotische Forderungen, die man dann auch fallen ließ – außer einer, nämlich der Rückversicherung, daß die Alliierten den Putsch nicht militärisch ausnützen würden. Darin gäbe sich verständliches, ja, wenn man so will, verantwortungsbewußtes Handeln zu erkennen, wenn nicht die Motive so durchsichtig gewesen wären. Die Offiziere wollten putschen, aber keine Putschisten sein. Sie wollten in den Augen der „Kameraden", der Ahnen und „der Nation" makellos rein dastehen, vor allem in den Augen der Nation, denn sie wollten, das war das wichtigste, die umfassende Kontrolle über den Verlauf der Rebellion und keinesfalls ein anderes Ergebnis als das von ihnen angestrebte. Sie wollten, was so viele vor und außer ihnen auch schon ganz anders gemeint hatten, d. h. sie wollten das, was sie immer schon „eigentlich" gewollt hatten: einen autoritären, durch „Sozialpolitik", nicht „Parteiengezänk" modifizierten Staat nach spätwilhelminisch-vorfaschistischem Muster.

. . . den Nationalsozialismus zum größten Teil durchaus bejaht",

sagte sein Bruder im Namen Stauffenbergs, und dieser galt als einer der Progressiven unter den Offizieren. Ihre politischen Rezepte reichten von der Wiedererrichtung der Monarchie mit verschieden abgestuften konstitutionellen „Zugeständnissen", über, je nach Geschmack und eigener Herkunft, verschieden zusammengesetzten Elite-Republiken bis zu den ständestaatlich - organiszistischen Ordnungsideen, wie sie vor allem bei den jüngeren, von der „Konservativen Revolution" her nazistisch Beeinflußten vorherrschten. Von einer parlamentarischen Demokratie sprach kaum einer, außer den wenigen, spät in den Kreis einbezogenen und stets auf Distanz gehaltenen Vertretern der unterdrückten demokratischen Organisationen selbst.

Graphik: Hans Michel, novum

Der größere Kreis

Man hatte den Putsch lange genug vor sich hingeschoben. Viele wußten davon, warteten ab, sympathisierten oder unterstützten die Vorbereitung. Viele der Eingeweihten und Sympathisanten können sicher nicht zu denen gerechnet werden, an deren Zuständigkeit für den Widerstand gegen den Faschismus ernste Zweifel anzumelden sind. Über sie soll hier nicht gesprochen werden, von ihnen sollen vielmehr diejenigen am deutschen Widerstand beteiligten Gruppen unterschieden werden, welche an der Entstehung der Nazi-Herrschaft unmittelbar und indirekt beteiligt waren. Natürlich läßt sich die Rolle der Reichswehr nur unvollständig skizzieren, ohne die der Industrie, ihrer Regierungsmacher und der Regierungen selbst, vor allem der letzten der Weimarer Republik. Diese Zusammenhänge könnten kaum anders als durch detaillierte Angaben verdeutlicht werden. Aber die Rolle einer anderen Gruppe: nicht der Inflationsmacher, nicht der Putschmacher, sondern der Macher der „Kriegserlebnisse", der „nationalen Schmach und Schande" und der „völkischen Erhebung und Sendung" gehört in diesem Zusammenhang der allgemeinen Einstellungen und gibt Aufschluß zu dem, was man die Entmythologisierung des „betont deutschen" Widerstandes nennen könnte.

Die „Konservative Revolution"

Einer der prominentesten Vertreter der „Konservativen Revolution", Rudolf Pechel, Herausgeber der in Bildungsbürgerkreisen viel gelesenen und geachteten „Deutschen Rundschau", gehörte auch zu den Prominenten der zivilen Gruppen des deutschen Widerstandes (diesen mit der oben gemachten Einschränkung begriffen). Er reiste für die Verschwörer durchs Land, war bekannt mit Gördeler und hat in seinem eigenen Blatt „zwischen den Zeilen" (so der Titel eines seiner Nachkriegsoeuvres), seit etwa 1940 jedoch zugegebenermaßen recht deutlich das Nazi-Regime angegriffen. Harry Pross sagt hierzu in seinem Buch über die deutsche Presse, „Literatur und Politik": „Pechels einmalige Leistung erwuchs aus . . . (den) Voraussetzungen, die nur eine alte Revue haben konnte: Verbindung mit der – auch der Diktatur zunächst unentbehrlichen – alten Oberschicht . . . (und) Anerkennung wenigstens einer Grundtendenz des Diktatursystems durch die Herausgeber. Pechel war ein konservativer Nationalist, zum Liberalen wurde er erst durch den Widerstand . . ." (S. 127). Nun, es war nicht nur eine Grundtendenz, die in Pechels Rundschau begeisterten Ausdruck gefunden hatte; es war das gesamte pathologische Konglomerat (einschließlich des Antisemitismus) der „Konservativen Revolution", dem er zunehmend seit 1924, mit Ausschließlichkeitsanspruch und Aggressivität gegen Liberalere seit 1929 Plattform geboten hatte. Es trifft zu, daß bereits kurz nach der Machtübergabe an Hitler Pechel, aber noch mehr sein fleißigster Trommler Edgar Jung (dessen elitär-nazistischen Pamphleten gegen die Republik seit etwa 1930 gut ein Viertel des umfangreichen Blattes zur Verfügung gestanden hatte) sich mit Warnungen und Mahnungen an ihre Protégés wandten.

„Unsere Sympathie mit dem Schwung des Nationalsozialismus mußte allmählich zurücktreten hinter vorsichtigen Warnungen . . . Die Männer der betont bürgerlichen Rechten stehen heute auf dem toten Geleise . . . Wir haben uns zur deutschen Revolution im geistigen Sinne und in konservativer Prägung bekannt, als ein solches Unterfangen noch als staatsgefährlich und utopisch galt . . . Vergessen wir nicht, daß der Weg vom November 1918 bis 1933 nicht nur für die Verantwortlichen ein bitterer war, sondern daß er die Voraussetzung bedeutete, ohne die es keinen Hitler gäbe . . . Wir sehen nicht deshalb in den nationalsozialistischen Tendenzen eine Gefahr, weil wir ihnen die Alleinherrschaft nicht gönnten, sondern deshalb, weil die konservativ-revolutionären Kräfte, die im Nationalsozialismus nicht organisiert sind, doch aus der kommenden Entwicklung nicht ausgeschaltet werden dürfen . . ." (Deutsche Rundschau, März 1933) Jung war nicht der einzige der in diesem Sinne Düpierten. Seine Enttäuschung dürfte als Ausdruck für die Enttäuschung sämtlicher Kreise gewertet werden, die geglaubt hatten, vorübergehend einen Hitler riskieren zu müssen, nach dem Motto, das die Rundschau mit dem charakterischen durchsichtig-verbrämten, verschrobenen Rigorismus der bürgerlichen Sprache jener Zeit formulierte: „Große Gedanken werden erst dann zu geschichtlichen Kräften, wenn sie Massenwahn werden, wie gewisse Sätze des konservativen Glaubens nicht durch die unmittelbare Tätigkeit einer geistigen Elite, sondern durch die elementare Volksbewegung des Nationalsozialismus wirken . . . Der Wahn ist für die Geistigen und das Geistige ganz unzuständig, aber er macht den Geist zu einer öffentlichen Gewalt . . . Man darf nicht hoffen, daß der konservative Glaube in besserer Form solche Mengen erfaßt . . ." (Deutsche Rundschau, April 1932). Jung wurde 1934 von den Nazis ermordet, Pechel 1942 ins KZ gebracht. Er veröffentlichte 1947 ein Buch „Deutscher Widerstand". Er fühlte sich dazu berufen – sollte man sagen: als einer der wenigen?

Der Ton liegt auf „deutsch"

Der Vergleich zwischen dem Widerstand der Offiziere und dem Widerstand Pechels und seines Kreises lag nahe, nicht nur wegen der ähnlichen Positionen der Akteure im und zum Dritten Reich, und nicht nur wegen der ähnlichen Phasen ihrer Einstellungen. Sondern – um noch einen anderen, für uns gegenwärtig wichtigen Aspekt anzudeuten – wegen der ähnlichen Rezeption ihres Widerstandes in der breiten Öffentlichkeit heute, genauer: wegen der ähnlichen Aufbereitung für die Öffentlichkeit. Pechel wurden gleich nach dem Krieg warme Würdigungen zuteil, den Männern des 20. Juli wurden weniger gleich, dafür aber umso wärmere, d. h. aber in beiden Fällen **unpolitische** Betrachtungen gewidmet.

Auf der Suche nach einem Widerstand, den man lieber herzeigte als den anderen, wurden die Verspäteten in jenen Glorienschein des rein Menschlichen, der sie der politischen Diskussion und der berechtigten Frage nach ihrem Woher und Wohin entzog, gehüllt und zu den Repräsentanten des schlechthin „anderen Deutschland" stilisiert. Indessen gab das andere Deutschland, das in den Lagern gesessen hatte, seinen Komplexen nach, blieb solidarisch und bescheiden. Was Wunder, wenn hierzulande Wahlen gewonnen werden, nicht zuletzt, weil der Gegenkandidat ein Emigrant war?

Frankfurt a. M., Goethestraße 1 (am Goetheplatz) Telefon: 23633 und 25246

Fachbücher aus allen Gebieten: Jura, Wirtschaftswissenschaft, Technik, Medizin, Naturwissenschaften

Universitätsbuchhandlung

Blazek & Bergmann

Demmig-Bücher

Vom Zählen b. z. Gleichung 1. Grades	DM 7,80	Differentialrechnung	DM 11,50
Von Proportionen b. z. Gleichung 2. Gr.	DM 9,60	Integralrechnung	DM 5,80
Vom Punkt bis zum Kreis	DM 6,50	Differentialgleichungen	DM 4,30
Von Koordinaten b. z. Funktionsgleichung	DM 8,50	Statik starrer Körper	DM 11,50
Gleichungen der Geraden	DM 6,50	Festigkeitslehre	DM 11,50
Gleichungen von Kreis, Ellipse, Hyperbel und Parabel	DM 8,50	Dynamik des Massenpunktes	DM 7,50
		Dynamik des Massenkörpers	DM 5,00
Arithmethik und Algebra	DM 6,00	Einführung in die Vektorenrechnung	DM 3,00

vermitteln grundlegende Kenntnisse in leicht faßlicher, prägnanter Darstellungsart.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung

DEMMIG VERLAG KOM. GES. · 61 DARMSTADT-EBERSTADT

Junge Partei mit Vergangenheit

„Das Phänomen ‚Nationaldemokraten' – von der gesamten Umwelt bestaunt –" (Parteiblatt DN, 6. 5. 66) ist ein Chamäleon, dem der Farbwechsel nicht recht gelingt. Wo immer sich die NPD bestaunen läßt, sehen die Betrachter einen bräunlichen Grundton, hören sie heisere Demagogenstimmen von deutscher Größe schnarren und fühlen sich in eine Umwelt versetzt, in welcher LTI (Lingua Tertii Imperii; so nannte der Romanist Victor Klemperer die nationalsozialistische Sprache) den Umgangston bestimmt.

„Unsere Partei nennt sich national, und Nationale sind immer ... Idealisten ... Die NPD will Wahrer des Erbes einer deutschen Vergangenheit und Künder einer neuen deutschen Zukunft sein." (DN, 27. 5. 66) Aber der Wille ist nicht stark und die Erinnerung an vergangene Größe macht schwach, besonders dann, wenn sie jene Zeiten einer deutschen Vergangenheit hervorkramt, in denen die Nation alles, das Volk genausoviel und der Einzelne nichts war. Um trotzdem aus der „braunen Ecke", herauszukommen, treibt die NPD Namensmagie: „Die Aussöhnung des Nationalen mit dem Demokratischen, die in der NPD zur Synthese wurde, kennzeichnet einen neuen Abschnitt des politischen Denkens. Man sollte deshalb vermeiden, dieses wahrhaft geschichtliche Phänomen in die Klischees oder Begriffe einer überwundenen Zeit zu pressen." (DN, 29. 4. 66) Die Koppelung des Nationalen – ein Popanz aus der tausendjährigen Requisitenkammer – mit dem Demokratischen ist ein Zweckbündnis; es hält so lange, wie das Grundgesetz gilt, das den Parteien ein Bekenntnis zur Demokratie und demokratische Organisation vorschreibt. „Eine neue deutsche Zukunft", wie die NPD sie sich vorstellt, wird nach ihrem Willen anders aussehen als das „System des nationalen Selbstmords" (DN, 11. 3. 66), das heute herrscht. Da wird es nur noch Deutsche, geben, da kennt man keine Parteien mehr. „In der klassenlosen Leistungsgemeinschaft des ganzen Volkes, das sich dem Vaterland zugehörig weiß, haben ‚rechts' und ‚links' ihre ursprüngliche Bedeutung verloren." (DN, 29. 4. 66) Die klassenlose Leistungsgemeinschaft schließt aber die Formierung der Gesellschaft nicht aus. Im Gegenteil: „Bauerntum, Mittelstand, Facharbeiterschaft und ein wagemutiges, selbständiges Unternehmertum ... müssen erhalten, gefördert, gegen fremde Interessen und ungerechtfertigte Machtansprüche der Großgeschäftswelt geschützt werden." (Manifest)

Des NPD-Manns Bürde

Nationaldemokraten sind Idealisten (sagen sie). Ihnen steht der Sinn nach „höheren Dingen". „Wir dienen unserem Volk! Und für das Wohl des Volkes kann einmal größere Bindung und einmal einmal größere Freiheit vorteilhafter sein. Es kommt auf die Umstände an." (DN, 27. 5. 66) Für die NPD sind die nationalen Umstände heute so, daß größere Freiheit den Untergang der Nation bedeutet. Überfremdung von außen durch Dollars und Gastarbeiter, Zersetzung von innen durch „geistig und politisch Abartige", die Verzichtpolitik betreiben; dazu noch die „gewissenlose Clique", die „in Fernsehen, Funk und Film ... unsere nationalen, moralischen und sittlichen Werte systematisch unterhöhlt und verächtlich macht." (Manifest) – in diesem permanenten Notstand der Nation wollen sich die „Männer von der NPD" opfern, damit „Deutschland den Deutschen – Europa den Europäern" und „JEDEM DAS SEINE" gegeben werde.

Die Nationaldemokraten haben „ein ebenso reales wie gesundes Verhältnis zur Macht, die sie natürlich anstreben, um sie besser – d. h. demokratischer – zu verwalten als alle andern." (DN, 29. 4. 66) Aber man muß wissen, „daß der Besitz der Macht eine schwere Bürde ist, daß ihr rechter Gebrauch vor allem Demut voraussetzt ... ... daß der Besitz der Macht jenen, – die zu führen berufen sind – stets mehr Pflichten auferlegt als Rechte gewährt und daß die Erfüllung freudig gegebener Pflicht für die Berufenen die schönste, meist auch die einzige Genugtuung ist." (DN, 6. 5. 66) Zwischen so viel Verfolgungswahn und Heroentum hat der Fanatismus seinen idealen Platz. Die nationaldemokratischen Appelle an alle Ressentiments der Ängstlichen, Zukurzgekommenen, politisch Unbefriedigten und Aggressiven finden noch kein lautes Echo, aber sie verstärken die Bereitschaft, eine neue nationalistische Ideologie als ‚Bindemittel' im Volk zu verbreiten. Der selbstlose Opfermut, mit dem „die Männer von der NPD" sich dazu berufen, Volk und Nation zu retten, zeigt auf der Kehrseite Intoleranz und Haß gegen alles Fremde, Andere.

Die NPD ist krankhaft egozentrisch. Mit Vorliebe zeichnet sie Selbstporträts, auf denen sie sich in kräftigen Farben als siegesgewissen, entschlossen, vorwärtsstürmenden David darstellt, der in heftigem Abwehrkampf gegen die neidische Dreieinigkeit der „staatsgetragenen" Bonner Parteien steht. Der NPD-David ist anders als alle, d. h. er ist eine „politische Bewegung". „Die NPD versteht sich als eine neue geistige und politische Entwicklung im deutschen Volk." (DN, 26. 4. 66), und die ständig steigende Mitgliederzahl scheint die Dynamik der Partei zu bestätigen (wöchentlich gewinnt die NPD etwa 230 neue „Idealisten").

Ein „DN-Test"

Ein Test der hauseigenen Wochenzeitung DN (Deutsche Nachrichten) ist charakteristisch für das Erscheinungsbild, das die NPD sich wünscht.

„Name:	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Kurzform:	NPD
Geburtstag:	28. November 1964
Charakter:	deutsch und europäisch
Kennzeichen:	modern und weltoffen
wo:	alle Bundesländer, sämtliche Wahlkreise
Mitglieder:	Tendenz aufsteigend
Anhänger:	aus allen Schichten
Stoßrichtung:	die 30 % Nichtwähler
Chancen:	ausgezeichnet
Status:	aus eigener Kraft funktionsfähig
Finanzen:	geordnet
Finanzquellen:	keine Steuergeldpartei
Personal:	ehrenamtlich – keine Funktionäre" (DN, 28. 5. 65)

„Hier berühren sich ... die Wirtschaftswerbung mit der politischen Propaganda. Das heißt, daß eine ‚Qualitätsware' – sobald sie als ‚Markenartikel' bekannt geworden ist – in jedem Fall ‚verkäuflich' ist." (DN, 22. 4. 66) Der Parteimann ist beim sonst so verlästerten Werbepsychologen in die Lehre gegangen, um zu lernen, wie man einer Partei mit schweren ideologischen Erbkrankheiten ‚des Kaisers neue Kleider schneidert', damit das Volk die Gebrechen nicht sieht. Die organische Verbindung von Information, propagandistischer Anspielung, Eigenlob und aggressiver Polemik kennzeichnet den Stil aller Auftritte und Äußerungen der NPD. Ideologie und Propaganda sind Maßarbeit für jene 10 bis 15 % der Bundesbürger, die für autoritäre und extrem-nationalistische Argumentation anfällig sind. Das politische Programm der NPD ist ein Sammelsurium sich widersprechender Forderungen. Die Sprache – emotionsgeladen und parolenhaft – spiegelt Entschiedenheit vor, aber die „Kernsätze", aus denen das Programm besteht, haben einen so hohen Allgemeinheitsgrad, daß alles und nichts hinein- und herausgelesen werden kann. Die systematischen Gedanken, die (nach Aussage der NPD) dahinterstehen, beschränken sich auf ideologisch und psychologisch typische Grundhaltungen:

1. Autorität und wirksame Führung sind wichtiger als Freiheit
2. Betonung des Nationalen in aggressiver und gegen Selbstkritik verhärteter Form (Nationalismus)
3. Das Wohl des Volkes steht über dem Wohl des einzelnen (Einschränkung der Freiheit des Einzelnen und der demokeratischen Grundrechte)
4. Scharfe Ablehnung einer liberalen und pluralistischen Moralauffassung
5. Ökonomischer Nationalismus, Gleichsetzung von Besitz und Macht
6. Ablehnung der Supranationalität (Bündnis- und Integrationspolitik).

Einzelstücke aus dem ideologischen Kramladen der NPD werden auch von manchen Politikern der „staatsgetragenen Parteien" angeboten, und in der NPD gibt es neben der Mehrheit rechtsextremer Kräfte auch nationalkonservative Minderheiten, so daß es den Anschein hat, die „neue Partei" sei gar nicht so verschieden von einer normalen Rechtspartei, die im Parteienspektrum der Bundesrepublik noch fehle. Das aber ist ein Trugschluß; denn die NPD ist nicht die „Partei der Mündigen", die etwas nationalbewußter sind als die andern, sondern sie ist die Partei derer, die den Mund voll nehmen mit Nationalismus alter Machart (wenngleich sie versuchen, ihn neu zu verpacken).

Manfred Müller

Kirmesmoritaten

„Und so erschreckend wie sich seine blutige Laufbahn als Sexual-Gewalttäter auch ausnimmt, einmalig ist sie in der deutschen Kriminalgeschichte nicht." (Der Spiegel, Nr. 27, 1966). Einmalig und erschreckend wie eh und je sind nur die Berichte über Jürgen Bartsch und seine Taten in der Presse, die seine Sexualkarriere wiederkäute. Wie erregend findet das lüsterne Publikum: die wild schreiende Menge vor dem Gericht, die Bartsch hängen will, und die Mengen der Neugierigen vor dem „Massengrab" (welche Massen meinte die Reporterin der „Frankfurter Rundschau"?, 23. Juni 1966), zahlreiche Mütter mit ihren kleinen Kindern, wie erregend finden sie alle gewaltsam und grausam befreite Sexualität eines Neunzehnjährigen. („Bild" machte aus ihm in Verantwortung vor Gott und dem deutschen Volke einen Zwanzigjährigen.) Bartsch, sagt der Oberstaatsanwalt Fritz Klein aus Wuppertal, tötete aus „übersteigerter sexueller Erregung". Die meuternden Massen, von den Tabus und ihren Trieben gepeitscht, fordern blindlings Hängen, Kastration und Höchststrafe – unterstützt vom tragischen Chor der Presse – natürlich aus Moral, die Bartsch auch noch nationalökonomisch sein „blutiges Geschäft" zuschreibt; der Bösewicht war Metzger und die Nation wahrt ihre heiligsten Güter – aus Moral, aus gerechter Empörung, die Zeitungen und Illustrierten besinnungslos anheizen. „Das Scheusal" klärt der „Stern" auf, war von anderem „Blut" als das der biederen Adoptiveltern; ein Raunen geht durch die repressiv zusammenstehende Volksgemeinschaft. Man verzehrt „Bild"-Geschrei zum Frühstück; Befriedigung spricht der „Spiegel" den Intellektuellen aus, die erfahren, Bartsch sei – skandalös – wegen „seiner abartigen Veranlagung nie polizeinotorisch" geworden und Brigitte Zahnder-Spahn faßte (Frankfurter Rundschau, 23. Juni 1966) das „Spiegel"-Ergebnis schon vorher zusammen, als sie konstatierte, dem „ungeratenen Pflegesohn" werde „der Psychiater abartige Veranlagungen bescheinigen". Die Psychiater bestätigen noch einmal das Ergebnis, anstatt in sich zu gehen, wenn sie schon nicht erforschen, was in dem Leben dieses Jungen vor sich ging. Der Bürger-Prinz, der bescheinigende Psychiater, wird zitiert, wenn er von den „verwaschenen weichen Gesichtszügen" redet. Mehr würden wir erfahren, wenn wir über die verwaschenen Berichte einmal hinauskämen. Der „Stern" vermutete, Bartsch sei ein „hübscher Junge". Hübsch ist er halt, und wir werden nach den hübschen verwaschenen Gesichtszügen jetzt Ausschau halten. Die Sexualität stürzt Minister, so schlecht wie Realität können Romane gar nicht sein, denn noch ist die Leiche eines Kindes sensationeller als alle Leichen von Starfighter-Piloten.

Die Brutalität der Sexualerziehung, die Erziehung eines katholischen Knabeninternats Marienhausen am Rhein (Bartsch: „Da wurde ich verdorben") paßt nahtlos zu dem Hausfrauenruf von der Ruhr: „Dann sollen sie ihn uns Müttern überlassen" – um ihn, Bartsch, „sofort aufhängen" zu können – der Zeitungsmensch hat nämlich gesagt: „Geht leider nicht", von Gerichts wegen. Lehr mich einer die Mütter fürchten, die Väter nicht minder. Als das Familienblut rief, sagte der Bartsch-Bruder, seine Morddrohungen vergessend, menschlich-blutig: „Ich halte trotz allem zu meinem Bruder". „Bild" war dabei.

Die Presse, vom Boulevard bis zum „Spiegel", übernahm den Terminus „nicht vernehmungsfähig", als man das letzte Opfer verhören wollte, nachdem es entkommen war. Sicher war er nicht „fähig", er war ein unfähiger kleiner Junge, ein „vierzehnjähriger Hilfsarbeiter", blutig, halbnackt einer sexuellen Quälerei entkommen. Unfähig allein ist die Polizei und der Arzt, der ruhig zusieht in solchen Fällen. Der Sprachgebrauch entspricht der heiligen Empörung unheiliger Empörer. Das Opfer wird zum Presse-Ästhetikum, dem sich noch der tatwarme Schrei fürs Publikum entringt. (Und ästhetische Versuchungen zur Aufklärung bringen der Presse noch die eigene Unwahrheit ins Haus, aber „Der Zögling Törless" und „Katz und Maus" sind ja nur Ästhetisches). Die Empörung über „Lustmorde" wirft sich auf den Täter, voller Heuchelei, und sie geißelt die eigene Repression, die eigene mörderische Lust. Das lautlos funktionierende System der Tabuisierung von Sexualität, lustvoll-lustlos, spielt das Entsetzen über sexuelle Gewalttaten hoch, während unvergleichlich viel mehr Kinder zu Tode gequält werden von Erwachsenen, die brüllen vor Entrüstung über „Scheusale". Kaum ein Wort über den Meister, der seinem Lehrling vor Wut über dessen Kündigung den Elektrobohrer in den Bauch rammte. Das Vergessen der „Sexualmorde" geht so schnell, daß jeweils die Feuersbrunst der Wut über einen neuen Fall wieder auflodert. Das Vergessen, das Verdrängen der Hungertode, der Bomben- und Giftgasmorde, der in Vietnam gemordeten Frauen und Kinder, spielen keine Rolle, die Kinder, auch in Europa noch – und nicht nur in den „unterentwickelten Ländern" mit ihren Erinnerungen und ihrer Gegenwart des kolonialen Terrors, krepieren die Kinder zu Hunderttausenden im Elend, und wenn es auch „nur" psychisches ist. Für Vietnam und andernorts fordern die Herren von der Presse aber Akribie der Berichte, Zuverlässigkeit, genaue Kriterien, bevor beurteilt und verurteilt wird. In der Heimat ersetzt die Libertinage der Aufregung die Besinnung. Das Entsetzen und die Empörung verdrängt allzu leicht das eigene Unrecht, an dem nicht gerüttelt wird. Das heilige Kinderleben ist scheinheilig. Der „Kirmesmörder" wird zu Recht ins Gefängnis gehen. Aber die Empörer, die Herren und druckschwarzen Gewalttäter, sollen nicht meinen, daß es ihr Recht sei. In Deutschland stehen die Herren da wie der Bürgermeister von Langenberg, dem Wohnort des Bartsch, und sagen mit ihm: „Eigentlich haben wir gar nichts damit zu tun".

D. H. Wittenberg

College-Pullover!

Campus-Kleidung wie in Harvard, Cambridge und Yale! Ideal für Freizeit, Sport, Reisen, Strand sind unsere T-Shirts aus feingestrickter, pflegeleichter Peru-Wolle mit langen Ärmeln und schicken Ärmeltaschen für Notizblock oder Zigaretten.

Größen: 3 – 7 Farben: weiß, hellblau, weinrot, marine

Dieser Pullover kostet nicht viel, nur

DM 13,75 + Versandspesen (DM 2,–)

und ist lieferbar mit waschfestem Uni-Wappen für Frankfurt, Berlin, Bonn, Erlangen, Freiburg, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Kiel, Köln, Mainz, Marburg, München, Münster, Tübingen, Würzburg wie Austin (Texas), Yale u. Cambridge. Pullover ohne Aufdruck kosten DM 1,– weniger.

Wappendruck für Verbindungen, Vereine, Schulen ab 20 Stck.

Bestellungen per Postkarte an

Tribus Sportswear Erwin Schulz

2 Hamburg 13
Postfach 1915

Bei Vorauszahlung per Postanweisung 5 % Skonto.

PETER RIPKEN

Politik an einer „freien" Universität

Die Chronique scandaleuse der FU Berlin

Fotos: Heinz O. Jurisch (1) und Michael Ruetz (2)

Politik gehört an die Universität. Dieser Maxime hat die deutsche Universität sich stets verschlossen. Einst war die akademisch geforderte, wissenschaftstheoretisch fundierte Abstinenz von der Politik nur die Kehrseite einer blinden Staatstreue, in der sich Professoren und Studenten gleichermaßen ergingen. Ein Versuch, aus der verhängnisvollen Rolle deutscher Universitäten und ihrer Angehörigen in der Geschichte zu lernen, war die Gründung der Freien Universität Berlin. Nicht etwa aus politischer Abstinenz wurde diese Universität gegründet, nicht aus dem Willen, wertfreie Wissenschaft im Schutze vor der kommunistischen Einmischung in die Universitäts-Autonomie zu genießen, sondern aus dem ehrlichen Impetus, in der Universität einen Raum für Auseinandersetzung, wissenschaftliche und politische, zu schaffen.

Dieser Konzeption, die freilich schon bei ihrer Gründung den Keim der Mythologisierung in sich barg, entsprach eine Hochschulverfassung, die gemeinhin als „Berliner Modell" Suggestivkräfte entwickelte und besonders den westdeutschen Studentenvertretern, denen das Mitreden in den „akademischen Gremien" versagt blieb, als erstrebenswert erschien.

Doch der Zündstoff zwischen Rektorat und Studentenschaft hat sich auch in Berlin genug angesammelt: Zum zehnjährigen Bestehen der FU gab es den ersten Eklat. Der Rektor maßte sich ein Zensurrecht über die Rede des 1. AStA-Vorsitzenden für den Festakt an, mußte sich indes den demokratischen Spielregeln beugen. Fortan pflegte das Rektorat, bei jeder politischen Aktivität der Studentenschaft, die prinzipielle Frage aufzuwerfen, wie weit das Recht zu politischen Stellungnahmen der Studentenvertretung überhaupt gehen sollten.

Zwei links, eins rechts: Das politische Karussell an der FU

Der berühmte Atomkongreß in den Räumen der Universität hatte die Studentenschaft in Unruhe versetzt und die Diskussion um die Frage nach der „richtigen Politik" aufgeworfen: Gerade in Berlin und gerade an der Freien Universität war man nie bereit gewesen, den Sozialismus prinzipiell zu verdammen. Gegen die Korporationen und den RCDS standen die liberalen und fortschrittlichen Studentengruppen, gegen die reaktionären Professoren standen die wenigen demokratischen, wobei sich seltsame Bündnisse ergaben.

Die wechselnden Mehrheitsverhältnisse änderten freilich nicht viel an der grundsätzlichen Fragestellung der politischen Betätigung der Studentenvertretung: ob linke oder rechte Studenten, das Rektorat bestritt stets grundsätzlich das Recht der Studenten, Unterschriftensammlungen, Solidaritätssammlungen, politische Resolutionen durchzuführen. Beim verbalen Protest blieb es allerdings auch zumeist; die Mahnung, das Berliner Modell nicht zu gefährden, wirkte noch zu stark auf beide Seiten. Schon wurde deutlich, wie das Rektorat sich politische Stellungnahmen konkret vorstellte: eine Sammlung für DDR - Studenten wurde genehmigt, eine ebensolche für algerische Studenten verfiel dem rektoralen Bannstrahl. Die Anwendung eines Senats-Rechtsgutachtens zu dieser zentralen Frage der FU richtete sich also nach der politischen Opportunität; ein Grundsatz, den das Rektorat, trotz des Wechsels im Amte, bis heute nicht aufgegeben hat.

Beruhigung erhofften sich die staatstragenden Herren aus dem Professoren-Kollegium, als Anfang 1963 sich ein Regierungswechsel in der Studentenschaft anbahnte. Die Konventswahlen brachten den Rechten ein leichtes Übergewicht; es wurde erstmals in der Geschichte der FU ein schlagend Korporierter zum AStA-Vorsitzenden gewählt. Diesen eklatanten Bruch mit der stark antikorporativen Tradition der jungen Universität war die Studentenschaft nicht gewillt hinzunehmen: der Ältestenrat legte gegen die Konventswahl sein Veto ein, ein Recht, das ihnen satzungsgemäß zusteht. Wegen eines Formfehlers mußte dann allerdings erst noch der unterlegene Kandidat für den AStA - Vorsitz, Schmidt-Hackenberg, die rechtliche Möglichkeit schaffen, seinem Nachfolger Diepgen in einer Urabstimmung das Vertrauen der Studentenschaft zu entziehen. Die Kampagne hatte einen überwältigenden Erfolg; die Korporationen erlitten eine Niederlage und die Linken gewannen auch im Konvent ihre solide Mehrheit zurück.

Das Ganze hatte sich vor dem Hintergrund einer „handfesten Unterwanderung" der FU durch westdeutsche Studenten abgespielt, die nach dem Bau der Mauer die Dahlemer Alma Mater bevölkerten und das Regiment der „Ostler" und der „alten Hasen" abgelöst hatten. Scheuklappendenken in den Kategorien des Kalten Krieges (wie es noch einigen vorgeschwebt haben mochte, die dazu aufriefen, der FU „eine neue Blutzufuhr" zu verschaffen), war unter dieser Studentengeneration kaum zu spüren. Das Programm, das die Allgemeinen Studenten-Ausschüsse nach der Diepgen-Affäre realisierten, in der politischen Bildung, in der Hochschule, im Berliner Bereich der Kulturpolitik, bewies eine erfreuliche Vorurteilslosigkeit, die den jungen Studentenvertretern in der Frontstadt Berlin natürlich nicht viele Freunde brachte. Ihre Position in der Studentenschaft freilich war relativ unangefochten; bei Wahlen teilten sich die Mandate die „Linke" und die „linke Mitte", bei einer nicht gerade starken rechten Fraktion, von RCDS und Korporierten gebildet. Die Auseinandersetzungen mit den Professoren und dem Rektorat waren zwar nicht geringer geworden, hatten aber an Schärfe verloren, dank dem taktischen Geschick und den guten Argumenten der studentischen Amtsträger.

Das alles schien sich schlagartig zu ändern, als im Februar 1965 ein scheinbar radikaler AStA gewählt wurde, unter Führung des Argumentclub-Mitgliedes Wolfgang Lefèvre. In Wahrheit freilich, das zeigt sich zumindest heute, trat Lefèvre nur ein Amt an, das traditionell mit Konfliktstoff reich gesegnet war. Die Auseinandersetzungen, die in der Vergangenheit nicht in aller Öffentlichkeit stattgefunden hatten, wurden nun ausgetragen auf dem Forum der Universität, an das der AStA-Vorsitzende unerschütterlich glaubte. Nicht mehr durch „Mauschelei und Kungelei" hinter den Kulissen wollten Lefèvre und seine Mannschaft die immer noch vorhandenen Streitpunkte mit der akademischen Verwaltung bereinigt sehen, sondern vor aller Augen die Widersprüche aufreißen und lösen.

Kuby, Krippendorff und andere Affären

Anlaß zum Streite gab es genug: die berühmte Kuby-Affäre, die im Grunde eine „Affäre Rektor Lüers" war, ging im „revolutionären Sommersemester" über die Bühne. Als der AStA den Publizisten Erich Kuby zum 20. Jahrestag der deutschen Kapitulation einladen wollte, glaubte der Rektor, sich eines Redeverbots erinnern zu müssen, das einer seiner Vorgänger über Kuby verhängt hatte. Der streitbare Publizist hatte sich die Freiheit genommen, der „Freien Universität" eine „starke antithetischen Bindung" an die Ostberliner Humboldt-Universität nachzusagen, welch ideologisches Indiz er zum Anlaß nahm, der FU einmal das Nachdenken über die eigene „Freiheit" zu empfehlen.

Der AStA, keinesfalls gewillt, das Redeverbot, das sich auf das Hausrecht des Rektors stützen wollte, ohne Widerspruch hinzunehmen, alarmierte die Öffentlichkeit: Studenten protestierten und beriefen Versammlungen ein. Aber das Rektorat meinte noch ein übriges tun zu müssen. Nicht nur, daß es die studentischen Proteste schlichtweg ignorierte, es verstand sich dazu, einen Assistenten, der sich als Kolumnist eines Berliner Lokalblattes in den Streit der Studenten mischte, zu maßregeln. Der Politologe Krippendorff hatte aus verläßlicher Quelle, nämlich vom Senatsbeauftragten für die politische Bildungsarbeit erfahren, daß eine Einladung an den Philosophen Karl Jaspers, in der Universität zu sprechen, von Genetiker Lüers brieflich wieder rückgängig gemacht worden war. Angeblicher Grund: Jaspers kontroverse Ansichten zur Deutschlandpolitik. Krippendorff, der seinen Informanten nicht nennen konnte, wurde gefeuert. Der oberste Dienstherr der FU, Rektor Lüers, akzeptierte nicht die Entschuldigung, die Krippendorff anbot.

Die Gemüter waren erhitzt, in die Proteste gegen die Entscheidung des Rektors, der offensichtlich ein Exempel statuieren wollte, mischten sich die Stimmen von kritischen Professoren. Der AStA-Vorsitzende Lefèvre bemühte sich, der studentischen Öffentlichkeit, auf der feierlichen Immatrikulationsversammlung über die Affäre zu informieren. Rektor Lüers, im Vereine mit dem Vorkämpfer für die Beschneidung studentischer Rechte, Prof. K. A. Bettermann (Jur.-Fak.) schnitt Lefèvre auf der Feier am 27. 5. 65 das Wort ab, verwies ihn quasi des Saales. Der Eklat war da, an der FU herrschte revolutionäre Stimmung, in der philosophischen Fakultätsvertretung konstituierte sich ein „Revolutionsrat", der die zahlreichen Protestaktionen koordinierte. Im Otto-Suhr-Institut, Hochburg kritischer Politologen, gab es einen Vorlesungsstreik, den nur die 13 Hörer des Professors Kotowski (CDU) nicht befolgten.

Professor Bettermann heizte die Stimmung weiter an: Auf der Versammlung des Bundes der Gesichtsverletzten (sprich: Deutsche Burschenschaft) forderte er die Burschen auf, die Freie Universität wieder in Ordnung zu bringen; anzupacken, weil ein paar Linksradikale den Ruf dieser freiheitlichen Universität systematisch in Verruf brächten. Weiter erbosten sich die FU-Studenten darüber, daß ihr Rektor (immerhin Repräsentant einer Universität, die die schlagenden Korporationen als nicht förderungswürdig anerkennt) an eben dieser Versammlung teilnahm. Die Studenten forderten ein Votum des Senats gegen die beiden Burschenfreunde, doch der Akademische Senat baute dem Rektor eine goldene Brücke; mit Bettermann wollte man sich offensichtlich gar nicht erst beschäftigen. Schließlich bekam Krippendorff als Trostpflaster ein Habilitationsstipendium, die Studenten mußten an den Semesterschluß denken, die mit ihnen sympatisierenden Professoren fanden bei ihren Kollegen keine Unterstützung. Das Sommersemester ging zu Ende, der Streit um Kuby war ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Einziger Erfolg: den Studentenvertretern war gezeigt worden, wer am längeren Hebel saß.

In die Ferien platzte eine Nachricht, welche die Konventsabgeordneten kopfscheu machte: ihr Vertreter Lefèvre und sein Vize Damerow, auch er Argument-Club-Mitglied, hatten im Mai eine Resolution unterschrieben, die sich gegen die amerikanische Aggression in Vietnam richtete. Am Inhalt der Resolution hatten die Studentenvertreter wenig auszusetzen, einzig der Urheber der Aktion gab ihnen zu denken. Federführend war nämlich ein „Ausschuß für Frieden und internationale Solidarität", der allgemein als der SED-Westberlin nahestehend angesehen wurde. Die Linke im Konvent zerstritt sich über diese Unterschrift, über die Lefèvre seine Anhänger nicht informiert hatte. Folge: Man forderte seine Abberufung, er sei untragbar geworden für die Studentenvertretung der FU, mit der SED könne man nicht paktieren. Die Rechte witterte Morgenluft und trieb kräftig Propaganda gegen Lefèvre und seine wenigen Getreuen. In der ersten Konvents-Sitzung im Wintersemester machte dann der SHB, Zünglein an der Waage, zerfressen von Skrupeln und an der Leine der Partei, gemeinsame Sache mit den Rechten. Lefèvre, Schlüsselfigur der FU-Studentenvertretung wie man meinte, wurde abgewählt, zwar knapp aber gründlich. Sein Nachfolger, der SHB-Mann Niels Kadritzke, gefälliger Unterhändler und versierter Politiker, versprach die Fortsetzung des hochschulpolitischen und politischen Programms trotz des Wechsels der Personen.

Ein neuer Rektor, Bomben und Eierwürfe

In der Tat, die Frontstellung innerhalb der Universität war auch unter dem Regiment Kadritzkes die alte geblieben. Auf der Seite der Studenten Kampf um die Demokratisierung der Universität, offene und öffentliche Auseinandersetzung der Wissenschaft mit ihren politischen Prämissen und Implikationen – auf der anderen: Bewahrung des „Bewährten" à la Lüers, Schutz der alten Machtstellung des Professors, Universitätsreform mit administrativen Maßnahmen ohne Konzeption, „Entpolitisierung" der Universität à la Bettermann (d. h. die Rechten dürfen, die Linken nicht!).

Die Studenten hatten allerdings eine Hoffnung: zum neuen Rektor war ein Mann gekürt worden, der als liberal galt, der seine Studenten auf „kritisches Bewußtsein" geprüft hatte und erwarten ließ, daß er solchen Prinzipien auch durch seine Amtsführung wieder Geltung an der FU verschaffen würde: Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, Philosoph und Marxismusforscher. Lieber kündigte an, daß er die Studentenvertreter künftig alle 14 Tage zu Besprechungen ins Rektorat bitten würde. Mit dem guten Willen Liebers allein konnte die Studentenschaft keine Politik betreiben, dazu waren die Widerstände zu groß, dazu hatte sich zuviel Groll aufgestaut. Noch auf den Universitätstagen, die dem Thema „Deutsche Universität und Nationalsozialismus" galten, machte Lieber seinen Anhängern Mut: Er forderte „kritische Selbstreflexion über einen geschichtlichen Funktionszusammenhang zwischen deutscher Universität, deutscher Gesellschaft und deutschem Staat, ... einem Funktionszusammenhang, dessen Resultat ja mit der politisch-totalitären Gleichschaltung der deutschen Gesellschaft und ihrer katastrophalen Konsequenz nicht zuletzt auch die deutsche Universität in einem sehr unmittelbaren Sinne traf." Seine Taten als Rektor entsprachen leider nicht diesen beherzigenswerten Worten: In der Zwickmühle zwischen den Interessen des Senats und den politischen Forderungen der Studenten entschied sich Lieber für seine Wiederwahl.

Die Studenten schwiegen nicht angesichts des Vietnam-Krieges, dessen erstes Berliner Opfer bereits Wolfgang Lefèvre geworden war. Der Vietnam-Krieg, in Berlin besonders prekäres Thema („Berlin bleibt Saigon!"), hatte schon auf mehreren Veranstaltungen, vornehmlich des SDS, die Gemüter erhitzt. Als nun auf einer Veranstaltung mit Wolfgang Neuß im Studentenhaus am Steinplatz (der TU zugehörig) ein Knallkörper explodierte, meinte der Rektor, gleiches bei einer SDS-Veranstaltung zum Thema Vietnam in den Räumen der FU befürchten zu müssen. Die Veranstaltung wurde verboten, nachdem schon vorher Lieber einmal interveniert hatte, indem er den SDS darauf hinwies, man könne nicht ungestraft nordvietnamesische Filme zeigen. Dem RCDS, der seinerseits bemüht war, seine maßgebliche Meinung zum Problem beizusteuern, widerfuhr ein Gleiches: die Universität war gesperrt für Propaganda-Veranstaltungen, denen ohnehin die Polizei assistieren sollte. Rektor Lieber liebte die Polizei nicht sonderlich in den Räumen der FU, er hielt es mehr mit der Ruhe und Ordnung auf Kosten der studentischen Versammlungsfreiheit.

Besonders ängstlich reagierte das Rektorat auf anonyme Telefonanrufe, im Henry-Ford-Bau der Universität würde eine Bombe explodieren, wenn man nicht ... Der AStA meinte hingegen, allein wegen solcher Drohungen könne man keine Veranstaltung verbieten, außerdem sei die Polizei ohnehin auch bei „harmlosen" Veranstaltungen anwesend. Nun, die Fronde der autoritären Professoren, Lieber mittendrin, ließ sich's nicht verdrießen, sie fanden eifrig weiter Futter für ihre kleinkarierte Argumentation, um die Studenten bei der Stange der bürgerlichen Ruhe und Ordnung zu halten.

Anfang Februar nämlich hatte inzwischen jene denkwürdige Vietnam - Demonstration in der Berliner Innenstadt stattgefunden, die der „Vereinigten Berliner Presse Axel Springer & Co.", einem nicht eingetragenen, rechtskräftigen Verein, wochenlang die Spalten füllte. Die Demonstrationen selbst, ordnungsgemäß angemeldet, wie es in Deutschland üblich ist, verlief streng nach Vorschrift. Einige Unentwegte indes konnten ihre Empörung nicht zügeln, eilten nach Schluß der Angelegenheit

Notizen für Studenten

Gründerzeit für neue deutsche Hochschulen:

KONSTANZ

Ende Juni ist die Universität zu Konstanz offiziell gegründet worden: der baden-württembergische Ministerpräsident Kiesinger legte am Mainauwald den symbolischen Grundstein. Schon jetzt arbeitet, provisorisch in gemieteten Räumen untergebracht, die erste wissenschaftliche Einrichtung, ein Zentrum für Bildungsforschung. Die ersten Ordinarien hatten ihre Ernennungsurkunden im März erhalten. Es sind: Prof. Aebli (Psychologie), Prof. Besson (Politische Wissenschaften), Prof. Dahrendorf (Soziologie), Prof. Jauß (Romanische Philologie), Prof. Maier (Alte und Mittelalterliche Geschichte) und Prof. Preisendanz (Neuere deutsche Literaturgeschichte). Am 1. Oktober kommt Prof. Striedter (Literaturwissenschaft) hinzu.

Die Gründer setzen große Hoffnungen in die neue Universität, die Kultusminister Hahn selbstkritisch nur in Frageform zu artikulieren wagte: „Wird Konstanz wie einst Göttingen und Berlin zum Durchbruch eines sich an allen Hochschulen durchsetzenden neuen Universitätstyps (führen)?" Man mag diese allzu großartigen Perspektiven als Pathos eines Festtagsredners belächeln, jedenfalls verspricht Konstanz einen völlig anderen Universitätstyp als die übrigen projektierten Neugründungen: die Hochschulreform erhielt hier den Vorrang vor der (Aus-)Bildungsökonomie.

Die Universität am Bodensee wird zur Entlastung der überfüllten Hochschulen nicht viel beitragen: es gibt in ihr nur drei Fakultäten, nämlich eine philosophische, eine naturwissenschaftliche und eine sozialwissenschaftliche; die Studentenzahl bleibt mit Hilfe eines generellen numerus clausus auf 3000 beschränkt; eine künftige Erweiterung ist nicht vorgesehen. Forschung, nicht Ausbildung soll in Konstanz im Vordergrund stehen.

Vor allem aber bricht die neue Universität mit der überkommenen Struktur der übrigen deutschen Hochschulen: ihr erklärtes Ziel ist Kooperation, interdisziplinäres Gespräch. Die Professoren einigen sich, jeweils auf eine begrenzte Zeit, daher auf Forschungsschwerpunkte, die über die Fakultätsgrenzen hinausgreifen.

Die ersten drei stehen schon fest: Bildungs-, Populations- und Sprachenforschung. Ein hierarchisches Institutssystem wird es, wenn es nach dem Gründungsausschuß geht, in Konstanz nicht geben; die Fachbereiche sollen kollegial verwaltet werden. Die Studiengänge will man neu ordnen, insbesondere durch Straffung und systematische Gliederung des Unterrichtsstoffes die Studienzeit verkürzen. Zwei neue Abschlüsse werden eingeführt: für die Naturwissenschaftler nach dem sechsten Semester der „Baccalaureus", für die Studenten der philosophischen Fakultät zwischen Magisterexamen und Promotion der „Lizenziat". Konstanz hat gute Aussichten, zu einer deutschen Elitehochschule zu avancieren. twf

DORTMUND

Rechtzeitig vor der Landtagswahl hat auch der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Dr. Franz Meyers, einen Grundstein gelegt: den für das „Aufbau- und Verfügungszentrum" der Universität Dortmund, nachdem die Bibliothek bereits vor der Vollendung steht. Außerdem soll in Dortmund nach Bochumer Vorbild demnächst ein Sammelgebäude in Angriff genommen werden, das später als Wohnheim, zunächst aber für Verwaltungszwecke dienen wird. Die Universität will den Lehrbetrieb zum Wintersemester 1968/69 aufnehmen; in der ersten Ausbaustufe sind 22 Lehrstühle und etwa 600 Studienplätze vorgesehen. akd

TH MÜNCHEN

Nach Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wertet nun auch Bayern seine Technische Hochschule zu einer Universität auf. Nach langem Zögern, bedingt durch Widerstände aus der konkurrierenden Medizinischen Fakultät der Universität München, beschloß die CSU-Fraktion, die im Landtag die absolute Mehrheit innehat, an der TH der Landeshauptstadt eine Medizinische Fakultät zu errichten. Für Grunderwerb und Planungen wurden bereits 62 Mio Mark ausgegeben. Das projektierte Großklinikum der TH soll 200 Meter lang, 30 Meter breit und 50 Meter hoch werden. Bis zur Vollendung des monströsen Baus dürften freilich noch 15 Jahre vergehen. Fraglich, ob er die gigantischen Ausmaße überhaupt erreicht: infolge der hohen Kosten von 1,2 Mrd Mark überlegt man sich im bayrischen Finanzministerium bereits Etatkürzungen. akd

Umstrittenes bayrisches Hochschulgesetz

Kultusminister Huber hat, gleich seinem hessischen Kollegen Schütte, nicht viel Freude mit dem von seinem Ministerium erarbeiteten Hochschulgesetzentwurf. Bekanntlich hatten die Hochschullehrer und Studenten vehement Kritik geübt. Nun liegt ein Gegenentwurf der SPD vor, der diese Einwände berücksichtigt: Die Selbstverwaltungskompetenzen der Universitäten sollen erweitert und die Studenten als eigene Körperschaft stärker an der universitätsinternen Willensbildung beteiligt werden. Inzwischen haben zwar neue Besprechungen zwischen Huber und den Rektoren stattgefunden, bei denen Übereinstimmung in grundlegenden Fragen erzielt wurde, so daß die Rektoren den Huberschen Entwurf nun unterstützen wollen, aber die Studenten zeigen sich rebellischer denn je. An die 15 000 gingen auf die Straße und bekundeten mit Transparenten wie „Kein Dirigismus im Hochschulbereich" und „Diskussion – nicht Geheimdiplomatie" sowie Sprechchören „Huber weg" ihr Mißfallen. Der bayrische Landtag dürfte das Hochschulgesetz nicht mehr in dieser Legislaturperiode verabschieden: zunächst steht das umstrittene Gesetz über die Landschulreform auf der Tagesordnung, das die Abgeordneten reichlich mit Arbeit eindeckt. akd

Auch SHB-Kontakte mit der FDJ gescheitert

Der gesamtdeutsche Frühling weicht auch im studentischen Bereich einem langen, öden Sommer. Nach der SED-Offerte an die SPD hatte im April auch die FDJ dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) die Wiederaufnahme der nach dem FDJ-Pfingsttreffen von 1964 abgerissenen Kontakte angeboten. Man einigte sich Anfang Mai, die große Politik paraphrasierend, in einem ersten Gespräch in Ostberlin schnell auf zwei gemeinsame Seminare, an denen je fünfzig Mitglieder der FDJ und des SHB teilnehmen sollten. Eine Veranstaltung sollte in der DDR stattfinden. Als vielversprechende Themen waren, dem Bemühen der anderen Seite nach Grundsatzdiskussionen entgegenkommend, vorgesehen: „Deutschland, gestern, heute, morgen" und „Das politische Engagement der Studenten in der Gesellschaft".

Dann aber begannen schon die „Terminschwierigkeiten": Zum vereinbarten neuen Verhandlungstermin (27. Mai) erschienen in Bonn keine FDJ-Vertreter, auch der sicherheitshalber eingeplante Ausweichtermin (7. Juni) verstrich ungenutzt. Dafür kamen am 20. Juni, nachdem die Taktik der SED gegenüber der SPD einigermaßen feststand, zwei Abgesandte und verlangten Vorleistungen vom SHB: Bevor man weiterspreche, müsse der westdeutsche Partner erst seinen Standpunkt zur Oder-Neiße-Grenze, zum westdeutschen Alleinvertretungsanspruch, zum Vietnamkrieg, zu den Notstandsgesetzen erklären. Der SHB, dessen Meinung die FDJ in einigen dieser Punkte durchaus als „fortschrittlich" hätte anerkennen müssen, spielte das durchsichtige Spiel nicht mit. Er lehnte ab, weil „diese Themen Gegenstand der vereinbarten Seminare seien". Daraufhin reisten die FDJ-Funktionäre wieder ab, und man vertagte sich auf August, während ursprünglich die Seminare schon im Juli hatten stattfinden sollen. Auf den Brief des VDS (siehe S. 8), den SHB-Vorsitzender Zöpel erwähnt hatte, wollten die Emissäre der FDJ gar nicht eingehen. Da die FDJ bis ins Detail die taktischen Methoden der SED kopierte, wird man abwarten müssen, ob sie sich überhaupt noch einmal meldet. twf

Gesamtdeutsches Gespräch der Rektoren

Auf einer anderen Ebene scheint die SED freilich zu Kontakten bereit: Ein gesamtdeutsches Gespräch zwischen den Universitätsrektoren konnte ungehindert stattfinden. Wie es in einem vagen Abschlußkommuniqué hieß, debattierte man „in sachlicher, aber freundlicher" Atmosphäre „freimütig und lebhaft". Auch hier überwogen Grundsatzdiskussionen über die Rolle der Universität in der Gesellschaft; konkrete Austauschprojekte wurden nicht erörtert. Der Rektor der FU Berlin war nicht anwesend. twf

Keine Vorlesungen über NS-Universität

Göttinger Studenten wollen die Rolle der Universitäten und Studenten im Dritten Reich untersuchen. Das Studentenparlament der Universität hat die politischen Hochschulgruppen und Korporationen aufgefordert, sich im nächsten Wintersemester mit diesem Thema zu befassen; eine Arbeitsgemeinschaft soll die Ergebnisse zusammenfassen. Die vom Studentenparlament hierzu vorgeschlagene Vorlesungsreihe hatte der Senat mit dem Argument abgelehnt, es bestehe nicht genügend Interesse in der Studentenschaft. FAZ

Das FERN-REPETITORIUM (FOTH) für Juristen ist seit mehr als 35 Jahren das anerkannte Mittel der erfolgreichen Examensvorbereitung. Probeheft B kostenfrei.

MÜLLER-ALBRECHTS-VERLAG, 4 Düsseldorf-Wittlaer.

Zum letzten Male am Vorstandstisch saßen Hans Joachim Pfaffendorf und Peter Mürmann während der 50. Landesverbandskonferenz des VDS-Hessen am 16. Juni in Marburg. Drei Jahre lang war der 29jährige Rechtsreferendar Pfaffendorf (links) „Hessens erster Student". Während der langwierigen Beratungen über das hessische Hochschulgesetz verfügte der VDS mit Pfaffendorf in Wiesbaden über einen ebenso sachkundigen wie zähen und geschickten Unterhändler. Der neue Landesvorsitzende, Christoph Ehmann aus Marburg, wird es schwer haben, legt man an ihm die Elle seines erfolgreichen Vorgängers an. Foto: R. Stahl

CDU und FDP zum Ausbildungsförderungsgesetz

Seit Jahr und Tag drängt der Bundesjugendring auf ein umfassendes Ausbildungsförderungsgesetz, das gleiche Bildungschancen wenigstens da schaffen soll, wo mangelnde finanzielle Leistungsfähigkeit bisher die Entwicklungsmöglichkeiten der Jugendlichen hemmte. Seit Jahr und Tag schiebt der Bundestag es vor sich her, hatte aber keine Skrupel, dem „Pennälergehalt" zuzustimmen. Ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern, das die Bonner Gesetzgeber offensichtlich eher goutieren würden, ist ebenfalls nicht in Sicht. Nun haben CDU/CSU und FDP unabhängig voneinander neue Gesetzentwürfe zur Ausbildungsförderung erarbeitet. Die CDU will mit der Vorlage freilich warten, bis die Ministerpräsidenten der Länder ihre Entscheidung getroffen haben. Wann die Landesfürsten darüber zu Rate sitzen, weiß der liebe Gott. akd

Universität Gießen gegen „Studentenanzeiger"

In ungewöhnlich scharfer Form hat sich die Gießener Universität von der dortigen Nebenausgabe des „Deutschen Studentenanzeigers" distanziert, der in seiner Januar/Februar-Nummer 1966 den Tübinger Professor Raiser wegen dessen Mitwirkung an der Polen-Denkschrift der Evangelischen Kirche heftig angegriffen hatte. Unter den Überschriften „Künder deutscher Sendung?" sowie „Professor Raiser und die Reichsuniversität" war der auf das Übelste diffamiert worden.

„Unmißverständlich" stellt der Senat fest, daß „die Zeitung offen mit der rechtsextremistischen NPD" sympathisiere: „Rektor und Senat der Justus-Liebig-Universität distanzieren sich ausdrücklich sowohl von den Artikeln gegen Professor Raiser als auch von der Zeitung insgesamt". gu/J. S.

La douce France

Den Kommilitonen, die ihren Studienort entsprechend der Jahreszeit zu wechseln pflegen – etwa von Kiel nach Innsbruck oder von Lausanne nach Grenoble – bietet die „Vermittlungsstelle für deutsche Wissenschaftler im Ausland" jetzt ein Ziel von beträchtlicher ganzjähriger Attraktivität: Nizza. Dort kann man ab Oktober 1966 deutsches Recht studieren. Zwei „namhafte deutsche Ordinarien" werden als erste deutsche Gastprofessoren neben Vorlesungen in französischer Sprache auch solche in deutscher abhalten. Politische Wissenschaften kann man ebenfalls belegen, ebenso Kurse in französischer Sprache. Was mehr interessieren dürfte: In einem schön gelegenen Gartengelände von fast 10 000 qm, genannt „La Lanterne", errichtet die Universität Nizza bis zum Oktober ein Studentenheim, in dem 40 Plätze für deutsche Studenten reserviert sind. Zwischen den einzelnen Gebäudekomplexen von Universität, Studentenheim und Mensen verkehrt ein universitätseigener Omnibus. Stipendien stehen zur Verfügung. DD

Amerika – Du hast es besser

25 Medizinstudenten der Universität Harvard haben mit offizieller Genehmigung den Besuch der Vorlesungen aufgegeben. Da sie der Meinung waren, ihre Vorlesungen seien langweilig, zeitverschwendend und böten Lehrstoff, den man sich schneller aus Büchern erarbeiten könne, baten sie darum, für den Rest des Universitätsjahres vom Besuch der Vorlesungen befreit zu werden. Sie arbeiten jetzt in kleineren Gruppen unter der Anleitung eines Tutors und wollen ihre eigene Studientechnik entwickeln. sp

Kulturpreis „Student aufs Land"

Die Aktion „Student aufs Land", der man anfangs eine gewisse Spontaneität nicht absprechen konnte, geht den ausgetretenen Weg aller einmal etablierten Organisationen: sie bildet Bürokratien aus und paßt sich dem Kulturbetrieb an. Jüngstes Symptom: Ein Preis von 1000 Mark soll gestiftet werden, den ein zehnköpfiges Gremium jährlich für „kulturpolitische Leistungen" verleiht; versteht sich, auch an Studenten oder studentische Organisationen. Außerdem richten die Bildungswerber in Freiburg ein ständiges Sekretariat ein, das sich mit Fragen der „Bildungsförderung" befassen soll. coll/DD

Letzter Bericht

An der Universität in Köln dürfen die Korporierten bei akademischen Feiern neuerdings wieder Farben tragen. Der Rektor sieht darin offenbar einen Beitrag zur Hochschulreform, weil „die Couleur in der Universität mithelfen kann, das indifferente Grau der Anonymität an unserer Hochschule etwas aufzulockern". Die Brüder vom Cartell formieren sich unterdes an der Hochschule gesellschaftlich, inzwischen schildern 21 alte Brüder im Bundestag die formierte Gesellschaft in den buntesten Farben, wo andere nur grau in grau sehen. Die modischen Aspekte farbiger Auflockerung liegen schon jenseits der Restauration gesellschaftlicher und akademischer „Würden", sie sind – ganz im Sinne von Mode – die Wiederholung des Immergleichen. Einen neuen Sinn aber fanden die farbenfrohen Gemüter: Sie regten den SDS an zum Protest. D e n Sinn finden sie im Nordseebad Borkum wohl nicht; denn laut Verbindungsblättchen „academia" 4/66, „treffen sich ab Mitte Juni wieder in den Sommermonaten die Cartellbrüder mit ihren Damen zum CV-Stammtisch jeden Montag um 20.30 Uhr im Bahnhofshotel: Bitte Band nicht vergessen und die Verbindungswimpel für die Strandburg mitbringen". Wenn die Brüder sich in Wärme an der See wiederfinden, ab Mitte Juni(!), studieren die Modegegner (auch der SDS) wohl noch an der heimischen grauen Universität. W.

Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:

Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Kollegbedarf Füllhalter Feinpapiere Geschenke Büro-, Zeichen-, Schulartikel

Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

PETER RIPKEN

Politik an einer „freien" Universität

Die Chronique scandaleuse der FU Berlin

Fotos: Heinz O. Jurisch (1) und Michael Ruetz (2)

Politik gehört an die Universität. Dieser Maxime hat die deutsche Universität sich stets verschlossen. Einst war die akademisch geforderte, wissenschaftstheoretisch fundierte Abstinenz von der Politik nur die Kehrseite einer blinden Staatstreue, in der sich Professoren und Studenten gleichermaßen ergingen. Ein Versuch, aus der verhängnisvollen Rolle deutscher Universitäten und ihrer Angehörigen in der Geschichte zu lernen, war die Gründung der Freien Universität Berlin. Nicht etwa aus politischer Abstinenz wurde diese Universität gegründet, nicht aus dem Willen, wertfreie Wissenschaft im Schutze vor der kommunistischen Einmischung in die Universitäts-Autonomie zu genießen, sondern aus dem ehrlichen Impetus, in der Universität einen Raum für Auseinandersetzung, wissenschaftliche und politische, zu schaffen.

Dieser Konzeption, die freilich schon bei ihrer Gründung den Keim der Mythologisierung in sich barg, entsprach eine Hochschulverfassung, die gemeinhin als „Berliner Modell" Suggestivkräfte entwickelte und besonders den westdeutschen Studentenvertretern, denen das Mitreden in den „akademischen Gremien" versagt blieb, als erstrebenswert erschien.

Doch der Zündstoff zwischen Rektorat und Studentenschaft hat sich auch in Berlin genug angesammelt: Zum zehnjährigen Bestehen der FU gab es den ersten Eklat. Der Rektor maßte sich ein Zensurrecht über die Rede des 1. AStA-Vorsitzenden für den Festakt an, mußte sich indes den demokratischen Spielregeln beugen. Fortan pflegte das Rektorat, bei jeder politischen Aktivität der Studentenschaft, die prinzipielle Frage aufzuwerfen, wie weit das Recht zu politischen Stellungnahmen der Studentenvertretung überhaupt gehen sollten.

Zwei links, eins rechts: Das politische Karussell an der FU

Der berühmte Atomkongreß in den Räumen der Universität hatte die Studentenschaft in Unruhe versetzt und die Diskussion um die Frage nach der „richtigen Politik" aufgeworfen: Gerade in Berlin und gerade an der Freien Universität war man nie bereit gewesen, den Sozialismus prinzipiell zu verdammen. Gegen die Korporationen und den RCDS standen die liberalen und fortschrittlichen Studentengruppen, gegen die reaktionären Professoren standen die wenigen demokratischen, wobei sich seltsame Bündnisse ergaben.

Die wechselnden Mehrheitsverhältnisse änderten freilich nicht viel an der grundsätzlichen Fragestellung der politischen Betätigung der Studentenvertretung: ob linke oder rechte Studenten, das Rektorat bestritt stets grundsätzlich das Recht der Studenten, Unterschriftensammlungen, Solidaritätssammlungen, politische Resolutionen durchzuführen. Beim verbalen Protest blieb es allerdings auch zumeist; die Mahnung, das Berliner Modell nicht zu gefährden, wirkte noch zu stark auf beide Seiten. Schon wurde deutlich, wie das Rektorat sich politische Stellungnahmen konkret vorstellte: eine Sammlung für DDR-Studenten wurde genehmigt, eine ebensolche für algerische Studenten verfiel dem rektoralen Bannstrahl. Die Anwendung eines Senats-Rechtsgutachtens zu dieser zentralen Frage der FU richtete sich also nach der politischen Opportunität; ein Grundsatz, den das Rektorat, trotz des Wechsels im Amte, bis heute nicht aufgegeben hat.

Beruhigung erhofften sich die staatstragenden Herren aus dem Professoren-Kollegium, als Anfang 1963 sich ein Regierungswechsel in der Studentenschaft anbahnte. Die Konventswahlen brachten den Rechten ein leichtes Übergewicht; es wurde erstmals in der Geschichte der FU ein schlagend Korporierter zum AStA-Vorsitzenden gewählt. Diesen eklatanten Bruch mit der stark antikorporativen Tradition der jungen Universität war die Studentenschaft nicht gewillt hinzunehmen: der Ältestenrat legte gegen die Konventswahl sein Veto ein, ein Recht, das ihnen satzungsgemäß zusteht. Wegen eines Formfehlers mußte dann allerdings erst noch der unterlegene Kandidat für den AStA-Vorsitz, Schmidt-Hackenberg, die rechtliche Möglichkeit schaffen, seinem Nachfolger Diepgen in einer Urabstimmung das Vertrauen der Studentenschaft zu entziehen. Die Kampagne hatte einen überwältigenden Erfolg; die Korporationen erlitten eine Niederlage und die Linken gewannen auch im Konvent ihre solide Mehrheit zurück.

Das Ganze hatte sich vor dem Hintergrund einer „handfesten Unterwanderung" der FU durch westdeutsche Studenten abgespielt, die nach dem Bau der Mauer die Dahlemer Alma Mater bevölkerten und das Regiment der „Ostler" und der „alten Hasen" abgelöst hatten. Scheuklappendenken in den Kathegorien des Kalten Krieges (wie es noch einigen vorgeschwebt haben mochte, die dazu aufriefen, der FU „eine neue Blutzufuhr" zu verschaffen), war unter dieser Studentengeneration kaum zu spüren. Das Programm, das die Allgemeinen Studenten-Ausschüsse nach der Diepgen-Affäre realisierten, in der politischen Bildung, in der Hochschule, im Berliner Bereich der Kulturpolitik, bewies eine erfreuliche Vorurteilslosigkeit, die den jungen Studentenvertretern in der Frontstadt Berlin natürlich nicht viele Freunde brachte. Ihre Position in der Studentenschaft freilich war relativ unangefochten; bei Wahlen teilten sich die Mandate die „Linke" und die „linke Mitte", bei einer nicht gerade starken rechten Fraktion, von RCDS und Korporierten gebildet. Die Auseinandersetzungen mit den Professoren und dem Rektorat waren zwar nicht geringer geworden, hatten aber an Schärfe verloren, dank dem taktischen Geschick und den guten Argumenten der studentischen Amtsträger.

Das alles schien sich schlagartig zu ändern, als im Februar 1965 ein scheinbar radikaler AStA gewählt wurde, unter Führung des Argumentclub-Mitgliedes Wolfgang Lefèvre. In Wahrheit freilich, das zeigt sich zumindest heute, trat Lefèvre nur ein Amt an, das traditionell mit Konfliktstoff reich gesegnet war. Die Auseinandersetzungen, die in der Vergangenheit nicht in aller Öffentlichkeit stattgefunden hatten, wurden nun ausgetragen auf dem Forum der Universität, an das der AStA-Vorsitzende unerschütterlich glaubte. Nicht mehr durch „Mauschelei und Kungelei" hinter den Kulissen wollten Lefèvre und seine Mannschaft die immer noch vorhandenen Streitpunkte mit der akademischen Verwaltung bereinigt sehen, sondern vor aller Augen die Widersprüche aufreißen und lösen.

Kuby, Krippendorff und andere Affären

Anlaß zum Streite gab es genug: die berühmte Kuby-Affäre, die im Grunde eine „Affäre Rektor Lüers" war, ging im „revolutionären Sommersemester" über die Bühne. Als der AStA den Publizisten Erich Kuby zum 20. Jahrestag der deutschen Kapitulation einladen wollte, glaubte der Rektor, sich eines Redeverbots erinnern zu müssen, das einer seiner Vorgänger über Kuby verhängt hatte. Der streitbare Publizist hatte sich die Freiheit genommen, der „Freien Universität" eine „starke antithetischen Bindung" an die Ostberliner Humboldt-Universität nachzusagen, welch ideologisches Indiz er zum Anlaß nahm, der FU einmal das Nachdenken über die eigene „Freiheit" zu empfehlen.

Der AStA, keinesfalls gewillt, das Redeverbot, das sich auf das Hausrecht des Rektors stützen wollte, ohne Widerspruch hinzunehmen, alarmierte die Öffentlichkeit: Studenten protestierten und beriefen Versammlungen ein. Aber das Rektorat meinte noch ein übriges tun zu müssen. Nicht nur, daß es die studentischen Proteste schlichtweg ignorierte, es verstand sich dazu, einen Assistenten, der sich als Kolumnist eines Berliner Lokalblattes in den Streit der Studenten mischte, zu maßregeln. Der Politologe Krippendorff hatte aus verläßlicher Quelle, nämlich vom Senatsbeauftragten für die politische Bildungsarbeit erfahren, daß eine Einladung an den Philosophen Karl Jaspers, in der Universität zu sprechen, von Genetiker Lüers brieflich wieder rückgängig gemacht worden war. Angeblicher Grund: Jaspers kontroverse Ansichten zur Deutschlandpolitik. Krippendorff, der seinen Informanten nicht nennen konnte, wurde gefeuert. Der oberste Dienstherr der FU, Rektor Lüers, akzeptierte nicht die Entschuldigung, die Krippendorff anbot.

Die Gemüter waren erhitzt, in die Proteste gegen die Entscheidung des Rektors, der offensichtlich ein Exempel statuieren wollte, mischten sich die Stimmen von kritischen Professoren. Der AStA-Vorsitzende Lefèvre bemühte sich, der studentischen Öffentlichkeit, auf der feierlichen Immatrikulationsversammlung über die Affäre zu informieren. Rektor Lüers, im Vereine mit dem Vorkämpfer für die Beschneidung studentischer Rechte, Prof. K. A. Bettermann (Jur.-Fak.) schnitt Lefèvre auf der Feier am 27. 5. 65 das Wort ab, verwies ihn quasi des Saales. Der Eklat war da, an der FU herrschte revolutionäre Stimmung, in der philosophischen Fakultätsvertretung konstituierte sich ein „Revolutionsrat", der die zahlreichen Protestaktionen koordinierte. Im Otto-Suhr-Institut, Hochburg kritischer Politologen, gab es einen Vorlesungsstreik, den nur die 13 Hörer des Professors Kotowski (CDU) nicht befolgten.

Professor Bettermann heizte die Stimmung weiter an: Auf der Versammlung des Bundes der Gesichtsverletzten (sprich: Deutsche Burschenschaft) forderte er die Burschen auf, die Freie Universität wieder in Ordnung zu bringen; anzupacken, weil ein paar Linksradikale den Ruf dieser freiheitlichen Universität systematisch in Verruf brächten. Weiter erbosten sich die FU-Studenten darüber, daß ihr Rektor (immerhin Repräsentant einer Universität, die die schlagenden Korporationen als nicht förderungswürdig anerkennt) an eben dieser Versammlung teilnahm. Die Studenten forderten ein Votum des Senats gegen die beiden Burschenfreunde, doch der Akademische Senat baute dem Rektor eine goldene Brücke; mit Bettermann wollte man sich offensichtlich gar nicht erst beschäftigen. Schließlich bekam Krippendorff als Trostpflaster ein Habilitationsstipendium, die Studenten mußten an den Semesterschluß denken, die mit ihnen sympatisierenden Professoren fanden bei ihren Kollegen keine Unterstützung. Das Sommersemester ging zu Ende, der Streit um Kuby war ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Einziger Erfolg: den Studentenvertretern war gezeigt worden, wer am längeren Hebel saß.

In die Ferien platzte eine Nachricht, welche die Konventsabgeordneten kopfscheu machte: ihr Vertreter Lefèvre und sein Vize Damerow, auch er Argument-Club-Mitglied, hatten im Mai eine Resolution unterschrieben, die sich gegen die amerikanische Aggression in Vietnam richtete. Am Inhalt der Resolution hatten die Studentenvertreter wenig auszusetzen, einzig der Urheber der Aktion gab ihnen zu denken. Federführend war nämlich ein „Ausschuß für Frieden und internationale Solidarität", der allgemein als der SED-Westberlin nahestehend angesehen wurde. Die Linke im Konvent zerstritt sich über diese Unterschrift, über die Lefèvre seine Anhänger nicht informiert hatte. Folge: Man forderte seine Abberufung, er sei untragbar geworden für die Studentenvertretung der FU, mit der SED könne man nicht paktieren. Die Rechte witterte Morgenluft und trieb kräftig Propaganda gegen Lefèvre und seine wenigen Getreuen. In der ersten Konvents-Sitzung im Wintersemester machte dann der SHB, Zünglein an der Waage, zerfressen von Skrupeln und an der Leine der Partei, gemeinsame Sache mit den Rechten. Lefèvre, Schlüsselfigur der FU-Studentenvertretung wie man meinte, wurde abgewählt, zwar knapp aber gründlich. Sein Nachfolger, der SHB-Mann Niels Kadritzke, gefälliger Unterhändler und versierter Politiker, versprach die Fortsetzung des hochschulpolitischen und politischen Programms trotz des Wechsels der Personen.

Ein neuer Rektor, Bomben und Eierwürfe

In der Tat, die Frontstellung innerhalb der Universität war auch unter dem Regiment Kadritzkes die alte geblieben. Auf der Seite der Studenten Kampf um die Demokratisierung der Universität, offene und öffentliche Auseinandersetzung der Wissenschaft mit ihren politischen Prämissen und Implikationen – auf der anderen: Bewahrung des „Bewährten" à la Lüers, Schutz der alten Machtstellung des Professors, Universitätsreform mit administrativen Maßnahmen ohne Konzeption, „Entpolitisierung" der Universität à la Bettermann (d. h. die Rechten dürfen, die Linken nicht!).

Die Studenten hatten allerdings eine Hoffnung: zum neuen Rektor war ein Mann gekürt worden, der als liberal galt, der seine Studenten auf „kritisches Bewußtsein" geprüft hatte und erwarten ließ, daß er solchen Prinzipien auch durch seine Amtsführung wieder Geltung an der FU verschaffen würde: Prof. Dr. Hans-Joachim Lieber, Philosoph und Marxismusforscher. Lieber kündigte an, daß er die Studentenvertreter künftig alle 14 Tage zu Besprechungen ins Rektorat bitten würde. Mit dem guten Willen Liebers allein konnte die Studentenschaft keine Politik betreiben, dazu waren die Widerstände zu groß, dazu hatte sich zuviel Groll aufgestaut. Noch auf den Universitätstagen, die dem Thema „Deutsche Universität und Nationalsozialismus" galten, machte Lieber seinen Anhängern Mut: Er forderte „kritische Selbstreflexion über einen geschichtlichen Funktionszusammenhang zwischen deutscher Universität, deutscher Gesellschaft und deutschem Staat, ... einem Funktionszusammenhang, dessen Resultat ja mit der politisch-totalitären Gleichschaltung der deutschen Gesellschaft und ihrer katastrophalen Konsequenz nicht zuletzt auch die deutsche Universität in einem sehr unmittelbaren Sinne traf." Seine Taten als Rektor entsprachen leider nicht diesen beherzigenswerten Worten: In der Zwickmühle zwischen den Interessen des Senats und den politischen Forderungen der Studenten entschied sich Lieber für seine Wiederwahl.

Die Studenten schwiegen nicht angesichts des Vietnam-Krieges, dessen erstes Berliner Opfer bereits Wolfgang Lefèvre geworden war. Der Vietnam-Krieg, in Berlin besonders prekäres Thema („Berlin bleibt Saigon!"), hatte schon auf mehreren Veranstaltungen, vornehmlich des SDS, die Gemüter erhitzt. Als nun auf einer Veranstaltung mit Wolfgang Neuß im Studentenhaus am Steinplatz (der TU zugehörig) ein Knallkörper explodierte, meinte der Rektor, gleiches bei einer SDS-Veranstaltung zum Thema Vietnam in den Räumen der FU befürchten zu müssen. Die Veranstaltung wurde verboten, nachdem schon vorher Lieber einmal interveniert hatte, indem er den SDS darauf hinwies, man könne nicht ungestraft nordvietnamesische Filme zeigen. Dem RCDS, der seinerseits bemüht war, seine maßgebliche Meinung zum Problem beizusteuern, widerfuhr ein Gleiches: die Universität war gesperrt für Propaganda-Veranstaltungen, denen ohnehin die Polizei assistieren sollte. Rektor Lieber liebte die Polizei nicht sonderlich in den Räumen der FU, er hielt es mehr mit der Ruhe und Ordnung auf Kosten der studentischen Versammlungsfreiheit.

Besonders ängstlich reagierte das Rektorat auf anonyme Telefonanrufe, im Henry-Ford-Bau der Universität würde eine Bombe explodieren, wenn man nicht... Der AStA meinte hingegen, allein wegen solcher Drohungen könne man keine Veranstaltung verbieten, außerdem sei die Polizei ohnehin auch bei „harmlosen" Veranstaltungen anwesend. Nun, die Fronde der autoritären Professoren, Lieber mittendrin, ließ sich's nicht verdrießen, sie fanden eifrig weiter Futter für ihre kleinkarierte Argumentation, um die Studenten bei der Stange der bürgerlichen Ruhe und Ordnung zu halten.

Anfang Februar nämlich hatte inzwischen jene denkwürdige Vietnam-Demonstration in der Berliner Innenstadt stattgefunden, die der „Vereinigten Berliner Presse Axel Springer & Co.", einem nicht eingetragenen, rechtskräftigen Verein, wochenlang die Spalten füllte. Die Demonstrationen selbst, ordnungsgemäß angemeldet, wie es in Deutschland üblich ist, verlief streng nach Vorschrift. Einige Unentwegte indes konnten ihre Empörung nicht zügeln, eilten nach Schluß der Angelegenheit

Höchstens 4 graue Jahre

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur „Neuordnung des Studiums"

Seit sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz am 9. 7. 1965 in Clausthal für die befristete Immatrikulation – die rationellere und weniger spektakuläre Form der Zwangsexmatrikulation – aussprach, ist die Diskussion um die Studienreform schärfer, weil eindeutiger geworden. Die gemeinsamen Interessen von Staat (vgl. die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und neuere Hochschulgesetze), Industrie (siehe die Artikel von Hans Dichgans, ihrem engagierten Sprecher) und Hochschule werden klar ausgewiesen, die Zielvorstellung genannt: Es entsteht das Bild des endlich leistungsfähigen Akademikers ohne Anpassungsschwierigkeiten an autoritäre Strukturen, nachdem diese Schwierigkeiten einmal durch bestimmte organisatorische Maßnahmen beseitigt sind. Gegenstand dieser einmütigen Beschlüsse sind Maßnahmen für diejenigen, die davon am meisten „betroffen" sind, ohne die gleichen Vorteile zu haben, in erster Linie also die Studenten, potentiell aber auch alle die Hochschullehrer, die nicht im glücklichen Besitz eines Lehrstuhls oder eines Institutes sind. Nicht zufällig sind sie auch die einzigen Gegner, wenn es überhaupt zu Konflikten kommt: Schließlich liegt es ja auch im Interesse des Studenten, behauptet der VDS mit Recht, sich diesen Bedingungen mit einer hohen Qualifikation so schnell wie möglich zu entziehen. Genauso wenig wie bei den Zwangsexmatrikulationen werden sich die neuen Organisationsformen abträglich auf die Zahl der Studenten auswirken, das wäre auch wenig logisch, sondern diese Maßnahmen haben eindeutig eine disziplinierende Funktion.

Der Wissenschaftsrat wies warnend darauf hin, daß Zwangsexmatrikulationen früher nur als Folge eines Disziplinarverfahrens erfolgten, also als hier gar nicht intendiertes ethisches Werturteil. Bei überlanger Studiendauer handele es sich nur um mangelnde Eignung. Das Verfahren, das der Wissenschaftsrat selbst vorschlägt, hat seiner Ansicht nach den Vorzug der Rechtssicherheit und errichtet gleichzeitig ein lückenloses System der Leistungskontrolle.

Unter dem Titel „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums" legte der Wissenschaftsrat am 14. Juni seine Stellungnahme zu diesem Komplex vor, die sich der herrschenden Meinung der Kultusministerkonferenz und der Westdeutschen Rektorenkonferenz vollinhaltlich anschließt; nur die Argumente sind etwas anders.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, das normale Studium in Zukunft generell auf vier Jahre zu beschränken. Es soll mit einer Prüfung (Diplom, Magister, Staatsexamen) abschließen, die die Berufsreife für qualifizierte Berufe bescheinigt. Für besonders begabte Studenten ist ein Aufbaustudium von etwa zwei Jahren vorgesehen, das zur Promotion führen kann, aber nicht notwendig einen formellen Abschluß haben muß. Ferner denkt man eine Art Kontaktstudium für Akademiker, die bereits im Berufsleben stehen und ihre Kenntnisse auffrischen möchten.

Im Gegensatz zu vielen anderen Hochschulreformen hat der Wissenschaftsrat die Einheit von Forschung und Lehre als produktives Prinzip wissenschaftlicher Arbeit angesehen und bewußt daran festgehalten. Da seine Reformvorschläge für die Organisationsstruktur der Hochschulen aber das Lehrstuhloligopol nicht erschütterten, trug er selbst zur Aushöhlung dieses Prinzips bei. Auch in den neuesten Empfehlungen bekräftigt er sein früheres Bekenntnis, „weil es heute kaum einen Bereich gebe, der nicht auf Wissenschaft als Voraussetzung der Praxis angewiesen sei." Ferner erfordere die wachsende Differenzierung der Wissenschaft eine Neuorientierung der wissenschaftlichen Ausbildung, und schließlich seien auch die herkömmlichen Berufsbilder im Schwinden begriffen, weshalb die „herkömmliche feste Zuordnung der Hochschule zu den klassischen akademischen Berufen vielfach nicht mehr der Wirklichkeit entspreche". Konsequent erscheint ihm deshalb eine Abschaffung der Staatsprüfungen, die zumindest von den akademischen Abschlußprüfungen streng getrennt werden müßten. Gerade dieser Vorschlag würde eine größere sachliche Autonomie der Hochschule realisieren. So hat es den Anschein, als werde in Zukunft „mehr Wissenschaft" in „mehr Freiheit" betrieben werden als es bisher möglich schien – wenn alles nach dem Willen des Wissenschaftsrats ginge.

Der Wissenschaftsrat folgert aus diesen Einsichten, daß von einer einheitlichen Ausbildung für alle Studenten nicht mehr die Rede sein könne. In den Anfangssemestern sollen „möglichst geringe Reibungsverluste" entstehen, und „eine wirksame Führung" sei nötig, etwa in Form von individueller Studienberatung durch eine Lehrkraft (an Ordinarien ist hier gar nicht gedacht, diese Lehrkräfte brauchten nicht einmal habilitiert zu sein), die sich über den Erfolg des Studiums in dem betreffenden Semester vergewissern soll. Kleine Arbeitsgruppen müßten gebildet werden und die Zahl der Teilnehmer an Proseminaren und Seminaren beschränkt werden (für die Verwirklichung dieses Ziels sieht der Wissenschaftsrat allerdings Schwierigkeiten; er denkt sogar daran, Studenten des Aufbaustudiums an der Lehre zu beteiligen). Studienpläne sollen über die Anforderungen auf jeder Stufe des Studiums informieren. Grundkenntnisse erwürbe der Student dann im Laufe des ersten Studienjahres. Am Ende des ersten Studienjahres ist eine Prüfung vorgesehen. Zwischen der ersten und der zweiten Phase des Studiums findet eine Zwischenprüfung (spätestens am Ende des zweiten Studienjahres) statt, mit der die Studienberatung enden und die „freie" Phase des Studiums beginnen soll.

Um den Erfolg dieser straffen Ordnung zu garantieren, hält der Wissenschaftsrat eine Reduzierung der Anforderungen ... Statistik nicht nach Frauen und Männern auf- an dem Ausbildungsziel des Studenten orientiert. Er soll „an dem für seinen Beruf dienlichen Wissen exemplarisch erfahren, was wissenschaftliche Erkenntnis ist". Über obligatorische Lehrveranstaltungen hinaus hätte der Student die Möglichkeit sich mit den wissenschaftlichen Gegenständen eigener Wahl zu beschäftigen. Die praktische Ausbildung dürfte aber das Studium nicht stören, so daß z. B. auch das obligatorische Studium von drei Fächern für das höhere Lehramt nicht zu vertreten sei.

Straffung und Begrenzung befähigen den Studenten nach Ansicht des Wissenschaftsrates zur Teilnahme an der Forschung der Professoren. Durch die Allgemeingültigkeit dieser Neuordnung würde der Wechsel der Hochschule möglich bleiben, wenn auch wünschenswerterweise erst nach der Zwischenprüfung. Auch Auslandsstudien sollen in der zweiten Phase, möglichst erst während des Aufbaustudiums oder der praktischen Berufsausbildung durchgeführt werden. Die Prüfungsarbeit stellt keinen Beitrag des Studenten zur Forschung dar, sondern weist nur die Beherrschung bestimmter Methoden nach. Sie soll in höchstens sechs Monaten vom Studenten geschrieben sein; im übrigen in einigen Disziplinen überhaupt ganz durch Klausuren ersetzt werden. Die Immatrikulation erlischt nach 4½ Jahren.

Für besonders begabte Studenten sehen die Empfehlungen die Möglichkeit vor, ihre Prüfungen in noch kürzerer Zeit abzulegen, so daß der potentielle wissenschaftliche Nachwuchs seine Qualifikation durch die schnellere Akkumulation des ohnehin schon begrenzten Lehrstoffes erweist. Es fragt sich, was hier überhaupt noch geprüft werden soll.

Man kann in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates einen Weg zur besseren Kontrolle von Leistungen sehen, obwohl über die Realisierungsmöglichkeiten fast gar nichts gesagt ist. Die Hoffnung auf eine Hochschulreform hat der Wissenschaftsrat nach eigener Aussage schon vor Jahren aufgegeben.

Karin Monte

FDJ spricht nicht mit VDS

Durch zwei Pressekonferenzen in Bonn und Berlin am 13. Juni 1966 erfuhr die deutsche Öffentlichkeit von einer neuen Aktion des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS). Am 6. Juni 1966 hatte ein Bote einen Brief des VDS-Vorstandes an den Zentralrat der Freien Deutschen Jugend überbracht. Einem unbefangenen Betrachter mag es so scheinen, daß ein immer um Publicity bemühter VDS sich damit geschickt an eine Bewegung hängt, die durch die Chemnitzer Initiative der SPD ausgelöst wurde. Der Eindruck, so sehr er durch den Zeitpunkt des Briefes verstärkt sein mag, täuscht. Ganz offensichtlich geht es den Studenten um mehr als eine „Konfrontation" oder um einen „Schlagabtausch" mit studentischen Funktionären der Gegenseite. Vielmehr versucht der VDS durch einen Brief den nahezu völlig zum Erliegen gekommenen gesamtdeutschen Studentenaustausch wieder in Gang zu bringen.

Eine Fülle von Begegnungsmöglichkeiten werden angeboten. Sie reichen von fachlichen Begegnungen, Seminaren und Fachstudienreisen, Veranstaltungen zur politischen Bildung, kulturellen und sportlichen Kontakten, Stipendiaten- und Praktikantenaustausch bis hin zum studentischen Tourismus und zum Austausch von Studentenzeitungen. Das alles ist nicht neu. In der Vergangenheit haben die westdeutschen Studenten und ihre Vertretungen immer wieder Versuche unternommen, auf fachlicher, kultureller und sportlicher Ebene mit dem Studenten im anderen Teil Deutschlands ins Gespräch zu kommen. Neu an der Initiative des VDS ist aber, daß man sich dieses Mal direkt an den Zentralrat der Freien Deutschen Jugend wendet. Bisher hatten sich Westdeutschlands Studentenvertreter immer geweigert, direkt mit der FDJ Kontakt aufzunehmen. Sie bestritten der FDJ die Legimation, für die Studenten im „sowjetisch besetzten Teil Deutschlands" zu sprechen.

Wenn nun der VDS diesen Grundsatz aufgibt, um die FDJ direkt anzusprechen, dann darf das nicht als Anerkennung der demokratischen Legitimierung der FDJ mißdeutet werden. Nur haben die in der Vergangenheit fehlgeschlagenen Kontaktversuche gezeigt, daß es ohne die Einschaltung der FDJ faktisch unmöglich ist, die gewünschten Begegnungen zu verwirklichen. Vor die Alternative gestellt, die FDJ als Partner zu akzeptieren und so eine Chance (mehr nicht!) für den Austausch wahrzunehmen oder aber auf der Ablehnung der FDJ als Gesprächspartner zu beharren und dann mit Sicherheit keinen Austausch zu erreichen, haben sich die Mitgliederversammlungen des VDS für das notwendige Übel der Anerkennung der FDJ als Gesprächspartner des VDS entschieden. Der Brief verzichtet daher auf jegliche Disqualifikation der FDJ und beschränkt sich auf ein Angebot fachlich orientierter Veranstaltungen.

Doch in der Antwort der FDJ heißt es, „die geehrten Herren" des Verbandes Deutscher Studentenschaften sollten, bevor über einen gesamtdeutschen Studentenaustausch gesprochen werden könne, erst einmal über grundsätzliche Fragen nachdenken. Sie sollten die Verbrechen der USA in Vietnam verurteilen, gegen die Notstandsgesetzespläne der Bundesregierung auftreten, „gegen die antikommunistische, revanchistische und chauvinistische Verseuchung junger Menschen an den westdeutschen Bildungsstätten" kämpfen, dafür sorgen, daß das Studium von „Arbeiter- und Bauernkinder" unterstützt wird sowie die Hallstein-Doktrin aufgeben.

Nur unverbesserliche Phantasten können von dieser Antwort überrascht sein. Wenn die FDJ ein wirkliches Interesse an einem gesamtdeutschen Studentenaustausch gehabt hätte, wäre er in früheren Jahren längst zustande gekommen. Die „Bedingungen", die die FDJ stellt, bedeuten ja nichts anderes als die Ablehnung des Austausches überhaupt. Dabei mag dahingestellt sein, inwieweit die FDJ bei ihrer Ablehnung des VDS-Angebotes selbst frei war. Es gibt gewichtige Anhaltspunkte dafür, daß nicht so sehr die FDJ sondern die SED Stil und Inhalt der Antwort bestimmt hat. Es bleibt abzuwarten, wie der VDS auf die schnöde Behandlung seines Briefes reagieren wird. In jedem Falle sollte er sein Angebot zum fachlichen Austausch aufrechterhalten. Er sollte allerdings darauf bestehen, daß sein erster Brief und auch seine weiteren Schreiben den Studenten im anderen Teil Deutschlands bekannt werden.

Was ursprünglich als Schwäche des Briefes angesehen werden konnte, der Verzicht auf grundsätzliche Ausführungen, ist durch die Antwort der FDJ unvermutet zu einer Stärke geworden. Bei früheren internationalen Konferenzen war es immer wieder die FDJ, die darauf hinwies, daß die Frage der gesamtdeutschen Kontakte kein internationales sondern ein deutsches Problem sei. Insofern ist der VDS auf der internationalen studentischen Ebene den Schwarzen Peter losgeworden. Das mag ein erster Erfolg sein. Denen, die wirklich den gesamtdeutschen Kontakt wollen und die sich dadurch eine mittelbare Förderung der Wiedervereinigung versprechen, kann das aber nicht genügen. Der VDS hat also keine andere Wahl als auf dem eingeschrittenen Wege weiter zu gehen, bei allen Risiken, die er mit sich bringen mag.

Soviel steht jedenfalls nach dem ersten Briefwechsel zwischen VDS und FDJ fest: Nicht die westdeutsche Studentenvertretung verhindert den von den Studenten in beiden Teilen Deutschlands gewollten Kontakt, sondern eine ängstliche und unsichere FDJ, die zudem nicht einmal eine relative Unabhängigkeit gegenüber der SED besitzt.

Es hat viele gegeben, die in Kenntnis dieser Zusammenhänge einen solchen Brief des VDS von vorneherein für unnütz gehalten haben. Sie behalten so lange recht, wie es dem VDS nicht gelingt, die Veröffentlichung seiner Vorschläge drüben durchzusetzen. Denn nur dann, wenn der VDS-Initiative eine geistige Unruhe unter den DDR-Studenten zu Hilfe kommt, bestehen noch Chancen, daß aus dem offenen Brief des Verbandes Deutscher Studentenschaften mehr wird als ein Stück geduldiges gesamtdeutsches Papier. **Hartmut Rotter**

VDS-Hessen: Sozialumfrage

Die „sozialen Probleme" der Studenten, d. h. die Möglichkeit ihres Existierens, zu untersuchen, erscheint unter den gegebenen Umständen äußerst notwendig. Allein die Analyse solch aufgedeckter Tatbestände erzwingt eine Veränderung, wenn sie nicht nur dem statistischen Zahlenberg anheimfallen soll. Überrascht hat das Ergebnis dieser Umfrage allerdings nicht, es bestätigt nur das dubiose Verhältnis dieses Staates zu den Mitgliedern seiner Universitäten. So kann auch nur der Hinweis des Herausgebers Pfaffendorf verstanden werden, er wolle durch konkrete Unterlagen auf die sozialen Probleme der Studenten der Öffentlichkeit eine Anregung bieten.

Diese Umfrage hat ihre Mängel, Mängel wie sie wohl selten ein Fragebogen aufweist (er scheint geradezu exemplarisch dafür) – die Redaktion unter Gerhard-Wolfgang Schellenberg gesteht einen Teil dieser Fehler ein – diese Umfrage hat auch ihre Geschichte – der Fragebogen wurde zu Beginn des Wintersemesters 1964/65 ausgegeben.

Anlaß für die Umfrage bot zunächst die Situation der studentischen Krankenversicherung in Darmstadt. Hierbei ergaben sich weitere Fragen nach anderen sozialen Verhältnissen der hessischen Studenten. Die Broschüre bringt eine Zusammenfassung der Umfrageergebnisse in Tabellen und versucht außerdem „die derzeitige soziale Lage der Studenten und das Verhältnis von Studentenschaft und Umwelt zu den einzelnen Ergebnissen" darzustellen. Nur 80 Prozent der Studenten Frankfurts glaubten sich an der Umfrage beteiligen zu müssen, im Gegensatz zu 96,6 Prozent der Techniker Darmstadts.

Man erfährt unter Anderem, daß an der Frankfurter Hochschule für Erziehung neun Ausländer (ob männlich oder weiblich weiß man nicht) studieren, daß im Gegensatz zu den Mädchen bei den Jungen nach dem Abitur ein Grundwehrdienst oder Ersatzdienst einzurechnen sei, daß das durchschnittliche theoretische Hochschuleintrittsalter 21,1 Jahre sei, daß ein erheblicher Teil der Studenten (18,7 Prozent) 26 Jahre und älter sei, was besonders die Fahrpreiserhöhung der Bundesbahn unverschämt erscheinen lassen.

Unterschiedliche Strukturen weisen die einzelnen hessischen Universitäten auf. So ist in Darmstadt der Anteil von Studierenden mit hohen Semesterzahlen am größten. In Gießen dagegen läßt sich ein Bruch nach dem 5. bis 6. Semester feststellen – hier ist das Kurzstudium der HfE maßgebend. Der äußerst unregelmäßige Studenverlauf, gemessen an der Studiendauer, läßt auf einen häufigen Studienabbruch schließen. Dies wurde besonders bei den weiblichen Studierenden bemerkt. Die ausländischen Studierenden (in Hessen rund 6 Prozent) stellen in den höheren Semestern einen wachsenden Anteil; von den Ausländren sind wiederum nur 12,3 Prozent Studentinnen und 87,6 Prozent Studenten. 10 Prozent der in Hessen Studierenden sind verheiratet. Obwohl die Statistik nicht nach Frauen und Männern aufgeteilt ist, glaubt man sagen zu können, daß „von Frühehen unter Studenten keine Rede sein" könne. Von den 20- bis 25jährigen sind nur 5,4 Prozent verheiratet (ob untereinander oder mit Nicht-Studenten war nicht einzusehen). Unter den Ausländern gibt es im Verhältnis mehr Verheiratete, sowie mehr verheiratete Studenten als Studentinnen. Die Hälfte etwa hat keine Kinder, 38,9 Prozent eines, 8,7 Prozent zwei, 3,1 Prozent drei und mehr. Für Frankfurt blieben auf diese Weise im WS 64/65 653 Kinder, denen kein Universitätskindergarten oder Kinderhort zur Verfügung steht. Ganz schamhaft werden dabei die Kinder von Studenten verschwiegen, die nicht verheiratet sind. Um einen Teil der 448 Marburger Kinder kümmert sich das Studentenwerk, so daß die Eltern nicht deswegen ihr Studium abbrechen müssen. „Deutlich am niedrigsten liegt der Anteil der Ehen, wo der Partner ebenfalls studiert, in Darmstadt (7,8 Prozent), wohl weil dort das Angebot an Studentinnen zu gering ist". Ohne nach der sozialen Herkunft zu fragen, behandelt die Umfrage die finanzielle Lage der Studierenden. Die für 1963 notwendige Summe von 320,00 DM zur Finanzierung des Studiums hat sich für den Studenten des Jahres 1966 um etwas über 100,00 DM erhöht. Die Begründung für die Erhöhung „Sonstiger Ausgaben" z. B. läßt allerdings eher auf deren Erniedrigung schließen. „Das Kulturleben ist in einer Großstadt teuer. Es wird aber allgemein vorausgesetzt, daß ein Student in Frankfurt die Möglichkeiten des Kulturbetriebs auch nützt. Daher ist mehr Geld anzusetzen. In einer Großstadt muß der Student auch Telefongespräche führen".

Bei dieser Gelegenheit erfährt auch der Frankfurter Student, daß die Sozialbeiträge zum Wintersemester 1966/67 um über 15,00 DM erhöht werden sollen. Fast für die Hälfte aller Studierenden in Hessen finanzieren die Eltern oder Verwandten das Studium. Dies bestätigt die erschreckende Tatsache, daß nur 5 Prozent Arbeiterkinder die Universität besuchen. Nur 15,9 Prozent finanzieren ihr Studium durch Stipendien, Beihilfen, Renten. Werkarbeit ist für 7,7 Prozent alleinige Einkommensquelle, weitere 15,4 Prozent der Studenten decken daraus einen Teil ihrer Kosten. Bei Studenten, die im 13. Semester und höher studieren, steigt der Anteil noch erheblich an. Hier werden jedoch die Hochschullehrer bald Vorsorge treffen, damit ein Student unter solchen Umständen in die Prüfung gehen muß: Sie verkürzen das Studium auf 8 Semester. Der Anteil der Verheirateten, die gezwungen waren, zur Studienfinanzierung Werkarbeit zu leisten oder Darlehen aufzunehmen, ist in Frankfurt mit 53,6 Prozent am höchsten. Der Anteil der Ausländer, die ihre Einkünfte ganz aus Werkarbeit beziehen, liegt mit 14 Prozent erheblich über der Gesamtquote von 7,7 Prozent.

Wichtige Erkenntnisse aus dem Frankfurter Mensaleben werden uns am Schluß dieser Studie vermittelt. Von den 31,2 Prozent der Studierenden, die meistens in der Mensa essen, ist der kleinere Teil weiblich. Die häufigen Mensaesser nehmen zu 55,3 Prozent die Krankenversicherung in Anspruch. Bei den gelegentlichen Mensaessern sind dies nur 52,3 Prozent. **Luz Gorvin**

Alter neuer Rektor

Das Konzil hat Prof. Dr. Rüegg für ein weiteres Jahr zum Rektor unserer Universität gewählt. Man kann das Wahlgremium der Frankfurter alma mater zu diesem Beschluß nur beglückwünschen und muß gleichzeitig dem 48 jährigen Ordinarius für Soziologie dankbar sein, daß er Bürde und Würde des höchsten akademischen Amtes für ein weiteres Jahr zu übernehmen bereit ist. Denn der sympathische Schweizer hat längst erfahren, daß das Rektorat der Johann Wolfgang Goethe-Universität trotz Talar und goldener Amtskette ein Amt ohne Glanz wohl aber mit viel Arbeit ist.

Prof. Rüegg hat sich während des letzten Jahres mit nie erlahmender Schaffenskraft für die Belange der Universität eingesetzt. Gerade die große Arbeitsleistung, die er vollbrachte, macht deutlich, wie viel von seinen Vorgängern versäumt wurde. Rüegg ist kein „Rektor im Nebenamt", dieser für die akademische Selbstverwaltung leidenschaftlich engagierte Professor weiß, daß das jährliche Revirement verehrungswürdiger Honoratioren, daß gutwilliger Dilettantismus das höchste Amt der alma mater der Ohnmacht überantworten würde.

Heute warten auf den Rektor einer Massenuniversität große Aufgaben. Ob es nun innere Probleme sind (Hochschulreform, Forschungskoordination, Neuordnung von Studiengängen und Prüfungen etc.) oder die Auseinandersetzung mit der Außenwelt (der politische Kampf um die finanziellen Mittel für den Ausbau der Universität, die Konfrontation mit den Ansprüchen der Gesellschaft, die Bewahrung der inneren Autonomie der Hochschule vor den dirigistischen Übergriffen des Staates); immer wird – bei aller Würdigung der sachlichen Mitarbeit der Kollegienorgane (Senat und Fakultäten) – letztlich der rector magnificus in die Schranken gefordert.

Dieses Amt verlangt Erfahrung im Reglement der Administration, eine fundierte kulturpolitische Sachkenntnis und nicht zuletzt eine langfristige Konzeption. Prof. Rüegg verfaßte schon 1953 für das amerikanische "Journal of General Education" die Studie „Humanismus, studium generale und studia humanitis in Deutschland". Sie war eine "knappe kritische Übersicht über die ideologischen und soziologischen Voraussetzungen der ersten deutschen Hochschulreform nach dem zweiten Weltkrieg".

Als Rektor sieht sich der Soziologe Rüegg mit der dringenden Forderung nach einer Hochschulreform wieder konfrontiert. Er hat seine eigenen Lösungen anzubieten. Nur in diesem Zusammenhang ist seine Forderung nach einer zweiten Frankfurter Universität, nach einem „hessischen Konstanz" auf den Niederurseler Hängen, verständlich. Kurzsichtige Kulturpolitiker haben Rüeggs Projekt eine Abfuhr erteilt, nur weil kein Geld da ist. Vermutlich hat jedoch der klassische Philologe Rüegg in diesem Punkte mehr Weitsicht bewiesen als jene Kulturbeamten, die glauben, die Fortschrittlichkeit mit dem Parteibuch gepachtet zu haben.

Magnifizenz Rüegg, dem Rektor mit der langfristigen Konzeption, mißfällt das kleinkarierte Taktieren. Viele meinen, er sei deswegen kein „geschickter Politiker" (welch Mißverständnis der Politik liegt hier zugrunde!). Zweifellos war Rüegg in seinem ersten Amtsjahr ohne Fortune: Als Vorsitzender der hessischen Rektorenkonferenz mußte Rüegg ein Hochschulgesetz hinnehmen, das seinen Vorstellungen sicher nicht entsprach. Dieses Debacle ist ihm jedoch am allerwenigsten anzulasten; zu spät kürten Hessens Rektoren den maßvollen Schweizer zu ihrem Sprecher. Hier jedoch wie in dem verunglückten „Funkkolleg" – ein weiteres Projekt Rüeggs, das in diesem Jahr Realität wurde –, war seine traditionell liberale Grundkonzeption der schlimmste Feind seines Erfolges.

Wie man auch immer zu seiner hochschulpolitischen Konzeption stehen mag, man kann diesem noblen Mann an der Spitze der Frankfurter Universität die Achtung nicht versagen. Denn bei aller Grundsätzlichkeit seines Denkens und Handelns ist ihm jeder Dogmatismus fremd. Einsicht in die Notwendigkeiten der modernen Hochschule sind bei Prof. Rüegg ebenso anzutreffen wie Aufgeschlossenheit und Verständnis für die Wünsche und Probleme aller Hochschulkorporationen, auch und vor allem für die der Studenten. Der Realist Rüegg rückt auf der Basis des neuen Hochschulgesetzes der Misere der Frankfurter Universität entschlossen zuleibe. Dabei die Freiheit des Geistes für die Professoren zu wahren und für die Studenten neu zu realisieren ist sein Ziel. Welcher Einsichtige könnte ihm hier die Unterstützung versagen?

Vielleicht wird man die Amtszeit des Rektors Rüegg einmal in einem Atemzug mit den unvergessenen zweijährigen Rektoraten der Professoren Horkheimer und Rajewsky nennen.

Hans Joachim Steffen

Nachtisch geheim!

Anläßlich ihres 30jährigen Berufsjubiläums wurde die DISKUS-Redaktion von einer allseits geschätzten Dame aus der Mensa zu Tisch gebeten. Das Festessen mundete so vorzüglich, daß die Redaktion diese Dame bat, das Geheimnis ihrer Küche preiszugeben. P. bat um Diskretion. Dies ist ihr erstes Rezept:

RHABARBER WASCHEN, SCHÄLEN, FEIN SCHNEIDEN, MIT WENIG WASSER ANSETZEN, WENN MÖGLICH IM STEINTOPF KOCHEN, ETWAS ZUCKERN, MIT HOLZLÖFFEL QUIRLEN, WENN GEKOCHT NOCH ZUCKER HINZUGEBEN, DANN MIT ECHTEM VANILLE (STANGE FEINGESCHNITTEN) VEREDELN.

SOLLTE DER RHABARBER ZU DÜNN SEIN, KANN MAN IHN MIT ETWAS DIAMANT-KINDERGRIES BESTREUEN UND SO RÜHREN, DASS KLEINE KLÜMPCHEN ENTSTEHEN.

ES SCHMECKT KLASSISCH!

kleine chronik

Zu hohe Ansprüche

Über die Misere an Deutschlands Hochschulen wird besonders seit dem 1. Juli 1965 viel gesprochen. Es kristallisierte sich allmählich heraus, daß ein Mißverständnis zwischen der Zahl der Professoren und der der Studenten besteht. Spektabilis Rotter ging einen neuen Weg, um diesem Mißstand abzuhelfen: Nachdem schon im Frühjahr die Medizinische Fakultät auch im klinischen Teil heimlich, still und leise für Neuzugänge gesperrt worden war, startete jetzt das Dekanat eine Umfrage unter den Medizinstudenten der klinischen Semester. Wer die in den Vorlesungen verteilten Fragebogen nicht ablieferte, gab gleichzeitig seinen Anspruch auf einen Arbeitsplatz im nächsten Semester auf. Dies stand zumindest auf den Fragebogen. Sollte dieses Verfahren, das jeglicher Rechtsgrundlage entbehrt, durchgeführt werden, würde die Zahl der Studenten in den nächsten Semestern um 30 bis 40 Prozent gekürzt. Abgegeben wurden bis jetzt nur rund 400 Fragebogen, es gibt aber mindestens 600 Kliniker.

Unabhängig

Einen ganz besonderen Einfall hatten die Gegner der amerikanischen Vietnampolitik in Frankfurt. Sie demonstrierten nicht etwa nach alter Weise oder gar nach neuer Weise, sondern so abgeklärt und weise, wie es offensichtlich nicht einmal die Polizei erwartete, die Leidenschaft rational sich gebender Protestierer überschätzend. Die Kampagne für Abrüstung stellte sich hin, sie konnte nicht anders, und machte eine Mahnwache zum Tag der Unabhängigkeitserklärung der USA. Sie mahnte von Null Uhr bis Null Uhr. Zeitweilig waren mehr Polizisten zum Schützen des Konsulats eingesetzt als Mahnwächter um ihre Plakate versammelt. Die Würze des Empfangs im amerikanischen Generalkonsulat lieferte den Gästen, lauter hohe Tiere mit Uniform oder in Schwarz, die standfeste Friedenswache auf der dem Konsulat gegenüberliegenden Straßenseite. Den Demonstranten fehlten nur Cocktails. Sicher waren die Kriegsherren auch überzeugt von den Fotos, die Grausamkeiten in Vietnam zeigten. Grausam ist der Krieg auf beiden Seiten. Aber die sinnlose Politik, die blindwütig technologische Brutalität erfaßt die Treuherzigkeit der Mahnwächter nicht. Unabhängigkeit für Vietnam, wie die Kampagne fordert, die fordert verbal ähnlich auch der Kriegsherr.

W.

Mediziner — Übung

Die Mediziner erweisen sich als ziemlich gründlich, vor allem, wenn es um destruktive Maßnahmen geht. So schickte jetzt die Straßenbahn der Stadt Frankfurt am Main eine Reparaturrechnung für die Wagen des Medizinerstraßenbahnumzuges anläßlich des letzten Sommerfestes. Für 1 Türriegel, 1 Sicherung, 2 Haltestützen, 4 Signalriemen, 6 Abzugsriemen und 16 Glühlampen berechnete sie DM 246,35.

Bl

Anzeige

Beabsichtige ein Liederbuch für Studentenfunktionäre und solche, die es werden wollen, herauszugeben. Suche dringend noch Texte. Hinweise sind erbeten (auch fremdsprachig). Bitte im AStA Zimmer 13 abgeben, wo ich sie mir holen werde.

Charly

Neue AStA–Kampagne

Noch zwei Tage vor der Rektorwahl wurde der AStA-Vorstand für das Amtsjahr 1966/67 gewählt, das nach einer Satzungsänderung bereits am 15. Oktober 1966 beginnt, nicht wie früher erst ab 14. November. Dem neu gewählten AStA wird es mithin möglich sein, sich bereits jetzt schon für seine Aufgabe vorzubereiten und einzuarbeiten.

Das Vertrauen der Parlamentarier erhielt als Vorsitzender der Jurastudent im 7. Semester Siegfried Peters. Er gehört keiner Gruppe oder Verbindung an. Peters ist 26 Jahre alt, verheiratet und hat eine Tochter von zweieinhalb Jahren. Mit ihm übernimmt seit fünf Jahren wieder ein Jurist den Vorsitz der Studentenschaft.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden und Finanzreferenten wurde der 24 Jahre alte WiSo-Student im 2. Semester Ingo Mees gewählt. Er gehört einer schlagenden Verbindung an. Seit undenklichen Zeiten das erste Mädchen im AStA-Vorstand wurde die Soziologiestudentin im 4. Semester Karin Rausch, 21. Sie ist Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Fräulein Rausch wird Ihre Amtsgeschäfte erst ab Januar voll aufnehmen, da sie sich vorher für ihr Vordiplom vorbereiten muß. Welche der bisherigen Referenten auch in Zukunft im Amt bleiben, ist noch nicht entschieden. Der neue Vorstand beabsichtigt hierzu eine Besprechung mit den Referenten durchzuführen und hat bereits ein Rundschreiben verfaßt. Die Referenten haben schon gekontert und folgenden Aushang im AStA angebracht: Der neue Vorstand wird gebeten, sich in den Sprechstunden der Referenten vorzustellen. Anmeldung Zimmer 13.

Sb

personalien

Frau Schmidt 20 Jahre im Rektorat

Sie kennt wie kaum jemand die Vorgänge hinter den Kulissen wissenschaftlicher Wertfreiheit, all die großen Interessengegensätze, die kleinen Idiosynkrasien, persönliche Vorlieben und Laster, Pathos und kleinbürgerlichen Mief, Intrigen, Drahtziehereien, Menschliches, Allzumenschliches in der Universität: Frau Hildegard Schmidt, geb. Böhm, die am 1. Juli zwanzigjähriges Dienstjubiläum im Rektorat feierte. Nicht zufällig teilt ihr der Geschäftsplan die „Organisation von Universitätsveranstaltungen" zu; ihr Aufgabenbereich erfordert den Sachverstand langjähriger Erfahrung. Immer das Außerordentliche ist ihr Job: Rektoratsübergaben, Rektorwahlen, Prominentenbesuche, akademische Feierstunden, Jubiläen. Frau Schmidt dirigierte den Ablauf der Fünfzig-Jahr-Feier der Universität. Sie vereinigt Protokoll- und Organisationsabteilung in einer Person. Vom Lorbeerbaum vor dem Rednerpult über die Tischordnung beim Empfang des Rektors bis zur Beschaffung einer Sonderration Whisky extra für Carlo Schmid – im Rektorat gibt es gewöhnlich nur Wermut und Sherry – ist sie verantwortlich. Mehr noch, ihr obliegen die Personalangelegenheiten des Lehrkörpers, „soweit sie die akademische Verwaltung betreffen": bei Berufungsverhandlungen, dem nervus rerum aller Hochschulen, verfaßt sie die abschließenden Kabinettsvorlagen. Sie führt die Geschäfte des Hochschulverbandes, der Standesvertretung der Hochschullehrer, beantwortet umfangreiche Fragebogen des Wissenschaftsrates, sorgt dafür, daß die Vorlesungsverzeichnisse und Universitätsreden fristgerecht ohne Druckfehler erscheinen und arbeitet an der Redaktion des Jahrbuchs der Universität mit.

Foto: Alexander Bopp

Frau Schmidt brachte es unbekümmert fertig, zur Wahl der Frankfurter Fastnachtsprinzessin zu kandidieren und erhielt, was Wunder, auf Anhieb die meisten Stimmen; nur eine Blinddarmentzündung verhinderte die Krönung. Wer Rektorat und Karneval übereinzubringen vermag, erscheint schon darum sympathisch.

Frau Schmidts Anektotenschatz ist unerschöpflich – hier soll am Ende ein Geschichtchen stehen, das ihr Mann erzählt: Als kleiner AStA-Vorsitzender ins Rektorat gebeten, wurde er von erfahrenen Altfunktionären auf die zu erwartende Atmosphäre eingestimmt: ein unausstehlicher „Drachen" herrsche dort im Vorzimmer, an dem kein Weg vorbeiführe. AStA-Vorsitzender Schmidt lernte ihn kennen, konnte aber offensichtlich von „Drachen" nicht allzu viel bemerken, höchstens daß die Dame ihre Meinung frank und frei auch höhergestellten Chargen zu sagen versteht. Der Weg freilich, der Weg führte nicht an ihr vorbei.

DD

Werner Imhoff, Sportreferent im Institut für Leibesübungen, wollte seinen Sportkollegen, die zu einem Fußball- und Handballmatch nach Bordeaux gefahren waren, ein außergewöhnlich hartes Training zukommen lassen. Mit großem Geschick suchte er deshalb in Frankfurt für die Rückreise der Gruppe einen Zug von Bordeaux nach Paris aus, der statt der üblichen fünf Stunden deren zehneinhalb unterwegs sein sollte. Imhoff hatte nämlich großzügigerweise einen Umweg längs der Atlantikküste über La Rochelle in Kauf genommen, der auch finanziell den Rahmen des Sportunternehmens gesprengt hätte.

Zwei Reisebegleiter des AStA entdeckten den Schaden in Bordeaux noch früh genug, um die siegreichen Sportler aufs rechte Gleis zu schicken. Dem IfL wird der Ankauf einer Landkarte und eines neuen Auslandskursbuches für den Sportreferenten empfohlen.

happenings

Ordnung

Unsere Universitätsverwaltung hat dafür zu sorgen, daß die Kasse stimmt, denn der Wissenschaft fehlt Geld, viel Geld sogar. Da kommt es auf jeden Pfennig an. Also fand der Kommilitone K., Matrikelnummer 10 313, eines Tages im Briefkasten eine „letzte Mahnung", von zwei Bürokraten rot und schwarz beschrieben (Arbeitszeitkosten: mindestens eine Mark; Porto: DM 0,30), die ihn barsch anwies, seine noch ausstehenden Semestergebühren binnen einer Woche einzuzahlen. Widrigenfalls, so der Bescheid weiter, „wird entsprechend § 19 (3d) der Allgemeinen Vorschriften für die Studierenden an den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen Ihre zwangsweise Exmatrikulation durch den Rektor der Universität vorgenommen. Hochachtungsvoll". Der geforderte Restbetrag: DM 0,02. Student 10 313, von Existenzangst gepackt, zahlte. Nun stimmt die Kasse zwar, aber das Defizit ist größer als zuvor. Offensichtlich haben sich die Universitätsbürokraten jetzt den archaischen Methoden des akademischen Überbaus angepaßt. Arme Wissenschaft!

twf.

Unverschämt

Die Mensa schloß in letzter Zeit häufig. Sicher nicht aus Scham über das häufig unzumutbare Essen, zur gemischten Freude vieler Esser, denn immer noch essen unheimlich viele Studenten mit steigendem Mut das „Essen". Das schlechte Mensaessen ist ein Beitrag zur Hochschulreform, der unauffällig wirkt; immer mehr Studenten gewöhnen sich an eine Norm des Fraßes, die ökonomisch sein mag, aber nicht sozial. So gewöhnen sie sich an asoziale Zustände, die sie bereit zur Versöhnung mit der Hochschulmisere macht.

Man kann kaum noch scherzen über den Mensafraß, aber ernst nehmen kann man ihn auch nicht. Den elementarsten Interessen zuwider schlucken die Studenten alles hinunter. Es bleibt fast nur eins: sich asozial zu verhalten in der Mensa. Aber selbst dazu braucht man sich nicht zu entschließen, denn die Mensa ist so organisiert, daß sich nahezu automatisch asoziale Zustände herstellen. Die Stimmen sind schon zu hören: Was sie jetzt wieder wollen?! Sollen zufrieden sein! Unverschämtheit! – Jawohl: Unverschämtheit! Was die Mensa angeht: die Studenten müssen unverschämter werden.

W.

München

Auf ihrem Verbandstreffen am Wochenende forderte die deutsche Filmindustrie einen neuen deutschen, international konkurrenzfähigen Film. Im Abschlußkommuniqué heißt es: „Wir verlangen energisch die Wiedervereinigung von Fleisch und Geist".

R. L.

Informiert

Der RCDS hat einen neuen Vorsitzenden. Donnerstags wurde er gewählt, freitags erschien prompt ein Flugblatt mit neuen Anwürfen gegen den DISKUS: „Gäbe es an unserer Universität eine Studentenzeitung, deren Anliegen nicht so sehr die Verbreitung radikalsozialistischer Polemik, sondern die zuverlässige Berichterstattung über wichtige Ereignisse innerhalb der Studentenschaft wäre, könnten wir auf dieses Flugblatt verzichten. Wir halten es für wichtig, Sie über einen Briefwechsel des VDS mit der FDJ zu informieren". Das ist beim RCDS nun einmal die Masche, um sich den wenigen Getreuen als aktiver Vorstand zu empfehlen. Wir tragen es mit Geduld. Aber gäbe es an unserer Universität einen RCDS, der zuerst einmal den DISKUS liest, bevor er gegen ihn polemisiert, so wäre diese Platzverschwendung unnötig gewesen. Wer Augen hat zu lesen, der lese auf den Seiten 5 bis 8 nach. Ob Hartmut Rotter, ehemaliger AStA-Vorsitzender von Frankfurt und Vorortsvorsitzender des CV, jetzt Abteilungsleiter im VDS, über dies unter die verrufenen „Radikalsozialisten" des DISKUS (früher hieß es „Salonkommunisten") zu rechnen ist, muß der unter sich ausmachen. Bisher haben die jungen Christdemokraten jedenfalls mit ihren Flugblättern gegen den DISKUS eine faszinierende Qualifikation bewiesen, sich selbst ins Knie zu schießen. Gott erhalte uns diesen RCDS.

DD

Stirbt die naturwissenschaftliche Fakultät?

Alarmruf der Professoren

Mit einem Alarmruf an die Öffentlichkeit hoffte die naturwissenschaftliche Fakultät, am 27. Juni eine Mauer schweigender Ablehnung durchbrechen zu können, die ihr von Stadt und Land entgegengesetzt wird. Die Naturwissenschaftler hatten – entgegen ihren sonstigen Gewohnheiten politischer Zurückhaltung – zu einer Pressekonferenz gebeten, um nicht, wie Spektabilis Staude formulierte, durch Schweigen zuzustimmen: den Bauplänen, Standortplänen, Protokollen und ihren Widersprüchen, die über den Ausbau der Fakultät entscheiden sollen. Professor O'Daniel, der Beauftragte der Fakultät, gab in einem verlesenen Bericht einen Überblick über die Entwicklung seit 1945: zu den notwendigen Bauten habe von Anfang an auch das chemische Institut gehört, das – gerade im Frankfurter Ballungsraum der chemischen Industrie – äußerst schlecht ausgerüstet ist. Vor allen Dingen aber war versäumt worden, Erweiterungsgelände in unmittelbarer Nachbarschaft der Universität und in ausreichender Größe zu besorgen und natürliches Entwicklungsgelände sicherzustellen. Der Ausbau der Fakultät entspricht heute nur zu etwa $2/3$ dem notwendigen Vollausbau.

Als Lösung für die chemische Institute war ein Neubau auf dem Gelände der alten Bettinaschule (Ecke Robert-Mayer-Straße, Georg-Voigt-Straße, und Senckenberganlage) vorgesehen: als es vor sechs Jahren soweit war, habe Kultusminister Schütte gebeten, ihm das Gelände für den Neubau der HfE zu überlassen. Die Fakultät erhalte dafür ein Gelände auf der „Ginnheimer Höhe", das mit ca. 40 Hektar die gesamte Fakultät aufnehmen könne. Im Mai 1962 waren die Planungen für Ginnheim abgeschlossen, das Gelände sollte von der Stadt der Universität zugesprochen werden. Doch waren von der ursprünglichen Fläche nurmehr ca. 17 Hektar übriggeblieben; Pläne für die Bundesgartenschau, Verkehr und einen Neubau der Bundesbank hatten den Rest geschluckt.

Ein neuer Vorschlag, den der frühere OB Bokkelmann dem Großen Rat unterbreitet hatte, schien alle Raumprobleme für die ferne Zukunft zu lösen: die Auslagerung der Naturwissenschaftlichen und Medizinischen Fakultät nach Niederursel, vor allem bestechend durch die Zusammenlegung dieser beiden eng verzahnten Fakultäten. Niederursel scheiterte aus finanziellen Gründen: die Universität wird Landesuniversität und damit die Vereinbarung hinfällig, die Stadt und Land zu je 50 Prozent die Neubaukosten aufbürdeten. Das Land kann aber auf absehbare Zeit nicht die Kosten von ca. 1,2 Milliarden DM übernehmen.

Das Ergebnis dieser jahrelangen Planung, Vorvorschläge und Gegenvorschläge? Die Zeit ist vergangen, erreicht wurde nichts. Der Zustand der chemischen Institute spottet jeder Beschreibung und droht die Chemiker zu Wissenschaftlern niederen Ranges zu degradieren: wer kann schon unter den dort herrschenden Bedingungen qualifiziert arbeiten? Der Neubau der HfE ist zu einem „Ententeich" geworden, wie es jüngst im Landtag formuliert wurde: 2,5 Millionen teure Fundamente drohen seit über einem Jahr zu verrotten.

So fühlt sich die Naturwissenschaftliche Fakultät übergangen und betrogen, der Bauplatz Bettinaschule ist hin, Ersatzlösungen haben sich als Fata Morgana erwiesen. Sich des Sprichworts vom Spatzen in der Hand erinnernd, lud man also zu einer Pressekonferenz ein, der ersten in ihrer Geschichte. Man ist böse auf die Stadt, die der Nat. Fak. ein Hochhaus zu errichten verbietet, es aber der HfE später erlaubt; man grollt – ohne Ankläger sein zu wollen – dem Kultusminister, der Versprechungen macht, ohne zu wissen, wie er sie halten soll, und der den Bau der HfE ohne Zustimmung des Großen Rates startet; man sieht Intrigen in einer „geheimen Kommission aus Staatssekretären und Vertretern der Stadt", die über Standortprobleme der Universität berät, den Kurator der Universität aber seiner Schweigepflicht gegenüber der Universität nicht entbindet. Und so erklärt man der Öffentlichkeit, daß man auf dem alten Bauplatz beharre und dort einen Neubau mit 30 000 qm Nutzfläche erstellen werde.

Was wird andererseits aus dem Bau für die HfE? Die Fakultät schlägt deren Bau auf dem Gelände der Ginnheimer Höhe vor: die Naturwissenschaftliche Fakultät werde durch eine teilweise Verlegung nach Ginnheim auseinandergerissen und der Ausbau der Chemie auf dem „Bettinagelände" erziele eine befriedigende Lösung im räumlichen Zusammenhang mit den voll arbeitsfähigen Instituten.

Zwar seien auch viele Studenten der HfE gezwungen, Veranstaltungen an der Naturwissenschaftlichen Fakultät zu besuchen. Doch werden der zusätzliche Weg der zukünftigen Lehrer durch Wegersparnis der zukünftigen Chemiker aufgehoben, während in der Nat. Fakultät noch Mediziner und die vielen miteinander arbeitenden Einzeldisziplinen kinzukämen. Es gelte zu überlegen, ob der Preis für eine auch bauliche Einbeziehung der HfE in die Universität hier nicht doch zu hoch sei.

Die Pressekonferenz schien sich gegen den Veranstalter zu richten: der Erfolg, den man sich von der Reaktion in der Öffentlichkeit mit ihrem Druck auf die zuständigen Stellen von Stadt und Land erhofft hatte, wurde gemindert durch betonte Zurückhaltung im Anklagen, man beschränkte sich aufs Schildern und Warnen. Er schlägt sogar um in Spott über die Universität, wenn Minister Schütte in einer Stellungnahme geschickt das eigentliche Problem umgeht: in einem Interview wurde die von Magnifizenz Rüegg vorgetragene Idee der Gründung einer zweiten Universität auf dem Niederurseler Hang von dem entgegnenden Minister als eine Idee von wirklichkeitsfremden und die Finanzlage mißachtenden Professoren aufgegriffen und widerlegt. So brauchte der Minister nicht auf die Notlage der Fakultät einzugehen und hatte zugleich seine erste Wahlrede über Sparmaßnahmen im Fernsehen – auf Kosten der Universität!

Christian Benninger

et audiatur altera pars

Wer könnte es den Naturwissenschaftlern verdenken, daß sie sich entgegen der geheiligten akademischen Tradition unter den Auspizien des beginnenden hessischen Wahlkampfes in die Öffentlichkeit geflüchtet haben? Die miserablen Zustände in den chemischen Instituten wurden, auch im DISKUS, so oft geschildert, daß es keiner Rechtfertigung mehr bedarf. Bekanntlich läuft gegen die Universität ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts, gegen brandpolizeiliche Vorschriften verstoßen zu haben. Ohne Frage: Wenn die Chemiker alles erzählen würden, was bei ihnen in letzter Zeit vorgefallen ist, müßte das Institut geschlossen werden. Die Erbitterung der Professoren, die nach dem Planungsdurcheinander der letzten Jahre sich genarrt vorkommen, ist nur zu berechtigt. Unheilvolle Konsequenzen deuten sich nun an: Professor Pfleiderer, zweifellos einer der brillantesten Köpfe der Fakultät, hat einen Ruf nach Bochum angenommen; frühere Angebote hatte er in der Hoffnung auf einen baldigen Neubau, bedrängt von den Fakultätskollegen, noch standhaft abgewiesen. Jetzt scheint man bei den Chemikern zu resignieren. Weitere Professoren werden folgen, die Agonie einer überdurchschnittlichen Fakultät kündigt sich an, wenn nicht das Land Hessen und die Stadt Frankfurt sich sehr bald zu einer befriedigenden Lösung entschließen.

Aber hat die Fakultät in ihrer Pressekonferenz den richtigen Weg gewählt, als sie alte Ansprüche wieder geltend machte und das Gelände an der Senckenberganlage für sich forderte? Wir würden eher glauben, daß diese aus der Not geborene Konzeption den eigenen Interessen der Fakultät auf lange Sicht zuwiderlaufen könnte. Der umstrittene Baugrund umfaßt nämlich nur 1,6 ha. Das wäre zwar gerade genug, um die chemischen Institute unterzubringen, aber den Naturwissenschaftlern fehlten dann für alle Zukunft die Erweiterungsmöglichkeiten. Jedoch schon die immer größeren technischen Apparaturen, die in Physik und Chemie verwendet werden müssen, um auf der Höhe der Zeit zu bleiben, fordern gebieterisch Reserven.

Andererseits reicht das Gelände für den Neubau der Abteilung für Erziehungswissenschaften einigermaßen aus. Die Notlage der Hochschule für Erziehung ist nicht geringer zu veranschlagen als die der Chemiker. Hinzu kommt, daß das Hochhaus der Pädagogen völlig durchgeplant und die Finanzierung gesichert ist. Außerdem wurden bereits Millionen für die Baustelleneinfassung ausgegeben. Würde man die Erziehungswissenschaftler, wie Professor O'Daniel vorschlug, nach Ginnheim ausquartieren, so müßte man mit der Planung von vorn beginnen, weil dort die Hörsäle der Universität nicht zur Verfügung stünden. Konsequenz: Sowohl die angehenden Volksschullehrer als auch die Chemiker könnten in den nächsten Jahren nicht mit akzeptablen Arbeitsbedingungen rechnen. Das aber wäre die schlechteste aller Lösungen. Unterschwellig scheint gegenüber der HfE sogar noch ein gewisses Ressentiment in den Diskussionen mitzuschwingen, vielleicht weniger bei den Naturwissenschaftlern selbst: die FAZ beispielsweise reduzierte die Einbeziehung der Hochschule in die Universität auf eine Frage des „Prestiges". Dagegen kann das Kultusministerium die besseren Argumente anführen: Gerade weil die Anforderungen an die Volksschullehrer steigen, muß deren Ausbildung immer mehr nach wissenschaftlichen Maßstäben ausgerichtet werden, besonders was das Wahlfach angeht. Der Weg von der Ginnheimer Höhe zu den Seminaren und Übungen in der Universität wäre aber für die Studenten der HfE genauso weit wie für die Chemie- und Medizinstudenten, von Studentenzahlen nicht zu reden.

Uns scheint daher, man sollte der Abteilung für Erziehungswissenschaften das Baugelände an der Senckenberganlage belassen. Für die Naturwissenschaftler kommt, langfristig gesehen, nur eine Verlegung der gesamten Fakultät in Frage. Darauf sollten sie, trotz aller schlechten Erfahrungen, bestehen. In der Diskussion ist das Gelände am Rebstock und auf der Ginnheimer Höhe; es gibt weitere Projekte, die von den zuständigen Gremien wie Staatsgeheimnisse gehütet werden und selbst den Professoren der betroffenen Fakultät unbekannt sein dürften. Freilich: nur wenn die ganze Fakultät der Chemie in absehbarer Zeit auf das neue Gelände folgt, ist deren vorübergehende räumliche Trennung von den übrigen naturwissenschaftlichen Instituten akzeptabel.

Hier sind schnelle Entscheidungen nötig – noch in diesem Jahr –, die Chemiker können nicht länger warten. Daß die Pressekonferenz und mehr noch der Weggang von Professor Pfleiderer Stadt und Land in ihrer Entschlußfreudigkeit beeinflußt haben könnten, ist zunächst unsere vage Hoffnung. Sollte sie trügen, so muß man zu stärkeren Waffen greifen. Ein Vorlesungsstreik aller Studenten wäre dann angebracht.

Herbert Wolf

Hochschulpolitische Strategie

Während der Pressekonferenz der Naturwissenschaftlichen Fakultät Ende Juni fiel das ominöse Wort von der Zweiten Universität Frankfurt. Prof. O'Daniel (Mineralogie) deutete es in seinem großen, sorgenvollen Exposé an: „Wenn der selbstgesteckte Rahmen, den die Zeit uns aufzwingt, nicht mehr reichen wird, mag eine Zweite Frankfurter Universität dort draußen (auf dem Nierderurseler Hang) überlegt werden; die Johann Wolfgang Geothe-Universität, für die allerdings meine Fakultät sich nicht verbindlich äußern kann, wird einen solchen Plan kaum ablehnen".

Ganz anders reagierte der Rektor. Für ihn wurde das Argument der Zweiten Universität Trumpf seiner taktischen hochschulpolitischen Überlegung. „*Dann* gibt's eine Zweite Universität" verkündete er geheimnisvoll drohend. Die anachronistische Einrichtung von fünf Fakultäten brauche man dort nicht mehr zu berücksichtigen. Andere Einzelheiten verschwieg er.

Die anwesende Presse nahm solche Neuigkeit dankbar in die Redaktion. Kultusminister Schütte stellte sich gefällig dem Interviewer des Hessischen Fersehens am darauffolgenden Abend. Auf Kosten der Naturwissenschaftler, deren Notlage er mit keinem Wort berührte, bezog sich der Minister allein auf des Rektors dunkle Rede. Für Frankfurt sei ein solcher Plan auch aus finanziellen Gründen illusorisch. Schließlich käme die Universität München mit vierundzwanzigtausend Studenten ohne zweite Universität aus.

Beste Handlangerdienste leisten ihm bei seiner Taktik des Eskamotierens die Hochschullehrer selbst. Wie läßt sich erklären, daß ausgerechnet die Naturwissenschaftler sich 10 Jahre lang durch Versprechungen „hinhalten ließen"? Die Haltung spricht für ihren edlen Sinn, für ihr Glaubensbedürfnis, für ihr Ausharrvermögen und für ihre Bescheidenheit. Was veranlaßt einen Rektor, offiziell in einer Pressekonferenz den Plan einer zweiten Universität zu verkünden? Der Rektor „leitet die Geschäfte des Senats und des Konzils und führt die von ihnen innerhalb ihrer Zuständigkeit gefaßten Beschlüsse aus". Über die Errichtung einer zweiten Universität hat es weder eine Diskussion noch einen Beschluß gegeben.

Der Rektor als puimus inter pares verkündete in dieser ersten Pressekonferenz der Naturwissenschaftler, die er durch seine Gegenwart ehrte und erhöhte, seine Privatmeinung. Das allerdings konnte keiner seiner Kollegen oder die Presse oder der Kultusminister ahnen. Sie alle nahmen das ex officio gesprochenen Wort als Wort einer Magnifizenz ernst, wer dachte da an eine Privatäußerung.

Die Pressekonferenz der Naturwissenschaftler in Frankfurt ist, was ihre Wirksamkeit angeht, vorläufig gescheitert. Kultusminister Schütte erwarb sich eine Gratis-Fernsehwahlrede auf Kosten des Images der Universität und ihrer Professoren. Wieder einmal.

Wieder einmal provozierte Schütte das, was als das Selbstverständliche gelten sollte. Wann wird der Frankfurter Hochschullehrer sich endlich nicht mehr als unmündig von seinem Kultusminister behandeln lassen? Wann wird er ihm dazu keine Vorwände mehr geben wie in einer auf persönliche Prestigesteigerung angelegten zweiten Universitätsidee?

Braucht die Universität noch Opponentengänger bei Ministerien und Massenmedien, die deren Nerven und Interesse für die Universität noch mehr strapazieren.

Wann sehen die Studenten, denen in Frankfurt von ihrem Rektor ihre Unmündigkeit und ihre Autoritätsfurcht seit 1946 bescheinigt wurde, endlich mündige, unabhängige, furchtlose Wissenschaftler, die ihre Sache in die eigene Hand nehmen?

„Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehen!" oder mit O'Daniel: hic Rhodus, hic salta! Die Weichen sind gestellt. Von der Naturwissenschaftlichen Fakultät hat Gerhard Pfleiderer (Biochemie) in der gleichen Woche als er und seine Kollegen ihren Notruf hinausschrieen, einen Ruf an die Universität Bochum angenommen. Er begründete seinen Weggang „auf Grund der ausweglosen Situation bezüglich eines kurzfristigen Neubaues der chemischen Institute und des biochemischen Institutes".

Wird sich die Fakultät und die Universität jetzt wirklich dagegen wehren. Wird sie endlich taktisch und hochschulpolitisch zu handeln wissen.

Wird man endlich die Studierenden für die gemeinsame Sache gewinnen und mit ihnen zusammen gehen, anstatt sie dauernd der Unmündigkeit und des Desinteresses zu zeihen.

Es geht um die Nivellierung der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Rien que ça. ek.

Professor Dr. Rudolf Wiethölter

Thesen zur Vorlesungskritik

1. Rezensierte Vorlesungen sind nur ein Symptom der allgemeinen Strukturwandlung unserer Universitäten: Übergang der hohen Gelehrtenschule Humbolts zur hohen Bürgerschule unserer Zeit, deren Studentenmodell weder der Polyhistor noch der Enzyklopädist, weder der Gebildete noch der Habilitand sind, sondern der tüchtige Fachmann mit Blick und Verständnis für seine gesamte Umwelt.

2. Zu dieser Wandlung gehört auch die Wandlung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses (Autoritätsschwund, Mündigkeit, Überzeugung statt Belehrung, Toleranz, Vorbildlichkeit).

3. Vorlesungskritiken lassen sich als „funktionsfähige Mitbestimmung" (so FU-Spiegel) verstehen, die – wie jede Demokratisierung – ein Problem des Warum und des Wie ist. Zum Modell der modernen Demokratie gehören die Nicht-Identität von „Regierten" und „Regenten" (= Herrschaft, Führung, Leitung etc.) plus Akklamation plus Kontrolle (Publizität). Mit Rücksicht auf die – auch gesellschaftspolitische – Bedeutung der Wissensvermittlung und den Wert des Zeitaufwandes können „Akklamation" und „Publizität" für den akademischen Unterricht sinnvolle Demokratisierungstechniken sein. Je mehr die Akklamationsfunktion ausfällt (z.B. 10 Hörer statt 300 in einem Pflichtkolleg), desto mehr Publizitätsfunktion übernimmt etwa eine Vorlesungskritik (im Kolleg selbst oder auch in Rezensionen).

4. Kritik am Vorlesungs*inhalt* gehört ausschließlich in das Kolleg, die Übung und das Seminar, in die allgemeine wissenschaftliche Auseinandersetzung. Für Rezensionen kommt nur Vorlesungskritik an der *Form* in Betracht.

5. Im Sinne der Publizitätskontrolle wird die Vorlesungskritik umso wichtiger, je weniger sich der Student einem Kolleg entziehen kann, für ihn also nicht gilt: Take it or leave it. Ein Kolleg, das man hören muß und das bestimmten Mindestqualitäten nicht entspricht, vergeudet nicht nur wertvolle Zeit. Umgekehrt sind ein Seminar, Spezialvorlesungen, Zusatzübungen etc., die für den Studiengang nicht unentbehrlich sind, kein Platz für Rezensionen. Hier gilt für den Besucher nach wie vor: Take it or leave it.

6. Die Kehrseite der Vorlesungskritik von Studenten an Professoren ist die Vorlesungskritik von Professoren an Studenten. Je mehr das klassische Kolleg der Übung, dem Kolloquium, der Diskussion weicht, desto schärfer treten auch für die Professoren Kontrollmöglichkeiten heraus, der Ausfall an geistiger Mitarbeit und Anstrengung tritt zutage. Niemand will Studenten, die klaglos und fraglos Vokabeln büffeln und Geschichtszahlen pauken, die ihre Lehrer nicht anregen und aufregen; aber der Himmel bewahre uns vor dem Gegentypus des *nur* aufgeschlossen-unverbindlichen Mitschwätzers.

7. Ist die Vorlesungsrezension ihrer sinnvollen Funktion nach Publizität, Echo, Kontrolle, dann liegen die wichtigsten praktischen Folgerungen auf der Hand:

a) Rezensionen gehören als Beiträge zur Studienreform zum forum internum jeweils einer Universität und sind für den Ringtausch, für Berufungen, für Universitätswechsel etc. schlechterdings ungeeignet;

b) Rezensionen sollten – jedenfalls im Probestadium – auf Vorlesungen für Anfänger beschränkt bleiben. Der Vorgerückte kennt sich aus.

c) Keine Rezension sollte publiziert werden ohne Kenntnis und mögliche Stellungnahme des Rezensierten. Seine späteren Leserbriefe gehen unter.

d) Die unvermeidliche Anonymität des Rezensenten ist umso legitimer, je mehr „Akklamation" die Rezension ihrerseits findet. Sie zu erzielen, ist im technischen Detail sicher schwierig, aber nicht unmöglich.

Sommerfest im Dreck

Den Rektor plagte ein Alptraum. Magnifizenz Rüegg träumte, er führe eine „in akademischen Festlichkeiten wohlerfahrene Dame" zum Universitätsball, doch er könne als Gastgeber nicht vor ihr bestehen: die Stätte der Festivität präsentiere sich ihnen wüst und leer, staubig, schmutzig, ohne Dekor, mit nur einer Handvoll mißgelaunter Gäste, prosaischer und „großstädtischer" denn je. (Die Frankfurter Universität sei die „dreckigste", die ihm je untergekommen sei, formulierte Rüegg in seiner alles andere als festlichen Eröffnungsrede dann wirklich.) Es war der Angstschweiß des Autors nach einer mißglückten Generalprobe, der dem Rektor die nächtliche Ruhe raubte. Rüegg selber hatte nämlich vorgeschlagen, das Sommerfest der Universität vom Gesellschaftshaus des Zoo, bei Grzimeks telegenen Affen, in würdigere Gefilde zu verlegen – in die Hallen der alma mater – und es zum Stiftungsfest der Universität umzugestalten. Der akademische genius loci, so hoffte der Rektor, werde die Musen, in Frankfurt ohnehin wenig gepflegt, eher beflügeln als die geschäftige Langeweile der Gesellschaftshaus-Routiniers. Maßstab für Rüeggs Initiative bildeten zweifellos die glanzvollen Bälle der Hochschulen seiner Heimatstadt Zürich, gesellschaftliche Ereignisse ersten Ranges. Schon im Winter hatte er dem AStA, der die Festlichkeit ausrichten würde, daher Freifahrten nach Zürich spendiert, um den Frankfurter Studentenvertretern die Leistungen ihrer Schweizer Kollegen nahezubringen. Kommilitone Arneth aber dachte wohl eher an die Geister, die, einmal gerufen, man nun nicht mehr los wird. Denn die society der Finanzmetropole am Main gruppiert sich um andere Zentren als die aus der an der Limmat: Am 10. Juni, dem Stiftungstag der Frankfurter Universität, feiert auch das Hotel Intercontinental seinen Jahrestag, und bei Frau Schmidt, der Protokollchefin der Universität, häuften sich die Absagen. Zudem fand der AStA keine Dekorateure trotz großzügigen Angebots von Freikarten, Bier, Würstchen etc., so daß die traumatische Dame aus dem Über-Ich dem Rektor die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit nur allzu deutlich aufwies. Würden die Studenten kommen? Würden genügend Gäste erscheinen, um die Aula zu füllen?

Sie kamen – die Studenten schon zum traditionellen Straßenfest, das dieses Jahr, nach zwei Jahren baustellenbedingter Emigration am Römerberg, ebenfalls wieder in der Universität vonstatten ging. Sie kamen, da der Wettergott mitfeierte, in solchen Scharen, daß sich das reservierte Gelände rund um das neue Hörsaalgebäude und insbesondere die Tanzfläche als viel zu klein erwies. Sie blieben, obwohl die dargebotene „Operation" der Mediziner sich fast ausschließlich unterhalb der Gürtellinie abspielte und zum primitivsten Kalauer degenerierte, die Sicherung des Filmgeräts bei der Vorführung von amerikanischen cartoons durchbrannte, viel zuwenig Tische und Bänke aufgestellt waren, um die Bier- und Würstchenstände sich unentwirrbare Knäuel bildeten und vom angekündigten Ochsen am Spieß nichts zu sehen war. Je nun, es gilt von einem solchen unkonventionellen halben Volksfest halt immer noch, daß es so „gut" wird, wie man es sich selber einrichtet, und die reizenden Kommilitoninnen haben nach ihren Kräften dazu beigetragen.

Am Vormittag des 10. Juni entstanden dann urplötzlich auch Dekorationen für die funktionellen kahlen Mauern des Kramerschen Hörsaalgebäudes, nichts Überschwengliches, aber immerhin genug, um das notwendige Minimum an Atmosphäre zu schaffen. Viel Platz, mehr Kapellen als im Zoo, liberales Reglement, was die Garderobe angeht („Sommeranzug"; sonst wäre die tropische Hitze auch kaum zu ertragen gewesen) – die Pessimisten behielten glücklicherweise nicht recht: Schließlich füllten mehr als 2000 Tanzfreudige die Hallen, während der AStA nur mit 1000 gerechnet hatte. Auch die Aula, Treffpunkt der gesetzteren Herrschaften, war dank der vorausgegangenen Jahreshauptversammlung der Freunde und Förderer der Universität eher überfüllt als zu leer, und man sah mehr Professoren als je bei einem Sommerfest. Das kalte Büfett, vom Studentenwerk zubereitet (weshalb die Mensa unverständlicherweise ohne Ankündigung den ganzen Freitag geschlossen hielt), fand regen Zuspruch; trotzdem blieb genug übrig, um später auch die zum Imbiß nicht geladenen Studenten zu verköstigen, die den Weg zur Aula fanden. Die Polonaise zur „offiziellen Einweihung" des Hörsaalgebäudes freilich mißglückte, weil die Lautsprecher versagten, aber das blieb die einzige Panne. Fürs erste Mal war das Stiftungsfest in der Universität durchaus respektabel – wenn man mit Frankfurter und nicht mit Züricher Maßstäben mißt.

Des Rektors Initiative verdient Anerkennung, sein Experiment gelang auf Anhieb. Man weiß nun, was man nächstes Jahr verbessern kann. Missen möchten wir den Ball intra muros aber nicht mehr.

twf

Geschäft mit dem Land

Manche Frankfurter, die mit der Johann Wolfgang Goethe-Universität verbunden sind, mögen dieser Tage sich vorgestellt haben: an der Tür des Römers, dem Rathaus von Frankfurt, hing ein Schild mit dem Text: „Tausche älteste und einzige Bürgeruniversität in Deutschland gegen U-Bahn".

Kultusminister Schütte, Ministerpräsident Dr. Zinn, OB Brundert, Stadtkämmerer Grünewald – Gesprächspartner im Handel um die Universität Frankfurt.
Foto: G.-W. Schellenberg

In der Tat, am 5. Juli 1966 wurde der Handel in Anwesenheit zahlreicher Minister und Magistratsmitglieder in der Staatskanzlei in Wiesbaden mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung durch den hessischen Ministerpräsidenten Dr. Zinn und den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt Professor Dr. Brundert perfekt gemacht.

Ab 1. Januar 1967 wird die Universität Frankfurt vom Land Hessen als Landesuniversität übernommen. Mit der Universität übergibt die Stadt laufende jährliche Kosten in Höhe von rund 30 Millionen Mark. In der Zuständigkeit Frankfurts verbleiben lediglich der Teil der Universitätskliniken, der als städtisches Krankenhaus genutzt wird, und die Stadt- und Universitätsbibliothek. Am übrigen Teil der Kliniken beträgt der Kostenanteil der Stadt künftig 35 Prozent, er soll im Lauf von zehn Jahren auf 20 Prozent vermindert werden. Außerdem trägt die Stadt die Hälfte der Kosten für die staatliche Hochschule für Musik, die ebenfalls vom Land übernommen wird.

Hessens Finanzminister Oswald rechnet für das Land mit laufenden jährlichen Kosten von 50–55 Millionen Mark, dazu kommen Investitionen in Höhe von weiteren 30–35 Millionen.

Die Stadt Frankfurt hat sich verpflichtet, als Ausstand das gesamte bisherige Universitätsgelände und weitere 30 ha Bauland auf dem Rebstock dem Land zu übereignen. Außerdem wird der Niederurseler Hang als Bauerwartungsgelände für die Universität ausgewiesen. Nach Meinung der Politiker in Wiesbaden und Frankfurt kann die Universität bei dem Handel nur gewinnen, auch wenn ihre Selbstverwaltungsgremien und der Rektor kaum an den Vertragsvorbereitungen beteiligt wurden.

Der Stiftungscharakter der Universität, der nach der Ansicht von OB Brundert in der Öffentlichkeit ohnehin überbewertet wird, soll künftig in einem Kuratorium mit Beratungsfunktionen als Relikt bewahrt werden. Hochschulpolitisch sei es auch gar nicht zu vertreten, daß Frankfurt eine Universität eigener Prägung habe; die alten Zöpfe müßten abgeschnitten werden, hieß es in Wiesbaden.

Das Geschäft scheint gut zu sein: Die Stadt Frankfurt verliert einen Teil ihrer enormen Schuldenlast, das Land gewinnt endlich vollen Einfluß auf die Universität, diese erhält – hoffentlich – nach langer Zeit das dringend benötigte Bauland für die Naturwissenschaftliche und Medizinische Fakultät. Nur der Gründergeist schwebt mit abgeschnittenem Zopf über den Wassern und scheint so keine rechte Freude an dem Geschäft aufkommen zu lassen.

G.-W. S.

Sind Sie Diplom-Kaufmann, Diplom-Volkswirt, Diplom-Sozialwirt?

Der höhere Postdienst bietet Ihnen verantwortungsvolle Aufgaben!

Die Deutsche Bundespost ist als eine der fortschrittlichsten Nachrichten- u. Verkehrsverwaltungen anerkannt. In ihrem modernen und vielseitigen Dienstleistungs-Großbetrieb finden Sie die Position, die Ihren Neigungen und Fähigkeiten entspricht.

Verantwortungsvolle und vielseitige Aufgaben erwarten Sie bei der Bundespost: Selbständige Leitung großer Dienststellen, Regelung des Haushalts, Wahrung der Wirtschaftlichkeit. Sonderaufgaben im Beförderungs-, Postscheck- und Postsparkassendienst. Steuerung der verwaltungseigenen Sozial- und Selbsthilfeeinrichtungen.

Die Bundespost erwartet von Ihnen, daß Sie Ihre Aufgaben gut erfüllen: Gründliches Fachwissen und gute Allgemeinbildung. Verhandlungsgeschick, Entschlußkraft und Organisationstalent. Schnelle Auffassungsgabe, Anpassungsfähigkeit. Vorausschauende Planung, schöpferische Phantasie. Verständnis für die Belange der Mitarbeiter. Kenntnisse in der englischen oder französischen Sprache.

Entsprechen Sie dem Persönlichkeitsbild eines höheren Bundesbeamten, der in einem Betrieb von 460 000 Mitarbeitern vielen Menschen Vorbild sein muß? Sind Sie nicht älter als 30 Jahre? Dann können Sie Anfang Januar 1967 in den höheren Postdienst eintreten. Nach 2½jährigem Vorbereitungsdienst werden Sie zum Postassessor ernannt und nach einer Probezeit als Postrat angestellt. Der Weg in Spitzenstellungen steht Ihnen offen. Männliche und weibliche Bewerber haben die gleichen Chancen. Bitte, richten Sie Ihre Bewerbung – mit Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigter Abschrift des Reifezeugnisses, Diplom-Zeugnisses und anderer Zeugnisse – bis zum 31. Aug. 1966 an den Präsidenten Ihrer Oberpostdirektion.

Deutsche Bundespost

Keine Nachahmung bitte!

Wäre das Hessische Hochschulgesetz schon im vorigen Jahr in Kraft getreten, hätten die Soziologiestudenten an der philosophischen Fakultät vielleicht nicht das Nachsehen gehabt. Seit dem Wintersemester 64/65 beriet nämlich eine interfakultative Kommission, aus den Dekanen und den Fachvertretern für Soziologie an der philosophischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät bestehend, über eine neue, gemeinsame Prüfungsordnung für die Frankfurter Soziologiestudenten. Die künftigen Studienbedingungen wurden im engsten Kreis der Hochschullehrer beraten und beschlossen. Die Vorlage passierte beide Fakultäten und wurde im Juni 1965 zur Bestätigung ans Kultusministerium weitergeleitet.
Erst in dem Augenblick, in dem der neue Entwurf schon unterschriftsreif und gegenüber studentischer Kritik quasi immun gemacht worden war, informierten die Fachvertreter Ende Juni vorigen Jahres die versammelten Soziologen über die Neuerungen der Vorlage. Das bis dahin streng gehütete Fakultätsgeheimnis wurde gelüftet. Die Professoren begründeten den Entwurf mit folgenden Argumenten: intendiert sei, die Prüfungsordnung für Soziologen zu vereinheitlichen, um den Universitätswechsel zu erleichtern, zum anderen ginge es um die Hebung des Niveaus durch detaillierte Festlegung von Leistungsnachweisen.
Die Kritik am Entwurf, die schon auf der Fachschaftsversammlung laut wurde, präzisierte der Fachschaftsverband nach Konsultation der Soziologieordinarien in einer Stellungnahme, die an die Instanz gerichtet wurde, die in diesem Augenblick am Zuge war: an das Hessische Kultusministerium. Die Eingabe der Fachschaft enthielt die Bitte, auf Grund der vorgebrachten Einwände den Entwurf noch einmal der interfakultativen Kommission zuzuleiten. Ein Schritt, der durch die geübte Verfahrensweise der Universitätsgremien allein übrig blieb. Nicht nur die Erfahrung und der Sachverstand der Fachschaft bzw. ihrer Vertretung waren ignoriert worden; auch der sogenannte Mittelbau, vor allem die Assistenten, die einen nicht geringen Teil der Prüfungslast gewöhnlich tragen müssen, waren an den Beratungen nicht beteiligt worden. Unter Ausschluß der betroffenen Universitätsöffentlichkeit wurde der neue Entwurf über die Bühne gezogen. Die beteiligten Universitätsgremien hatten ein Beispiel dafür gegeben, daß es bisher im Belieben der Ordinarien stand, ob sie den anderen Teilen der Universität die Vertretung ihrer legitimen Interessen gestatten. Angesichts des neuen Hochschulgesetzes, das schon zur Debatte stand, war es absichtlich oder unabsichtlich ein Votum gegen die im Gesetz vorgesehenen Mitwirkungsrechte der Nichthabilitierten und der Studentenschaft.
Die Chancen für eine Revision des Entwurfs waren denkbar schlecht. Einzig ein Formfehler, die Nichteinhaltung des Artikels 60 der Hessischen Verfassung, der eine studentische Beteiligung an der Selbstverwaltung der Hochschulen ganz allgemein vorsieht, konnte eine neuerliche Beratung möglich machen. Die beteiligten Hochschullehrer erachteten die von der Fachschaft vorgetragenen Argumente für bedenkenswert; in ihrer Mehrheit waren sie aber nicht bereit, über eine Revision des Entwurfs zu sprechen. Sie insistierten auf ihrer alleinigen Kompetenz für die Verabschiedung von Prüfungsordnungen.

Als schwerwiegender Einwand gegen die neue Prüfungsordnung sah die Fachschaft an, daß in ihr ein Kompromiß zwischen zwei Fakultäten erreicht worden ist, der die Reglements zweier Prüfungsordnungen vereinigt, ohne sie zu integrieren. Sie enthält das Vorexamen (mit drei schriftlichen und drei mündlichen Prüfungen), das an der philosophischen Fakultät üblich ist. Außerdem hat sie das Hauptdiplom den Prüfungsvorschriften der Wiso-Fakultät angeglichen (fünf schriftliche und fünf mündliche Prüfungen gegenüber fünf mündlichen Prüfungen nach der alten Prüfungsordnung), ohne zu berücksichtigen, daß bereits eine einschneidende Leistungskontrolle durch das Vorexamen gegeben ist.

Der Entwurf der neuen Prüfungsordnung garantierte an keiner Stelle explizit die Freiheit der Prüferwahl.

Dieser Grundsatz hat zumindest in der philosophischen Fakultät eine lange und sinnvolle Tradition. Die Entscheidung der Soziologiestudenten, in der philosophischen oder der Wiso-Fakultät Soziologie zu studieren, enthält meist auch den Wunsch, von den Dozenten der eigenen Fakultät geprüft zu werden – zumal die Soziologie in Frankfurt von verschieden gearteten Ansätzen ausgeht. Die Freiheit der Prüferwahl sei im Hauptfach Soziologie deshalb schon im Vordiplom unerläßlich.

Die im August 1965 eingereichte Stellungnahme bewirkte, daß das Kultusministerium die an der Ausarbeitung der Prüfungsordnung beteiligten Dekane aufforderte, gemäß Artikel 60 der Hessischen Verfassung die Einwände mit der Fachschaft zu diskutieren. Diesem formalen Rechtsanspruch wurde im Oktober Genüge getan. Dem Fachschaftsvorstand wurde bei dem Gespräch bedeutet, daß ein Recht auf Mitberatung von ihm nicht in Anspruch genommen werden könne. Studentische Mitbestimmung bei der Festlegung von Prüfungsbedingungen sei generell verfehlt. Ein im Wintersemester geplantes Professorengespräch über die Prüfungsordnung kam nicht zustande. Im Laufe des Wintersemesters machte dann ein Fakultätsgeheimnis die Runde: zwischen der Berufung eines neuen Hochschullehrers für Soziologie an der philosophischen Fakultät und seiner Zustimmung zur neuen Prüfungsordnung sei ein Junktim hergestellt worden. Die Berufungsverhandlungen sollen monatelang unter der Voraussetzung geführt worden sein, daß ein gemeinsames Seminar aller Frankfurter Soziologen eingerichtet wird. Ende des WS verweigerte die Wiso-Fakultät ihre Zustimmung zu diesem Projekt. Der Fachschaftsvorstand veranstaltete eine Unterschriftensammlung, um den berufenen Ordinarius dennoch zur Annahme des Rufes zu bewegen. Am 1. April 1966 ist die neue Prüfungsordnung ohne neuerliche Beratung in Kraft getreten. Die Fachvertreter beider Fakultäten haben zwar erklärt, daß die freie Prüferwahl auch schon im Vordiplom im Hauptfach Soziologie garantiert werden soll, also keine Umverteilung der Studenten zwischen den beiden Fakultäten stattfinden wird. Bei den in Kürze erfolgenden Beratungen über die Übergangs- und Ausführungsbestimmungen zur neuen Prüfungsordnung wird sich nun erweisen, ob eine Hochschullehrer, Assistenten und Studentenschaft umfassende Diskussion und Kooperation möglich ist, oder ob autoritative, publizitätsferne Beschlußfassung die Regel bleiben soll.

Das neue Hessische Hochschulgesetz bietet in absehbarer Zukunft die institutionellen Garantien dafür, daß die akademischen underdogs stärker als bisher an der akademischen Selbstverwaltung beteiligt werden, auch wenn die Vormacht der Ordinarien kaum angetastet wurde. Im Licht der einschlägigen Paragraphen des neuen Gesetzes erscheint das Zustandekommen der neuen Prüfungsordnung als in der geübten Weise letztes Gefecht:

„§ 34 Absatz 3 Die Fachschaften sollen zur Förderung aller Studienangelegenheiten beitragen. Sie wirken insbesondere bei der Gestaltung der Studienordnungen und bei der Studienberatung mit.
§ 35 Absatz 1 Die Vertreter der Studentenschaft nehmen an den Sitzungen des Senats und der Senatsausschüsse, die Vertreter der Fachschaft an den Sitzungen der Fakultäten und der Fakultätsausschüsse mit Stimmrecht teil."

G. W.

FRAGEN SIE FRAU CHARLOTTE

Liebe Leser,
die teilnahmsvolle Antwort Frau Charlottes auf die im letzten DISKUS veröffentlichte Anfrage unserer HfE-Kommilitonin Margot B., ob sie Assistentin in der juristischen Fakultät werden könne, da auch eine Bekannte von ihr es geschafft habe, löste ein ungeheures, von uns nicht erwartetes Echo aus und bescherte dem DISKUS eine Fülle von Leserbriefen. Dies bestätigt wieder einmal, wie trefflich Frau Charlotte dank des reichen Erfahrungsschatzes eines erfüllten Lebens gerade in delikaten Situationen das richtige Wort zu finden weiß. Im folgenden drucken wir drei typische Zuschriften ab. Red.

Liebe Frau Charlotte,
wie mir mein Mann (WiSo-Fakultät) zu nächtlicher Stunde gestand, ist er es, der die Studentin von der HfE angestellt hat. Ich möchte Ihnen danken, daß Sie den Tatbestand verfremdet und in die juristische Fakultät verlagert haben, sonst wäre mein Mann ganz schön in Bedrängnis gekommen. Er hatte nämlich gestern einige Kollegen eingeladen, und die echauffierten sich den ganzen Abend über die Praktiken der Juristen. Frau Z.

An die maliziöse Briefkastentante:
zur Vermeidung von Mißverständnissen möchte ich darauf hinweisen, daß die bei mir tätige HfE-Studentin aus rein sachlichen Erwägungen eingestellt worden ist und nicht aufgrund von „Beziehungen", was immer Sie darunter verstehen. Der von Ihnen geschilderte Fall hat mit meinem Institut nicht das geringste zu tun. Prof. Dr. Y., med. Fakultät

Sehr verehrte gnädige Frau,
in der DISKUS-Ausgabe 4/1966 behauptet ein gewisses Fräulein B., eine Kommilitonin aus der HfE sei Assistentin in der juristischen Fakultät geworden. Wir nehmen an, daß das auch so gemeint ist. Von den Ihrerseits genannten „Kriterien" der Einstellung trifft auf unsere Assistentinnen nämlich nur eines zu: diese Studentinnen sind hübsch, weiter nichts.
Prof. Dr. X., Prof. Dr. W., phil. Fakultät
Prof. Dr. V., nat. Fakultät

Psycho – Verwaltungsakt

Durch die freundliche Vorsorge des Kurators ermöglicht und unter der Ägide des Geschäftsführers des Studentenwerks, G. Kath, wird endlich noch in den Semesterferien eine „Psychotherapeutische Beratungsstelle" in der Jügelstraße 7 eröffnet. Mit dieser Institution folgt die Frankfurter Universität formal den zuerst an der Freien Universität Berlin und später an anderen Universitäten eingerichteten Beratungsstellen.
In Frankfurt nun wird diese Beratungsstelle „von oben", als ein Verwaltungsakt des Studentenwerks eingerichtet und zwar im Rahmen eines „Beratungsdienstes", der die Abteilungen Berufs-, Rechts- und Psychotherapeutische Beratung umfaßt. Daß diese Stelle institutionell und räumlich von der DSKV getrennt ist, ist zunächst sehr zu begrüßen; den Studenten und Studentinnen, deren psychische Defekte so groß geworden sind, daß sie subjektiv darunter leiden, und, so sehr leiden, daß sie sich psychisch behandeln lassen wollen, wird damit insofern geholfen, als sie ihre psychischen Schwierigkeiten nicht als Krankenschein-Leiden empfinden müssen und sich auch nicht als „Kranke" fühlen müssen.
Unter dem Vorstand des Studentenwerks und des Rektors soll für die Psychotherapeutische Beratungsstelle ein Beirat geschaffen werden, der, den Worten Kaths zufolge, dafür sorgt, daß diese Stelle nicht isoliert arbeitet, sondern ein regelmäßiger „Erfahrungsaustausch" stattfindet. Man wolle „Hand in Hand miteinander für die Studenten sorgen". Dieser Beirat soll bestehen aus

1. den beiden Studentenpfarrern,
2. dem Studentenarzt,
3. „jemandem vom Studentenwerk" (höchstwahrscheinlich dem Geschäftsführer Kath,
4. einem Vertreter der medizinischen Fakultät, und
5. aus „dem Rektor als Soziologen".

Wenn es der Vorstand des Studentenwerks auf seiner nächsten Sitzung so will, wird auch
6. ein Student hinzugezogen werden. Dieser soll aber, wenn überhaupt, kein vom AStA bestimmter Vertreter sein, sondern, „jemand, der sich auskennt". Herr Kath meinte im Gespräch mit dem DISKUS, daß man dann schon jemanden finden werde.

Über die Funktion dieser einzurichtenden Psychotherapeutischen Beratungsstelle, und zwar über ihre Funktion für den einzelnen Studenten *und* für die Universität mit ihrem Anspruch der integrierten Einheit zur planmäßigen und reibungslosen Ausbildung von Wissenschaftlern scheinen sich die Initiatoren noch nicht sehr im klaren zu sein. Die Legitimierung seines Vorhabens faßte der Geschäftsführer des Studentenwerks so zusammen: „An allen Stellen existieren Leute, die sind individuell behandlungsbedürftig." Man ist sich dabei im klaren darüber, daß eine solche Beratungsstelle nur *beraten*, nicht behandeln kann.

Erfahrungsgemäß kommen die Studenten in die Psychotherapeutischen Beratungsstellen hauptsächlich mit folgenden Problemen:
1. langfristigen psychischen Störungen (Neurosen), die auch subjektiv als mit der Sexualität in primärem Zusammenhang stehend empfunden werden;
2. aktuellen Problemen, die mit der Ausübung besonders des vorehelichen Geschlechtsverkehrs in direktem Zusammenhang stehen: Abtreibung, orale Anticonceptiva (Anti-Baby-Pille);
3. scheinbar kurzfristigen Störungen: Examenspsychosen, Stress-Situationen, ‚plötzlich' auftretenden Depressionen etc.

Zum ersten Störungsbereich meinte der Geschäftsführer des Studentenwerks: das müßte dann der Psychotherapeut als Fachmann beurteilen. Es ist aber hier gerade interessant, daß durch die Präjudizerung, daß ein Psychotherapeut und kein Analytiker berufen werden wird, schon eine Vorentscheidung in bezug auf Heilungsmethode und Heilungsziel und mittelbar auch eine Vorstellung vom „funktionstüchtigen Studenten" getroffen wurde. Zum zweiten Problem wurde nur mit den Händen abgewehrt und zum dritten sagte Herr Kath: „Wenn ein Student wegen eines Examens eine vegetative Störung hat, dann schickt ihn der Psychotherapeut zur Studentenärztin, damit sie ihm ein Beruhigungsmittel für die Nerven gibt." – Da hätte sich der Student den Weg zum Psychotherapeuten sparen können.
Das Studentenwerk hat mit der Einrichtung dieser Beratungsstelle eine große und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen. Es ist verständlich, daß die Initiatoren noch nicht wissen können, was auf sie zukommen kann. Den Vermutungen vieler Soziologen und Analytiker zufolge ist die Studentenschaft die Gruppe mit der höchsten Neurosenrate in der entwickelten Industriegeseilschaft; sicher ist, daß sie die Gruppe mit der höchsten Selbstmordrate ist. Und wenn man den Selbstmord als die Lösung eines psychischen Konfliktes faßt, die dann versucht wird, wenn alle anderen individuellen Versuche der Konfliktlösung gescheitert sind, dann kann man abschätzen, vor welchen riesigen Aufgaben eine Beratungsstelle steht, die ihre Aufgabe ernst nimmt. Mit einer Psychohygiene nach Art der Verabreichung von Beruhigungsmitteln kann man diesen Aufgaben, die schon längst der Ausdruck eines gesellschaftlichen Problems sind, nicht beikommen. Wenn man die sexuellen Nöte der Studenten etwa auch mit Adumbran und gutem Zureden behandeln will und die Sexualneurosen mit Adumbran Forte und verstärktem guten Zureden, dann wird diese Psychotherapeutische Beratungsstelle entweder scheitern oder zu einem psychohygienischen Institut werden. Wir wünschen ihr keine dieser Alternativen. Die erste Alternative würde bedeuten, daß die betroffenen Studenten noch mehr resignierten und sich so ihre subjektiven Leiden und ihre objektiven Nöte verstärkten. Eine Tendenz zur Psychohygiene würde bedeuten, daß die Leiden subjektiv verschoben oder verdrängt würden und sich die objektive Situation noch verschlechterte, weil nicht einmal mehr bewußt würde, daß etwas nicht stimmt, daß die subjektiven Leiden der Ausdruck einer leidvollen objektiven Lage sind.
Wir wünschen der Psychotherapeutischen Beratungsstelle, die bis jetzt noch zuwenig eine Einrichtung der Studenten ist, viel Erfolg und wir empfehlen unseren Kommilitonen sich in großer Zahl vertrauensvoll *und* kritisch an sie zu wenden. **Reimut Reiche**

citroën 2cv
Robust, verläßlich, in der ganzen Welt bewundert: CITROËN 2CV, der sichere Kleinwagen mit dem hohen technischen Niveau aller CITROËN-Automobile.

citroën
Neuwagen – Gebrauchtwagen – Ersatzteile – Kundendienst
AUTOHAUS GOLDBACH
Frankfurt am Main
Mainzer Landstraße 151-153 – Telefon: 23 51 67 - 23 50 31 - 23 67 98
2 CV-Spezial-Werkstatt: Raimundstraße 100

Die Ausnahme und die Regel

Experimenta I in Frankfurt

Die Experimenta war eine neue Wohltätigkeitsveranstaltung für das Theater in Deutschland und für das Theater in Frankfurt besonders. Die Direktion der Akademie der darstellenden Künste hatte keine Kosten gescheut, wissend, daß hohe Unkosten und die Denuzierung des „Experiments“ noch die sichersten Mittel sind, eins zu unternehmen. Sicher gab es in einer Juniwoche das wichtigste Theater, das in diesem Jahr über die Bühne gegangen ist. Eine Wohltat, die deshalb eben dem Theater in Frankfurt nicht Gerechtigkeit widerfahren läßt, weil es zeigt, wie weit entfernt das Theater die übrigen Wochen des Jahres von dem ist, was es machen könnte. Die Experimenta war die Ausnahme. Des großen Piscators Idee eines revolutionären Theaters hatte sich verflüchtigt zur Ausführung seiner Idee eines Theatertreffens als wohl etablierte Theaterrevolution.

Beckett-Abend

„Die Sonne schien, da sie keine andere Wahl hatte, auf nichts Neues“ (Beckett, „Murphy“). Experimenta I, Woche für experimentelles Theater, begann mit dem Beckett-Abend „5 Versuche in 5 Medien“, Arbeiten mit Film, Hörspiel, Fernsehen, Pantomime und Sprechtheater.

Versuche lassen sich die gezeigten Werke nicht nennen wegen des Spiels mit neuesten, sondern wegen des Spiels mit bekanntesten Mitteln. Das formale Verfahren ist Reduktion auf die einfachsten, meist ältesten, Ausdrucksmöglichkeiten des jeweiligen Mediums: „Spiel ohne Worte“ ist keine stilisierende Pantomime, sondern auf Realistik zielendes stummes Spiel, „Film“ arbeitet mit der Technik des Stummfilms, hat als Darsteller einen der Protagonisten jener Filmepoche, den großen Buster Keaton. – Ein parodistisches Moment, Nuance des Fragwürdigen, ist dem Verfahren wesentlich: in „Kommen und Gehen“ beispielsweise, dem „Theaterstück“, sind die Auftritte und Abgänge der großen Helden, im strengen symmetrischen Wechsel der Personen sind Regieanweisungen parodiert.

Die Titel (Film, Spiel ohne Worte) individuieren die Werke nicht, sie bringen das Medium auf den Begriff und deuten damit die Inhaltlichkeit der formalen Mittel an. Die mitspielende Funktion der Kamera zeigt sich in dem Fernsehspiel „He Joe“ in der Reaktion auf die unsichtbare Sprecherin: wie auf Stichworte, wartet sie auf deren Pausen, um sich dem Gesicht des Mannes (Deryk Mendel) zu nähern. – In „Film“ flieht der Alte die beobachtende Kamera. – In „Worte und Musik“ ist Musik, als gleichwertiger Dialogpartner, inhaltlich.

Geschichte bleibt in Becketts Werken als Erinnerung übrig, rückwärts gerichtet, fixiert. Sie zu tilgen, wie sich, im Schweigen, mit ihr zu arrangieren, ist ein müßiger Versuch. „MEI: Wann waren wir drei zuletzt zusammen? SU: Nicht sprechen. (Schweigen). (‚Kommen und Gehen‘)“. – Schweigend vermag sich Joe der quälenden Insistenz der „Stimme“ nicht zu entziehen, macht sie nur desto deutlicher. – In Film räumt der Alte sein Zimmer, damit ihn nichts mehr erinnere; doch noch der helle Fleck an der Wand weist auf das abgehängte Bild, ist Erinnerung der Erinnerung; ein quälender Appendix. – Verändernde Aktion ist undenkbar geworden. Was geschieht, deckt auf, daß nichts mehr zu verändern ist. Im Bann des Ewiggleichen ist der Anfang das Ende. – Dem wird nur äußerste Beschränkung des Inhalts wie der Mittel gerecht, denn selbst Ausdehnung wäre bereits eine unzulässige Veränderung.

Berliner Ensemble – Der Messingkauf

Brillant dreimal aufgeführt, bestätigte „Der Messingkauf“ in der Inszenierung eines Regiekollektivs des „Berliner Ensembles“ dessen mitgebrachten Ruhm. Brechts „Nächtliche Gespräche über eine neue Art, Theater zu spielen“ boten zusammen mit den Beckett-Texten Hintergrund und Thema, quasi das Neueste vom Alten, in der Theaterwoche. „Der Messingkauf“ soll nicht der Unterstützung ritueller Feiern dienen, sondern „Theatermachen auf Praktisches“ zurückführen. Die hochartistische Einrichtung des „Messingkauf“ präzisierte, wie sehr das Ensemble in diesem Problem befangen ist. Es war eine veränderte Fassung der „Gespräche“, des Theaters über Theater, wie es nun schon ein Jahr etwa in Berlin gespielt wird. Den streng didaktischen Charakter der Bühnenunterhaltung zwischen zwei traditionellen Schauspielern, einem Dramaturgen und einem Philosophen sowie einem Bühnenarbeiter lockerte man mit einfallsreichen Späßen.

Kann man überhaupt die generelle Kritik, die eine marxistische ist, die Kritik am ökonomischen System aufs Theater bringen oder sind das Kabarett, die Revue die letzten Mittel um auch das Theater als ökonomischen Apparat der Unterhaltung seiner Autorität zu berauben? Vielleicht, so kann man etwas paradox sagen, nach dem „Messingkauf“, ist das Brechtsche Theater das beste *klassische* Theater, das es zur Zeit gibt.

B. Brock – Theater der Position

Im „Theater der Position. Eine dramatisierte Illustrierte“ kam – welche Ironie – dasselbe Problem zum Vorschein. Auch die sanfte Schärfe unphilosophischer Philosophie über Widersprüche einer Gesellschaft, die ihr Glücksversprechen den Fachleuten überläßt, die nur dafür werben, versandet, wenn sie aufs Theater gerät. Der Autor Bazon Brock setzt anarchisch-diszipliniert klassische Theaterszenen, Filmprojektionen, Fernsehen, Comicstripfiguren und fleischgewordene Reklameschönheiten. Auch hier soll das glückliche Leben befriedigter Bedürfnisse in ein bewegtes Bild gebracht werden. Die Kunst soll als verwirklichte Philosophie wieder Teil des materiellen Produktionsprozesses werden. Distanz und Nähe utopischer Möglichkeiten, Glücksversprechen und reales Glück werden als heute realisierbar propagiert. Brock benutzt ganz bewußt die Bühne; nicht mehr, wie im happening, spielt man mit, sondern vor Zuschauern wird gespielt. Der Autor – selbst auf der Bühne – formuliert die Synthese von Alltagsleben und Kunstvergnügen über das Elend hinweg.

Das Theater, selbst noch idealisch genug, droht die Kritik an der Reklamewelt zur Formalität zu machen. Denn die von Brock zitierte These Hegels ‚Leben sei von Leben verschieden‘, ist die Logik und Lüge der bürgerlichen Gesellschaft, die im Dualismus von Kultur und Zivilisation vegetiert, auch im Widerspruch zwischen Leben und Theaterimitation.

„Es ist absolut unzweifelhaft, daß die Trennung der Kunst von den anderen Seiten des öffentlichen Lebens sich als Resultat der Klassenschichtung der Gesellschaft ergeben hat, daß der selbstherrliche Charakter der Kunst eine Folge der Tatsache ist, daß die Kunst zum Besitz der privilegierten Schichten geworden ist; daß die Weiterentwicklung der Kunst in der Richtung einer zunehmenden Verschmelzung der Kunst mit dem Leben gehen wird, d. h. mit der Produktion, den Volksfestlichkeiten, dem kollektiven Familienleben usw.“ (so redete Trotzki, 1924) und weiter „man gehe von der Drehbank hinweg und verschmelze sich mit dem Leben.“ Aber: „Durch welches Tor?“ Durch den Bühneneingang? Der Ausverkauf der Theaterillusion muß mit Übertreibungen arbeiten. Für das Theater der Position würden Schauspieler gebraucht, wie sie das „Berliner Ensemble“ hat oder die Laien müßten verstanden haben, zu praktizieren, worum es geht . . .

Mehrere weitere Theaterabende glichen Pflichtübungen oder Salongesprächen.

P. Handke – Publikumsbeschimpfung

Nicht am Rande blieb Peter Handke. Seine „Publikumsbeschimpfung“ war nahe daran, Skandal zu werden. Skandale sind eben das, was haarscharf am realen Theaterprotest vorbeigeht. Nur der feste Glaube des Publikums an den Musentempel verhinderte einen größeren Aufruhr als den in Worten. Die unkonventionellen Theatermacher wundern sich immer wieder, wenn das Publikum sich unkonventionell aufführt: das tut man nicht. Wer tut, ist die Regie und der Autor (so war hier auch die Reihenfolge), im Notfall tut man dem aufrührerischen Zuschauer was an. Gerade diejenigen, die von Skandal verklärt reden, möchten ihn am liebsten historisch wissen. Handkes Beat in Worten, Vokabelorgie und Redetautologie fehlte nur der artistische Fünfmetersprung, den Brecht im „Messingkauf“ auch als Kunst bewundert wissen will. Der Autor selbst will nur eine „Vorrede“ geschrieben haben. Seine theatralischen Feststellungen beschränken sich auf die ungemein einleuchtende Tatsache, daß da auch noch das Publikum sei und das Theater sei das Theater. Die Regie, die sich als Regie abspielt, beschäftigt sich mit sich selbst. Sie wird Choreographie und Turnübung, ästhetizistischer salto mortale. Die Beschimpfung ist natürlich eine Huldigung. Man nehme den Protest hin, in der Sprache zu bleiben, nicht an Objekten solle man sie messen. Das Objekt Rede nimmt sich recht schwächlich aus in dieser Alternative. Handke ist der schöne Gegensatz zum häßlichen Beckett – (der Vergleich jubelt Handke schon hoch). – Sprache intonieren fällt als Gerede ab gegen Becketts Kritik am Ding Sprache, am Ding Mensch. Sicher ist Handke ein intelligenter Mann, aber brauchen wir dazu das Theater?

Publikumsanschläge

Acht Wochen lang hatten sie Schimpfen geprobt. Die Premierengäste lohnten es mit zwanzig Minuten Applaus. In der zweiten Vorstellung schimpfte das Publikum zurück, doch sie erwiesen sich als (laut)stärker. Die Beatles waren ihre Vorbilder, bei ihrer Musik wollten sie sich erholen.

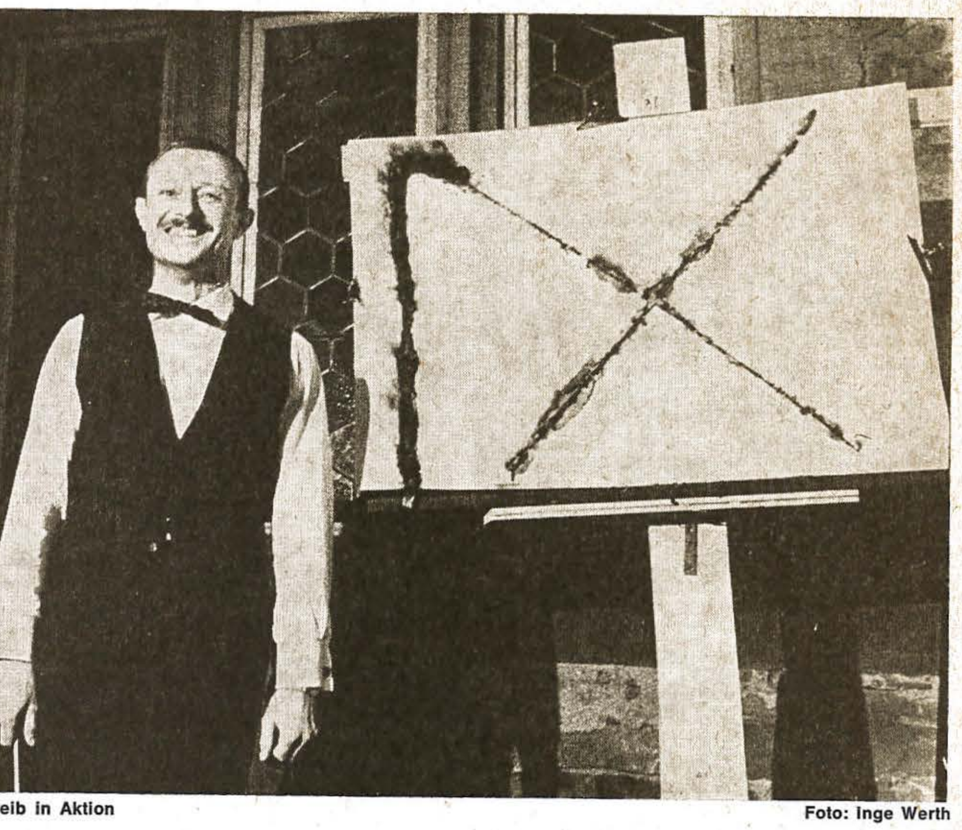
So zogen die Schauspieler der „Publikumsbeschimpfung“ zusammen mit ihrem Autor und einigen Theaterbesuchern in ein Beat-Lokal auf der Kaiserstraße. Sie hatten noch keinen Takt vernommen, da saß einer der ihren bereits auf der Straße. Er hatte dem Kellner im Wege gestanden. Die übrigen erklärten sich solidarisch mit dem Hinausgeworfenen und folgtem ihm. Die Rausschmeißer erklärten sich solidarisch mit dem Kellner und halfen nach. Nicht vertraut mit den Gepflogenheiten der Kaiserstraße holten die derart ungastlich Behandelten diejenigen herbei, von denen sie gehört hatten, sie seien ihre Freunde und Helfer. Doch da diese jedermanns Freund sind, wollten sie sich natürlich nicht einmischen. Erst als ein Schauspieler sie lautstark an das erinnerte, wovon er glaubte, daß es ihre Pflicht sei, und ihre Methoden gar mit denen einer Vergangenheit verglich, wurden sie energisch und luden ihn in ihren Streifenwagen.

Hier mußte endlich mal wieder ein Exempel statuiert werden. Auch der Kanzler hat ja jetzt den Gammlern den Kampf angesagt, vor allem denen, die zu Provos werden könnten. So schwebt jetzt gegen alle Beteiligten an der Affäre, die keine Uniform trugen, ein Verfahren – wegen Aufruhr.

Unterhaltungsregel

Die Experimentierer spielten mit einer Situation, in der man ein Theater unterhält, den Leuten Unterhaltung bietet und eine Woche sich mal Gedanken über diese Unterhaltung macht. Die Diskussion „Theater – was ist das?“ im feudalen Hotel Intercontinental war denn auch mehr ein Ritual im müden Luxus des Hotels. In Frankfurt wird die „Akademie“ sich bemühen, wieder eine Woche Luxus einzurichten. Wo mit nichts gegen Luxus gesagt sei.

Anselm Feger/U. G./D. D.



Schreib in Aktion — **Foto: Inge Werth**

Neues von Schreib

„Es ist verdammt schwer, über einen guten Mann gut zu schreiben.“ W. S. in einem Telefongespräch am 4. Juli 1966, nach der Verlautbarung, daß ihm der DISKUS eine Porträtspalte zu widmen gedenkt.

In lächerlichen drei Tagen, so möchte ich behaupten, war der Frankfurter Maler Werner Schreib ein sehr gemachter Mann.

Einen Tag lang lernte er punzen (darüber hat Herr Peter Gorsen ausführlich gearbeitet), einen Tag lang lernte er lachen, und einen Tag lernte er denken.

Die auf diesen drei wohlpolierten Säulen ruhende Künstlerpersönlichkeit befindet sich im Augenblick auf einem Erfolgshöhepunkt sondergleichen, was diesem Blatt Anlaß genug ist, über Schreib das Neueste zu verbreiten.

Die folgenden Meldungen müssen ernst genommen (wenn nicht gar doppelt gezählt) werden, weil eine nicht unwesentliche Kritikerstimme vor einem Jahr, am 15. August 1965, bis neun gezählt und den künstlerischen Knockout des punzenden Malers verkündet hatte.

Die Schlinge dazu legte Schreib in Büdingen, einem romantisch aufgefrischten Flecken am Fuße des oberhessischen Vogelsberges. Dort war Schreib, gepackt und getragen von der Glut seiner semantischen Schurrpfeifereien, in der Rathausgasse auf die Balken gestiegen, um ein Spektakel in Moritatenart loszulassen: Semantische Feuerbilder fabrizierend, eine „Frankfurter Rundschau“ mit der Aufschrift „Schreib im Frankfurter Nordend ermordet“ verbrennend, nebst Dudelsackpfeifern, Bilderkonfetti für jedermann, Laterna Semantika am Kirchengemäuer samt Schnulzentrompeter und Freibier. Solche Kunstfaxen („Spätestens seit Leonardo ist der Klamauk eine ästhetische Kategorie.“ Zitat Schreib!) versetzten das Volk in Entzücken und den erwähnten Kritiker in tiefsinnige Nekrologstimmung. Der Maler Schreib ist tot!

„Denkste, mein Junge!“ sagt Schreib, lädt seine drei Schrotflinten, drückt ab und zählt die Treffer.

Bei einem dieser Volltreffer war ich selbst Augenzeuge: Auf der Piazza in Venedig trat Max Ernst, der berühmte Kollege, auf W. S. zu, schüttelte ihm die Hand und sagte: „Mein lieber Schreib, es freut mich, Sie zu sehen, was macht die Arbeit, ich schätze Ihre Bilder sehr!“

Nur drei Tage später trug eine Nachricht aus dem Osten (aha!) den Künstler noch höher hinauf. Aus Polen ließ eine international zusammengesetzte Jury wissen, daß auf der I. Biennale Krakau der Schreib einen mit 10 000 (zehntausend) Zloty dotierten „EX AEQUO“-Kunstpreis (u. a. zusammen mit Vasarely) bekommen hat. Als einziger deutscher Künstler, Aber danach, einem Sonntag, dem 3. Juli 1966, ging es abwärts: Die Jury des Deutschen Künstlerbundes refüsierte den Schreib total. Deutscher Kunstknockout? „Denkste, mein Jung!“ Binnen 24 (vierundzwanzig) Stunden verfertigte der Schreib ein herrliches Flugblatt, mit Witz und vermischten Meldungen aus der Welt des von ihm durchsetzten Kunstlebens. Die Vorderseite zeigt ihn als fröhlichen Gitarrenspieler, vor seinem schönsten Großbild sitzend. Auf der Rückseite läßt sich Schreib von einer weiblichen Steinfigur umarmen, von der Textzeile kommentiert: „Und was sagt die Muse dazu?: Liebling, das hast Du gut gemacht!“ Applaus von beiden Seiten!

Doch die Neuigkeiten nehmen kein Ende. Riesenwandbild in Mannheim. Eröffnung einer großen Einzelausstellung in Luxemburg. Vorbereitung zweier Ausstellungen in Brüssel und in Basel. Beginn eines Wandbildes für eine Frankfurter Schule. Programmplanung für „Büdingen II“, in dessen Mittelpunkt diesmal 15 (fünfzehn) Künstler gestellt werden sollen. Sie alle leiten das Büdinger Kunstfest am 20. (zwanzigsten) August 1966 mit einem Kunstmarkt (Slogan „Kunst zum alsbaldigen Ge- und Verbrauch!“) ein. Schreib wird in einer Koje mindestens mit drei (3) Überraschungen aufwarten und am Abend unter freiem Himmel sich und der Welt vorführen, wie man zur Sommerszeit mit der Kunst umgehen sollte.

Ja, hundert (100) Künstler lassen sich leichter unter einen Hut bringen als ein (1) Schreib! Von ihm wird es immer Neues zu berichten geben. Das schreibt, dessen bin ich sicher, der Schreib jedem, der es wissen möchte, auf die flache Hand. In Ausnahmefällen ist er sicherlich bereit, diesen Slogan zu punzen. Aber: für die Handhabung der damit verbundenen Theorie bin ich nicht zuständgi. Das können die Schreibinterpreten viel, viel besser. Man lese es gelegentlich nach, bei Herrn Peter Gorsen, tunlichst!

Gerd Winkler

buchkritik

Panta Rhei

Anna Seghers: Die Kraft der Schwachen. Erzählungen. Luchterhand Verlag. Berlin und Neuwied 1966. 208 Seiten. DM 14,50.

Die Feigheit war genauso umsonst. Verstecken, Abwarten, alles umsonst. Umsonst Versprechungen, Hoffnungen, unerwartete Hochherzigkeit von Unbekannten. Ob der Vater gestern mit Pflügen begonnen hatte oder der Vorvater vor zweitausend Jahren – umsonst. Umsonst trugen Männer, welche dem Tod wie dem Leben kalt, ohne Blinzeln ins Auge sahen, eiserne Löwenkrallen in ihren Gürteln, ihr Mut war umsonst, und der Löwe wachte umsonst in der Hauptstadt vor dem Palast. Die Eroberer ritten auf seinem Rücken, rissen johlend an seiner Mähne.

Es versteht sich, daß jedes dieser „umsonst" ein „scheinbar umsonst" ist: die Welt der Anna Seghers wird zwar von den Starken gelenkt, aber bestimmt wird sie von der „Kraft der Schwachen". Und dieses „scheinbar" ist der rote Faden, der sich durch die neun Erzählungen zieht, in denen mit der Ingeniosität mittelalterlicher Kriegstechnik versucht wird, eine Bresche in die festgefügte Seele des modernen Lesers zu schlagen. Eine „scheinbar" ungehemmte Fülle bricht auf ihn ein. Deutschland, Spanien, Afrika, Rußland, Frankreich, Grönland, Südamerika. Gestern, heute, vor tausend Jahren. Tage, Wochen, Jahrhunderte. Rahmenerzählung, dokumentarischer Bericht; Ich-Erzähler, allwissender, personaler ... Der Erweiterung des Katalogs formaler Elemente schiebt die Frage: Chaos oder sinnvolles Flechtwerk? einen Riegel vor.

Kaum Chaos, eher panta rhei. In der komplexen segherschen Welt (die als die Komplexität des Bewußt-Unterbewußten erkannt wird) werden die Starken zu Schwachen, die Schwachen zu Starken, werden Jahrtausende zeitlos und Kontinente vertauschbar, da geht etwas durch den Menschen hindurch, was er nicht festhalten kann, da sterben seine alten Götter – bis auf zwei: Gut und Böse.

Der so geschauten Welt entspricht die Behandlung des dichterischen Materials fast bis in jede Einzelheit. Das Individuum, das Volk, sie werden austauschbar, werden Eisenfeilspänchen, die das Spannungsfeld zwischen den Polen sichtbar machen. Auch die einzelne Erzählung hat im wesentlichen Stellenwert in der Sammlung, nur scheinbar sind es neun verschiedene ...

Daß in dieser Welt geschlossene Bilder bedeutungslos, ja ein Unding wären, liegt auf der Hand, und so ist in den meisten der Erzählungen gerade so viel verzeichnet, wie nötig ist, um das Ganze zu erahnen. Wo von diesem Prinzip abgewichen wird *(Prophet, Duell)*, registriert man Sentimentalität oder Fadheit.

Zugestanden, daß die Erzählungen letztlich nicht isoliert zu sehen sind, so fordert doch schon die Einteilung der Autorin dazu heraus, die Bausteine miteinander zu vergleichen. Da wird beängstigend klar, daß kaum eine der Erzählungen unersetzlich ist. Nähme man *Agathe Schweigert* oder *Der Prophet* heraus, entstünde wohl eine fühlbare Lücke (was die Einheit der Sammlung ins Licht rückt), aber man würde sie herzlich gern mit etwas anderem füllen (das etwa die Qualität der Tuomas-Erzählung hätte). Ein ähnliches Gefühl stellt sich bei unzähligen sprachlichen Wendungen ein. Sätze wie „Auf der Moskwa trieben ja noch ein paar Eisschollen –, niemand erstaunend in diesen Höfen ..." bohren tiefe Löcher in unser Sprachgefühl. Diese Sprachführung hat natürlich ihre Funktion in der Beschwörung der halb-mythischen Welt der Seghers, aber gerade weil es Beschwörung (und nicht Provokation) sein soll, schlägt das an den extremen Punkten in Desillusionierung um.

Muß noch betont werden, daß diese Welt nicht Modell für wirkliche Welt sein soll? Vielleicht doch, denn es ist bequem, einem Dichter die Ideologie überzustülpen, die man aus allerlei Quellen verläßlich hat oder durch schlechtes Lesen heraussortiert. **Gerhard Schulz**

●

In der letzten Ausgabe ist einem unserer Rezensenten ein Versehen unterlaufen. Während einer geistigen Hochgestimmtheit ist er der Vorstellung unterlegen, der Musarion Verlag in München habe plötzlich einen Namensvetter in Berlin erhalten und dortselbst den Roman eines Autors Heinz Labukeit publiziert. Noch ganz unter dem Eindruck seiner Hochgestimmtheit hat der Rezensent dieses nicht existierende Werk des noch nicht existierenden Autors besprochen; und wir können nur hoffen, daß beide möglichst rasch das Licht der Welt erblicken. Die Redaktion

Befleckte Wirklichkeit

Günter Kunert: Verkündigung des Wetters. Hanser Verlag, München 1966. 91 Seiten. DM 12,80.

„Diese Gedichte sind unrein, befleckt mit Wirklichkeit." Mit diesem Satz des Klappentextes sollen die Gedichte Kunerts thematisch gerichtet und begrenzt sein. Sie sind es tatsächlich, trotz der theorethisch hohen Möglichkeit zur Variationsbreite. Sie bewegen sich wachsam in einer Zeit, greifen hier auf, kneten da, ballen dort zusammen, formen sie schließlich zu einer bestimmten Gegenwart. Sie verkünden das allgemeine Wetter in Ost und West: „Leichter Westwind" (obgleich sie Marianne gewidmet sind). Sie notieren in Kreide: *Kriegsgefahren, Spuren, das Einverständnis mit dem Sterben in den Herzkammern des Echos.*

Bedingt durch die gefundene Engführung, von einem empfindsamen Ich ausgehend, bzw.: rückläufig in ein Ich gestaffelt (mit Krolowschem: Blick in den Rückspiegel) einmündend, kreisen die Gedichte innerhalb einer dialektischen Spannung von Vorläufigkeit und Dauer: in einem ewigen Provisorium, für das es keine Synthesis gibt, weil für Kunert die Wirklichkeit, die Gegenwart, die sich die Gedichte zu ihrem Anliegen gemacht haben, Dreck am Stecken führt: „Sechs Mililonen Tote" (oder mehr), die „Christenheit" (die ganze), die „Menschenschmieden" (jedwelche), die Nacht mit ihrer überweiten Streuung (,) Lust und Einsamkeit.

Das stilistische Mittel, das in den meisten Gedichten Verwendung findet, ist einprägsam: rückwärtiges Aufrollen eines Themas, seine Rekonstruktion, seine Analyse. Aufspulen ist gleich Abspulen, ein Film also, verkehrt eingespannt, so daß Soldaten in ruhig festem Tritt (... in unsren Reihen mit) rückwärts marschieren. – Über diesen slapstick kann man aber nicht lachen. Dadurch, daß die Endphase isoliert an den Anfang gestellt wird, oft unter Einbeziehen der großgedruckten Überschriften, erhält sie Wucht, Stärke und Ungeklärtheit.

Das analytische Drama (die Klärung) erfolgt im Text, wobei, sich notwendigerweise aus der rückwärtigen Richtung entwickelnd, der Schlußsatz, verbal zum ganzen Gedicht gehörend, sich zu einer allgemeinen Aussage erweitert, zur isoliert stehenden Metapher: der exakte Zeitpunkt des dialektischen Umschlags, eine vorläufige Synthese aus Zusammenhang und Isoliertheit. Man ist versucht, aus solcher Gestaltung zu lesen, was die reine Aussage leugnet: eine Überbrückung der Spannungen in einer unreinen, befleckten Gegenwart.

Ähnlich wirkt ein anderes Stilmittel bei Kunert. Durch Staffelung, Aufspließen des an den Zeilensprung anklingenden Zeilenendes, schiebt sich die (oft) gegenteilige Aussage über den Zeilenrand, rutscht gleitend in die nachfolgende Zeile, wobei sie die angefangene Aussage der vorhergehenden relativiert oder aufhebt. Ein Thema stößt sich rückblickend zu einem Ende nach vorn. Durchgangsstationen bleiben sekundär,

> **Eingerichtet auf dem Gestirn**
> **Unseres Schmerzes**
> **Als Baracke. Aber fester denn jede Festung**
> **Und dauernder. Ausgesetzt**
> **Den bittersten Wettern. Ewiges Provisorium:**
> **Ich.**

der Bogen von Ausgangsposition und Schluß ist gespannt, der Pfeil liegt auf der Sehne, Odysseus: die (politischen und literarischen) Trotz unverkennbarer Eigenständigkeit gibt es natürlich auch bei Kunert literarische Einflüsse. Freier können abgeschossen werden.

Huchel, Bachmann und Eich liefern oft Gestimmtheit und Inventar, das einer politischen Haltung die Schärfe des Engagements mildert. Hier und da schimmert Enzensberger durch, im Hinblick auf Nüchternheit, Hingesagtes, es ist die Sprache „aller Tage derer / noch nicht Abend ist", wo die Armut ins bestickte Hungertuch beißt, es ist eine Landessprache ohne merklichen Mauer-Tanz, von Entstellern entstellt, von Betreuern veruntreut, eine „ärmliche" Sprache, die an ihren überstrapaziertesten Stellen hilfeflehend die Knie Arps umklammert und „beinlich" zu werden droht, in einem Land, in dem zum Atmen nichts fehlt außer Luft.

Günter Kunert atmet in einem Jedermanns-Land, dessen Dunst dem Dichter leicht entzündbar ist und Sprache wird. **Wulf Goebel**

Friß, verkaufe, widersprich

H.-M. Novak: Ballade von der reisenden Anna. Luchterhand Verlag. Berlin und Neuwied 1965. 82 Seiten DM 8,50.

Eine Berliner Schnauze, 1935 geboren, springt hier mitten hinein in die kränkliche, konkrete oder kämpfende Lyrik der Nachkriegszeit. Sie spricht eine saftige Sprache, dieses Mädchen mit windzerzaustem Haar und dem Strohhalm im Mund, so will es das Foto, und es hat ganz recht. Mit dem Temperament der Knef und den songrhythmischen Intentionen von Brecht wirbelt sie Staub auf, den Staub des Krieges und den von östlichen Gebieten: Oderwiesen, Polen, Panjewagen, Steppenwind, die Kosakin und der Rinderhirt. Auch: Petersburg, Sirenen, Tanks, plus Wodka, Sieg, Sibirien. Sie rückt auf kleinen schwarzen Steppenpferden bis Deutschland vor, Hitler ist verbrannt, und unterm Maulbeerbaum stopft sich immer noch ein Blöder das Maul mit süßen Beeren voll. Die Novak singt gegen Bürokratenkot an und heißt Deutschland eine schalkhafte Nutte. Sie kennt Stalin, Sabotage, Spionage, Funktionäre. Sie ist politisch, und in ihren Gedichten werden viel Leute ins Jenseits geschickt. Die werden immer, das fällt auf, gehängt und nie erschossen. Denn hängen ist poetisch, und man sieht es förmlich: *es baumelt der Flakschütze am hohen Mast / unterm Zeltdach über seinen / schlafenden Leuten.* Zulässig fürs Hängen sind ferner Weidenast und Teppichstange. Das Alltägliche des Krieges, der Tod von nebenan, wird makaber im alltäglichen poetischen Bild für Tod: im Hängen.

Die Novak schlüpft in viele Masken, benimmt sich im *Frühling* wie eine Francoise Villon und tanzt im *Hurenlied* übern Hafenkai durch den Mastenwald und verqualmt die Sonnenbahn als Liederluderlacheweib. Unbekümmert spielt sie ehrbare alte und neue Formen der Lyrik durch, Ballade wie Vierzeiler, Prosagedicht, Lied, Kehrreim und konkrete Typographie. Hier gibt es keine Kongruenz von Versbau und Thema, und trotzdem sitzen die Worte, sie nimmt, was sie kriegt und tut, was sie will. Wo sie politisch wird, und das geschieht oft, da sind es keine Krampf- und Podest-Lieder, sondern satte Bilder von scheinbarer Naivität: *„Sibiriens Sonne brannte heiß auf den Viehwaggon.* Oder nackte Aussage: *friß / verkaufe / widersprich.* Auch wo sie landschaftlich wird, packt sie derb zu, und *die Junikäfer fallen holzig und gliedersteif ins Gras.*

Die junge Poetin hat eine geradezu beängstigend gesunde Sprache bei hohem Zeitbewußtsein. Da ist nichts vom Eindruck einer Suchenden, die ängstlich auf die Zeilen schielt, ob nicht ein kleiner Effekt herausspringe. Die Novak braucht Form im Raum und viele Formen. Die Balladen sind dabei nicht, wie der Titel des Bändchens suggerieren könnte, das Schönste an ihr. Womit nicht gesagt sein soll, daß die *Tragoballade vom Spitzel Winfried Schütze in platten Reimen* (Brecht hört mit) im Titel einen Qualitätshinweis enthalte. Aber ihre eigentliche Stärke liegt in der Technik der Wiederholung, die vermutlich in jeder Lyrik gebraucht wird, gleichgültig in welcher Realisation. Die Wiederholung kann manchmal sogar quantitativ das Veränderliche überwiegen und es damit kennzeichnen. Im drei-strophigen Joga-Lied *„unpolitisches Angebot"* mutieren lediglich die ersten beiden Zeilen:

> **was bot das reiche Petersburg**
> **vor dem Sieg der Räte**
> **joi joi Joga**
> **Askese Verzückung**
> **Kasteiung und Trance**
> **joi joi Joga**
> **Sofaspaß des Untergangs**

Das *reiche Petersburg* wird zum deutschen *Schiebervolk / in der Inflation* und schließlich, als präsentische Frage, zum *Wirtschaftswunderland / im Schutz der Bundeswehr.* Ähnlich gebaut, doch noch zwingender aufgrund grammatikalischer Bindung sowie Variation in den wiederholenden Versen, ist das vier-strophige *Kosakenlied.* Die Novak scheint um ihre Stärke zu wissen, aber sie erkennt nicht immer deren Grenzen, denn sie wendet die Wiederholungs-Technik so häufig an, daß sie oftmals nicht der Gefahr entgeht, sie an falscher Stelle einzusetzen, so daß die Wiederholung funktionslos wird und als reiner Schnörkel störend herausfällt. Trotzdem wirken die betont epischen Balladen weniger überzeugend als die rein lyrischen Verse, die selbst Kraftworte der Alltagssprache zu integrieren vermögen. Mit Blick hierauf und Ausblick kann man sagen: die Lyrik, die läßt die Novak nicht verkommen.

Ulrich Luetjohann

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1 11 15 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10 Gartenstraße 134

zeitschriftenschau

Seit April 1966 gibt es eine neue deutschsprachige Literaturzeitschrift. Sie wird in Salzburg verlegt und soll in erster Linie österreichisches Terrain sondieren. Der Titel *Literatur und Kritik* legt wohl kaum Wert auf Originalität, bezeichnet aber ziemlich genau das, was die 60 Seiten pro Nummer bieten: Literatur und Kritik; wobei die Literatur nicht nur im Titel an erster Stelle steht.

In einem knappen, zurückhaltenden Geleitwort legen die Herausgeber (Gerhard Fritsch, Rudolf Henz und Paul Kruntorad) ein lockeres und weites Programm vor, das die österreichische Literatur verständlicherweise in den Vordergrund rückt, darüberhinaus aber die „Mittlerrolle" zu der benachbarten slawischen Literaturbühne betont. Hier liegt sicher eine Aufgabe: Wer hat schon den Finger am Puls der, sagen wir, polnischen oder bulgarischen Literatur – in einer Zeit, die den Begriff der Nationalliteratur als Fata Morgana reaktionärer Buhmänner abtut. Dieser Vorsatz der Herausgeber wird dann auch von fünf Beiträgen polnischer, ungarischer und tschechischer Autoren unterstrichen. (Allerdings sticht der gute Wille die Qualität – wenn man Zbigniew Herberts Lyrik ausnimmt – hier weitgehend aus.) Wer schreibt für *Literatur und Kritik*? A. P. Gütersloh, H. C. Artmann, Ludwig von Ficker, Erich Fried, A. Okopenko, Gerhard Rühm, Filmregisseur L. Visconti, der Ostberliner Günter Kunert und der Germanist Kurt Krolop aus Halle stellen für die ersten zwei Nummern schon eine beachtliche und interessante Mischung dar.

Die Betonung des Wortes Kritik im Titel gibt einen Moment lang zu der Hoffnung Anlaß, daß dieser im deutschen Sprachraum dahinsiechende Begriff in die Nähe des angelsächsischen „literary criticism" gehoben werden soll. Aber man sieht sich schon im Geleitwort enttäuscht: „Sie (die Kritik) soll frei, unsystematisch, polemisch, zuweilen unsachlich und immer offen sein", ist dort zu lesen. Es wird nicht leicht sein, mit diesem Motto über dem Schreibtisch das zu halten, was man gemeinhin Niveau nennt. Chefredakteur Kruntorad zielt im Textteil zum Beispiel eine dreispaltige Besprechung auf die These hin: „Der Künstler aber, er kann sich sein Publikum schaffen. Und wenn es seine Kunst konsumiert, anstatt sie zu genießen?, aufzunehmen?, zu schätzen?, zu verstehen? – dann ist nicht das Publikum schuld, sondern nur der Künstler – und seine Kunst." Das soll sicher zeitgenössische abstrusere Rippen knuffen – mit Hölderlin im Blickfeld wäre es eine Geschmacklosigkeit. Alles in allem also kein Avantgardismus, aber doch bemüht, Lagebulletin der Gegenwart zu sein. Ob es gelingt, wird sich zeigen, wenn der neue Besen eingekehrt ist. Es wäre zu wünschen, daß hier neben *Wort in der Zeit* Literaturzeitschrift des Stiasny-Verlags) Österreich eine weitere Literaturzeitschrift von Gewicht erhält.

●
●

Hingewiesen sei noch auf zwei in kleiner Auflage erscheinende Zeitschriften. Im Privatdruck (200 Exemplare) erscheint einmal im Jahr *pe*, herausgegeben von Klaus Hoffmann in Neunkirchen. Es werden Texte, Zeichnungen und Bilder avantgardistischer Künstler geboten. *pe 16* (1964) ist eine recht informative Dokumentation der semantischen Malerei Schreibs und Lanzettis. *pe 17* (1965) bleibt dichter am Literarischen: was in diesem Fall keine Steigerung bedeutet.

Aus St. Gallen liegt eine Sonderausgabe der Zeitschrift *nesyo* vor (Herausgeber: Galerie Press) die der lateinamerikanischen Literatur gewidmet ist. Makellos ausgestattet, alle Gedichte zweisprachig, Fotografien in bestechender Wiedergabe, informativ, das sind lobende Attribute, die dieser Ausgabe schon zukommen.

Gerhard Schulz

Buchhandlung für Universitätswissenschaften

Peter Naacher

Bockenheimer Landstr. 133

Zentrale: Steinweg 3 Ruf *28 76 41

Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit

Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

FAHRSCHULE POHL

FRANKFURT/M.

Bockenheimer Landstraße 95

Telefon 77 91 40

Grundgebühr: DM 50.–

Fahrstunde: DM 12.50

seit Jahren die Fahrschule der Studenten

Jürgen Ploog

PRINCETON - am Rand bemerkt

Gegen elf morgens gehe ich in Philadelphia die Treppe zum unterirdischen Bahnhof hinunter. Ein regnerischer Vormittag. Ein Freitag, dieser 22. April.
Ich zahle meine Dollars bis Princeton, denn da will ich hin.
Es ist ein Morgen der Erinnerung wie überall. Ein Morgen gutgekleideter Zeitungsleser im Cafeteria am Eck, und ein Morgen abgerissener schuhputzender Negerjungen auf der Market Street. Ein Morgen aus einem Komik Strip mit Redeblasen, Kaugummi, Cereal, Klima-Anlagen und Banken und Banken –
(Im Bahnhof die Hand des Fahrkartenverkäufers hinterm Gittergestänge.) Schattenloses Neonlicht unterirdischer Bahnsteige vor einem Riesenzeitungsstand. Puppige Gesichter auf Umschlagblättern und allem, was dazu gehört – Die Neuigkeit in leutseligen Lettern: Fünf amerikanische ‚Pazifisten' werden in Saigon auf dem Weg zur U. S. Botschaft festgenommen. Der 81 jährige Abraham Johannes Muste (internationaler Protesteur, der auf dem Roten Platz in Moskau gegen nukleare Tests, vor dem UN-Gebäude gegen den Rüstungswettlauf, auf dem Rasen des Weißen Hauses gegen den Krieg in Vietnam und auf dem Times Square gegen Luftschutzübungen demonstriert hat) versucht im Saigoner Rathaus mit anderen Friedenskämpfern eine Pressekonferenz zu halten, die von katholischen südvietnamesischen Studenten und ihren anti-kommunistischen Zwischenrufen verhindert wird. Drei rohe Eier werden geworfen –
Es ist der Morgen, an dem die Gruppe 47 in Princeton, New Jersey, mit ihren Sitzungen beginnt.
Die Market Street mit den Schildern zu den Luftschutzkellern. FALLOUT SHELTER wie sie sich hier nennen, schwarz auf gelbem Untergrund –
Im Zug schau ich nach Westen, wo der Delaware hinter Grünanlagen und einer Schnellstraße dunstig unter Wolken liegt. *Westward ho* war einmal das Lied. Heute singt ein Candyverkäufer, und ein weißköpfiger Neger ist zwei Sitze vor mir eingenickt. Gleich hinterm Bahnhof beginnt eine Landschaft aus Wassertürmen, Schornsteinen, Masten, Fabriken, Friedhöfen. An den Fenstern Ruß, verregnet im Niesel. Das Wetter: in Deutschland könnts nicht mieser sein.
(April wenn noch niemand schwitzt: Städte, Himmelsrichtungen, das Meer. Straßen des Kapitals, Tabacco Road, Börse des Traums. Wallstreet, Manhattan wird schmal.) Der Schaffner ruft Stationen aus.
Ein schwarzer Schuhputzer schaut dem Zug gelangweilt nach. Ein Detektiv der Eisenbahn mit verbeultem Hut macht sich Notizen. Die lange Reihe der Taxen. Die Köpfe der Reisenden verschwinden in einem Regenschauer.
Hier im Osten sitzt Weiß und Schwarz noch nebeneinand, *integrated*. Weiter unten im Süden wird getrennt gepißt.
Die Achsen, die Räder in Zeit und Raum: Morgenausgabe und Walter Lippmanns Kommentar –
Princeton hat eine schnurgerade Hauptstraße wie alle amerikanischen Kleinstädte und eine Universität. Studenten laufen mit Büchern unterm Arm. Ich frage nach der *Group 47*, aber niemand weiß so recht Bescheid. (In diesen Tagen lief der Film *The Group* – auf deutsch: Die Clique von Mary McCarthy an).
Wahrscheinlich in einem der ältesten Gebäude, hieß es. Ich ging durch Torbögen neu-gotischer Alpträume und über mattes Grün kaum erspossener Rasenflächen. Ein mächtiger Kirschbaum blühte als wär ein japanischer Frühling hereingebrochen. War alles so amerikanisch wie amerikanische Universitäten sein können – Die Whig-Hall hat etwas von den Münchner Propyläen, aber noch weniger als die mit der Akropolis gemeinsam. Ich stieg die Stufen, um zwei Amerikanern in den Weg zu laufen, die mit gedämpften Stimmen Wache hielten. Einer war damit beschäftigt, an der Pendeltür Schilder zu befestigen: bitte leise zumachen. In Klubsesseln lümmelten drei Kameraleute unter großen Ölbildern altehrwürdiger Köpfe (vermutlich einem Profil von Mr. Whig; Gründer der Whigs, jener 1834 erfundenen Partei). Gleich würde die Mittagspause beginnen, hieß es.
Ich wartete vor einem der Aufgänge zum Sitzungssaal, wo eine schwarze Tafel mit deutlichem KEIN DURCHGANG (weiß in Kreide) die nötige deutsche Ordnung in diese neuweltliche Stätte brachte.
Sei's drum, würde Reich-Ranicki sagen (vielleicht sagte er's auch gerade oben, wo Walter Jens aus einem Schauspiel las. Aber darüber seien dem Beobachter keine Ermittlungen erlaubt –)
Wenige Minuten später strömte es. Wer zählt die Namen? Alles griff zu den Mänteln und floh in die frische Luft, floh über Rasen durch amerikanische Über-Wirklichkeit gotischer Zoten, durch Bogengänge bis zur Madison-Hall, wo blonde Neger gastfreundlich blinzelnd volle Schüsseln bereithielten, auf die sich stürzte wie es deutsch-herzliche Art bei solchen Gelegenheiten, wer sich zu seinem Appetit bekannte (oder wem er geblieben war); stürzte sich auf saftigen Broccoli, auf gefüllte Pasteten und Reis an die Tische.
Ich habe mir den Ausdruck der Gesichter über den weißen Tüchern überlegt, Ausdruck nervöser Nächte, Ausdruck des Zeitunterschieds, Ausdruck sprachlicher Hilflosigkeit (denn wer versteht schon das Genuschel dieses Princetonalen Dialekts?) – nach dem zweiten Satz schaltet man ab, wie jemand seine amerikanischen Sprachkenntnisse beurteilte – Ausdruck der Unsicherheit darüber, was man denn da nun vorgesetzt bekommt, *salad dressing an' all* –
Herbert Heckmann war aus der Gegend Chikagos mit ein paar Notizblätter voll Aforismen für die FAZ angereist wie einst Al Capone, um zu hören wie es um den Gang stünde. Was machen Sie denn hier? fragte eins der Gesichter mit verachtendem Zynismus und lächelnder Dreistigkeit wie es Mode geworden ist in der Generation nach dem Krieg (vergleiche Malaparte). Es roch nach schlaflosen Nächten, nach hektischen Sätzen und Wortfetzen, nach Rollkragenpullovern, nach Deutschland und bestenfalls nach dem Kontinent, nach hochgekrempelten Hemdsärmeln, nach Schlächterminen, nach gutem und bösem Spiel – Ists der Zeitunterschied? Seit sechs morgens kann ich nicht schlafen, sagte Wolfgang Maier.
Träg über Stühlen schwebte der nervöse Schweiß der Tagung. Diesmal wird besonders streng beurteilt, sagte einer, der auch lesen sollte. Man will den Amerikanern zeigen ... Das nenne ich objektive Kritik, hätte Walter Widmer gesagt.
Den Kaffee kaum geschluckt, gehts auf und davon, amerikanische Wirklichkeit schnuppern bis zur Nachmittagssitzung. Geld muß geholt werden, einer nimmt sich vor, im Holiday Inn, wo die Herren wohnen, eine Handvoll Schlaf zu nehmen, aber daraus wird nichts. Gegenwart ist zu erregend.
Auf der Suche nach einer Bank die Nassau Street überquert. Hübsche kleine 650 Dollar-Schecks in der Hand (oder: DM 2600), stolpern Tagungsteilnehmer durch die Glastür der First Princeton Bank and Trust Company, drängen sich an den Schalter. Einige haben ihre Pässe im Hotel, es gibt Schwierigkeiten. Ohne Paß können Sie als Bankräuber verhaftet werden, sagt Reich-Ranicki, der unbemerkt aufgetaucht ist, mit flinken Händen Geldscheine zählt. – Ein Mittag färbte die Gehsteige grau.
Was bleibt von amerikanischen Kleinstädten? Die Hauptstraße, die Läden. Und die üblichen Reisefetische: Postkarten. „Ich bin nicht für den Krieg in Vietnam", sagte Peter Weiß. „Das ist die Angelegenheit, die mich und die anderen Schriftsteller hierher brachte. Wir möchten Sympathie denen zeigen, die für ein anderes Amerika kämpfen und mit solchen Gruppen in Verbindung treten, die sich für ein neues Amerika einsetzen." Auf der Nassau Street in Princeton war ein kleiner Vietnam-Stand aufgebaut, und an einem Allee-Baum dahinter hingen Anti-Kriegs-Plakate. Die meisten der 47 er gingen mit dem Geld der Ford-Foundation achtlos an diesem Zeichen der Zeit vorüber. Man war auf der Suche nach Vorsatzsteckern für Rasierapparate. Oder auf der Suche nach dem Nassau Inn auf einen Schnaps – Auch Nomen-est-omen Richter irrte auf der Suche nach seinem Lebenswerk über die Nassau Street. Er wirkte wie ein Tourist, dessen Adria-Sommer hoffnunglos verregnet und vermiest.
Im Nassau Inn gabs natürlich nichts zu trinken. Ist hier Prohibition? fragte einer. Wer nicht gerade Briefmarken kaufte, rannte anderen nach, die auch nicht wußten wohin. Es war wie bei einem Schulausflug. Und heute abend? fragte jemand. Gabriele Wohmann erkundigte sich, ob jemand wüßte, wo die Whig-Hall wäre. Die dreißig Minuten vor drei (als die Sitzung wieder begann) auf einer Bank der Hauptstraße mit einer Taschenflasche Ballantine's schwarzperückten Negerinnen nachgeschaut. Wer isn als nächster dran? Mancher der nochmal zittrig manuskripte Blätter Berliner Kneipenträume drehte.
Auf der Treppe zur versäulten Whig-Hall ließ sich dann so mancher Rang und/oder Namen sehn. Jakov Lind stieg aus einem gruppeneigenen Ami-Wagen. Mancher, der besonders sonnenbraun getüncht. Kameras knurrten, Klein-Cannes wenn die Starlets noch grün. Das alles wirkte schön. Das alles wirkte so wichtig wie ein Sonnenaufgang bei Danang. Die gruppeneigenen Jungschreiber zückten ihre knitterfreien Manuskripte. Die gruppeneigenen Kritiker unterdrückten ihre Verdauungsstörungen.
Carl Amery hatte sich weltbürgerlich Alfred E. Neuman untern Arm geklemmt. Punkt drei wurden die Mäntel abgelegt. In der Toilette beim gruppeneigenen Piß war noch das eine oder andere zu besprechen. Was man alles mit dem Geld anfangen würde. Dann hinauf – Der Sitzungssaal, das Podium. Mikrofone, Richter thront. Päpstlich beobachtet er. Die Türen schlossen sich. Das letzte was ich von der Gruppe sah, war Peter Rühmkorfs gläserner Gelehrtenblick, der hinterm Arm des Rausschmeißers pendelnd umgeknickt.

Peter Reus

Acht Räume

1

Immer ist zwischen Etwas und Etwas als Kette aus zahllosen Punkten ein Horizont denkbar. Mit platter Hand kann man vom Standpunkt des Körpers aus über die Fläche bis zum Horizont streichen. Eine Landschaft wird unter den Fingerspitzen tastbar, beispielsweise eine mit Frühlingscharakter. Wiesenschaumkraut blüht lilafarben in den Horizont hinein und auf Blütentrauben schäumt der Kuckucksspeichel auf in weißen Klümpchen, wo sich die Schaumzirpenlarve versteckt hält.
Wer sich nun in einer Landschaft auf den Horizont zu bewegen will, muß sich Zeichen setzen. Etwa dort vorne genau auf die Horizontlinie einen Baum schreiben, dicker Punkt überm dünnen Strich, schwarze Kugel auf schwarzem Pfahl: schon hat man ein Ziel, kommt man dort an, ist man auch am Horizont. Rückt man aber näher, so vergrößert sich der Baum und zerfällt in Einzelheiten, Rinde zeichnet sich ab am Stamm, rissiges Hochtief, die Laubkugel zersplittert zu einem Mosaik aus Scheibchen: Sonnengrün und Schattengrün, Astschwarz und himmelblaue Löcher, und steht man dicht davor, so werden Blätter erkennbar, alte Blätter mit Braunflecken und Fraßspuren, junge erst halb entrollte Blätter, Blätter in allen Stellungen, in ganzer Breite riesengroß, als schmaler Streifen, seitlich gesehen, mit nur ahnbarer Größe.
Freilich hat sich inzwischen der Horizont wieder entfernt, ganz weit vorne zieht er seine Linie. Also hält man sich vorm Baum nicht lange auf, schreitet vorüber, spürt seine Masse noch ein wenig im Rücken und sucht sich sogleich ein neues Zeichen. Rasch auf den Horizont das Zickzack eines Hochspannungsmastes hingekritzelt und schon kann man voll Hoffnung etwas bei Annäherung des Körpers wachsen sehen. Weicht jedoch der Horizont abermals zurück, dann schnell vorbeigehen, weitere Ziele, Türme, Berge, Schornsteine, finden und wieder hinter sich lassen, immerzu schreiten und Zeichen setzen.

2

Abends liegen, beobachten, wie Dunkelheit schwarz aus den Zimmerecken wuchert, die Glanzlichter auf Gläsern, Flaschen, Bettgestelllackierung langsam löscht, die letzten Lichtflecken vom Teppichornament durchs Fenster in die Nacht drängt, und dabei die gleichzeitige Veränderung des liegenden Körpers wahrnehmen:
In den Füßen beginnt ein Wachstum, die Beine strecken sich nach, dann verlängern sich Finger, Hände, Arme, durchdringen die Dunkelheit, der Leib weitet sich, der Kopf quillt auf in der Schwärze, bis plötzlich die Veränderung vollzogen ist:
Das Körperinnere hat sich in die Dunkelheit entleert, die dadurch zur festen Substanz wurde, während überm Bett nur noch ein körpergroßer Hohlraum schwebt, auf dessen Oberfläche ein Pochen wie von einem Herzen zu hören ist und an den Seiten des Halses ein Strömen wie von Blut.

3

Niemand sagt „Guten Tag", wenn er die Landschaft des Zimmers betritt, das weiß möbliert winterliche Kälte spiegelt, niemand schlägt die Tür ins Schloß, daß Putz vom Rahmen bröckelt, und stößt Nebel aus als Atem. Kein dampfender Leib durcheilt mit weiten Schritten den Raum und macht nicht halt vor Wänden, prallt krachend zurück vom Kleiderschrank. Kein ruheloser Körper springt rasch zur Seite und ist nicht zufrieden damit, jetzt vor dem Fenster in besserem Licht zu stehen, sondern dreht den Riegel noch im Sprung, beide Flügel aufreißend und sich aufs Fensterbrett schwingend wie einer, der keine Zeit zu verlieren hat mit der Betrachtung hastender Köpfe auf der Straße, verkürzter Leiber aus der Sicht des vierten Stockes, und der gleich mit ungeduldigen Beinen den geräumigen Dezemberhimmel durchmessen wird. Niemand verläßt den Raum.

4

Eine herbstliche Allee mit Spaziergängerpaar, links der Herr, rechts die Dame. Aber ist nicht dort ein Loch im gewinkelten Ellenbogen des Herrn, wo eben noch der Arm der Dame hakte? Kann man das noch gehen nennen oder deuten die zappelnden Beine, die sich eilig vom Herrn entfernen, bereits den Laufschritt einer Dame an? Ist der rote Stoff, der da vorne ins Gestrüpp flattert, ein Mantel oder entschlüpft die Dame schon ihren Kleidern? Wem gehört der bloße weiße Rücken, der auf schnurgerader Allee immer kleiner wird? Gibt es hier flüchtende Marmorstatuen oder übt jemand Striptease im Dauerlauf? Doch seit wann ists gestattet, dabei auch die Hände abzuwerfen, daß sie zehnfingrig und sehr beweglich lebendige Akzente auf braunen Alleeboden setzen? Was schlängeln sich dort so selbständig weiße Arme durchs Kastaniengeäst? Welcher Unterschied besteht zwischen einer Krähe und einem schwarzhaarigen Kopf, der mit wehenden Locken in einer Kastanienallee auffliegt? Sind die beiden weißen Striche da vorne, wo die Allee Fluchtpunkt spielt, noch Schenkel oder ist da schon nichts mehr zu sehen, wenn man mal kurz die Augen zukneift?

5

Die Führung dauert an. Über die Holzbrücke eilt jemand, ein andrer Stadtteil will erreicht sein, und sein weiter Mantel läßt hinter ihm in Knie- bis Hüfthöhe eine schwarze Fahne flattern, der, eben noch in Sichtweite, eine Gesellschaft folgt, die gleich mit klappernden Sohlen der Brücke den Takt des dröhnenden Laufschritts beibringen wird.
Ruinen hat er gefunden, vor denen springt er auf einen mannshohen Steinblock und stellt breitbeinig seinen Körperumriß gegen den Himmel, bis die geräuschvoll nachkommende Gesellschaft zwischen Trümmern und Unkrautgebüsch allmählich ihre Sprache verliert, so daß seinerseits schon eine Geste genügt, das Schweigen zu durchbrechen:
Der gradausgestreckte Arm verjüngt sich zum deutschen Zeigefinger, Ruinen werden erblickt, Mauerwerk wölbt sich scharf in den Linsen der Publikumsaugen, tiefschwarz zeichnen sich kopfüber auf der Netzhaut Fensterhöhlen ab, die gestützt werden von x-förmig stehenden Balken, während Schallwellen an die Ohrmuscheln schlagen, daß es brüllt „datsn Knunst".

6

Da vorne läuft einer, der eben noch auf einem Steinblock stand, die Gesellschaft folgt, ein Park wird erreicht, der Zeigefinger nennt einen Baum und eine Stimme wird laut, „datn Baum, datn Knunstwerk", aber schon läuft jemand wieder über Grünanlagen, ein schwappender Teig aus zahllosen Gliedmaßen wälzt sich hinterher, ein Park wird verlassen.

7

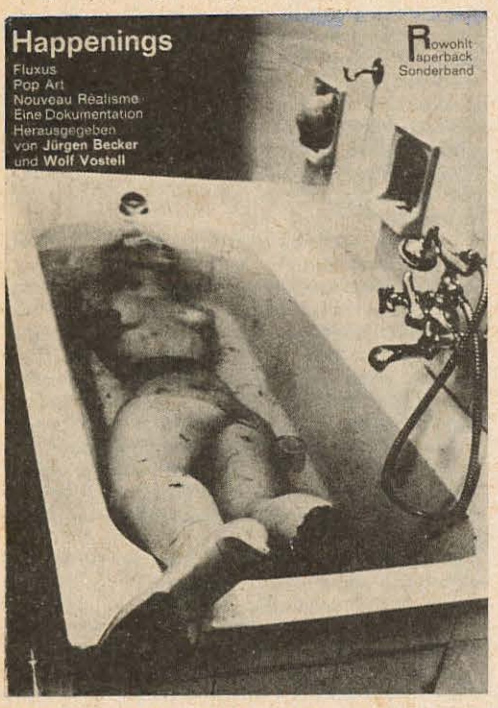
Vorbei gehts an einer vom Abend dunklen Hauswand, die mit bunten Neonröhren beschrieben ist, eine Bildfolge aus Schaukasten Mauerstreifen Schaukasten zieht in Gesichtshöhe an der Gesellschaft vorüber. In den erleuchteten Kästen sind mit Nadeln Photos festgesteckt, aus denen rosarot und vielgliedrig Frauenkörper quellen.
Plötzlich wird halt gemacht und man steht vor einer großen gläsernen Tür. Die schwarze Fläche der gegenüberliegenden Hausfront spiegelt sich darin und über der Zackenlinie aus Giebeln und Schornsteinen das hellere Nachtschwarz des Himmels. Doch schon stellen sich die Augen wieder auf Nahsicht ein, das Glas der Tür wird durchsichtig und dicht an der Scheibe erkennt man eine stehende weibliche Gestalt, an deren langes schwarzes Haar sich ein rot beleuchteter Hintergrund drängt.
Dort zuckt in schnellem Rhythmus ein poröser fleischfarbener Klumpen und regelmäßig stoßen aus ihm nach allen Seiten Arm- und Beinformen hinaus, ohne an einem Podest anzuecken, wo sich mehrere gleichgekleidete Figuren gruppieren, anscheinend eine Kapelle, denn einer bläst in seine vor die Kopfkugel gehaltenen Fäuste wie in eine Trompete während andere auf dem Brustkasten Trommelwirbel schlagen, mit vibrierenden Fingern auf einem hellen Lichtstreifen Klavier spielen oder sich mit dem Bogen über den Leib streichen als wäre der eine Baßgeige.
Aber als der Blick in den Vordergrund zurückkommt, sucht er dort vergeblich das schwarze Haar der Dame, von dem er abschweifte. Ins Negativ gewandelt ist das Gesicht aschgrau, nur die Striche der Brauen leuchten weiß und auch Pupillen und Nasenlöcher sind jetzt helle Punkte. An den Rändern des Gesichts gleißt es, blendende Haarsträhnen reflektieren Lichtsterne, bis gelbe Funken sprühen und das Haar in orangen Büscheln flattert, bevor es rot emporlodert, dann ins Violette schimmert und endlich in blauen Locken langsam ausschwingt, um wieder schwarz das Gesicht der stehenden Gestalt zu rahmen.
„Datsn groze Knunst" ruft jemand, „da hinein" sagt man und „na los schon", und die Fremdenführung dauert an.

8

Etwas Neues wird gewünscht, jemand rät, Entwürfe zu machen. Zuerst die Gegend. Der Hintergrund am besten blau, durch einen Sommerhimmel gebildet. So schafft man Tiefenwirkung. Dazu ein gelber Kontrast: Sandstrand, das Meer hinter Dünen verborgen, gelegentliches Rauschen. Und nun die Augen ins Blaue gerichtet: Dort schimmert plötzlich ein Oval, wölbt sich zur Kugel, differenziert sich zu Stirnfläche, Backenrund, Nasenpyramide, wird Gesicht, schnürt sich ein unterm Kinn und verlängert sich zur Röhrenform des Halses, die ausläuft in zwei Achselbögen, um dann senkrecht abzustürzen in Oberarme und Doppelwölbung der Brust. Fertig wäre die Büste, jederzeit auf einen Sockel stellbar.
Doch schnell noch den Entwurf erweitern: Die Arme vervollständigt bis zur Fingerkuppe, hinzugefügt der restliche Rumpf, die Gehwerkzeuge. Die Figur ist vorhanden, man könnte jetzt Schlaufen um die Gelenke legen und an den Fäden ziehen: Vollkommen wäre die Marionette, denn sie könnte der Landschaft entschweben, sich in der Ferne verkleinern und im Schnürboden endlich unsichtbar werden, sie könnte sich aus dem Entwurf zurückziehen.

Karl Riha

Revolution als Gesellschafts-spiel



Happenings. Eine Dokumentation. Hrsg. v. J. Becker u. W. Vostell. Hamburg 1965. 470 S. DM 19,80.

„Dieses Buch kann kein Standardwerk sein, noch ein Aktualitätenreport, am wenigsten ein Museumskatalog", schreibt Jürgen Becker im Vorwort; freilich: auch ein Kochbuch ist keine Bibel. Also ist dieses Buch, wie es ja im Untertitel heißt, eine Dokumentation, eine Dokumentensammlung all dessen, was sich in den letzten sechs bis sieben Jahren unter den Bezeichnungen Pop Art, Nouveau Réalisme, Collage, Décollage, Fluxus oder Happening einen mehr oder weniger spektakulären Namen gemacht hat. Nachdem Fluxus schon im vierundsechziger Jahr verstorben ist, fällt das Erscheinen der *Happenings* nun mit dem Stagnieren auch dieser Bewegung – zumindest in Deutschland – zusammen: Bazon Brock lehrt heute, ohne sich auf den Kopf zu stellen, in Hamburg Ästhetik, Tomas Schmit, der für die Dokumentation nahezu alle Übersetzungsarbeiten auf sich genommen hat, war damit so beschäftigt, daß er sich anderlei aus dem Sinn schlagen mußte, und Haupt-Happenist Vostell schließlich liegt im Augenblick mit dem Hannoveraner Timm Ulrichs, dem „ersten lebenden Kunstwerk", im Streit, wer von beiden rechtmäßiger Erfinder und Eigentümer der Formel „Kunst gleich Leben" sei. – Becker im Vorwort: „Es gibt mehr, als dieses Buch fassen kann."

Die Kritik, die Becker hier gegen seinen Mitherausgeber anmeldet, ist zunächst politisch-humanitärer Natur: „Einen Autounfall spielen, das mag ein Vorgang sein, der vor Autounfällen warnt. Eine Atombombe werfen, es wäre die absurde, aber logische Konsequenz." Speziell auf die Vostell-Ulrichssche Formel gemünzt, heißt es: „Leben selber erkennt sich nicht, und eine Kunst, die darin aufgegangen ist, wäre nicht weniger blind." Andererseits jedoch identifiziert sich Becker auch wieder mit der Gleichung, wenn er zu den realistischen und naturalistischen Kunsttendenzen im späten neunzehnten Jahrhundert, den Malereien Menzels oder Courbets etwa bemerkt, sie hätten durchweg zu Resultaten geführt, „in denen zwar eine wirklichkeitsnahe Fiktion der Wirklichkeit dargestellt wurde, nicht aber die unvermittelte Wirklichkeit selber, das krude Leben, der ausgebeutete Prolet, die vergammelte Mietskaserne". – – – Meinungsverschiedenheiten, schließt Becker, hätten die Herausgeber nicht gehindert, „gemeinsam dieses Buch zu konzipieren".

Folgt man der Anlage dieser gemeinsam konzipierten, insgesamt aber doch wohl stark auf Vostell zugeschnittenen Dokumentation und dem Trend, den sie sichtbar werden läßt, dann besteht der Unterschied zwischen Pop Art und Happening-Bewegung darin, daß letztere radikaler noch als jene, die immerhin als eine Richtung moderner Malerei faßbar geblieben war, der Fiktion jeglicher herkömmlichen Kunst abgeschworen hat. Verallgemeinert läßt sich sagen: man ist um so fortgeschrittener, je mehr es gelingt, den unbekannten Minuswert in Arno Holz' berühmter Formel „Kunst = Natur – x", die in der Negation begreift, was bislang als positive Bestimmung nicht nur idealistischen Kunstwollens galt, an Null anzugleichen, also letztlich wegfallen zu lassen. Folgerichtig formuliert sich daher über die Skepsis gegenüber gewissen etablierten Kunstrichtungen hinaus ein letzter Zweifel an Kunst überhaupt; und nicht weniger folgerichtig sprechen daher die fortgeschrittensten Vertreter der Bewegung auch nicht mehr von Kunst, sondern von Anti-Kunst oder – schlechthin – von Nicht-Kunst, der allein es gelingen könne, etwa die Spaltung unserer Kultur in Kunstproduzenten und Kunstkonsumenten aufzuheben. In solchem Maß stößt sich diese Kritik an den allgemeinsten bisher akzeptierten Spielregeln, den vermittelten, aber immer doch als veränderbar angesehenen Formen, in denen Kunst sich äußert, daß ihr – nimmt man Happening mit Claus Bremer als allermodernste Theaterbewegung – auch die jüngsten Theaterrevolutionen durch Brecht, Ionesco oder Beckett suspekt erscheinen müssen, weil sie an der Institution des Theaters, am Drama als literarischer Form und deren Vergegenwärtigung durch Schauspielern vor Zuschauern festgehalten haben. – Die Sache dieser Anti- oder Nicht-Kunst, schreibt Tomas Schmit in *Sensatorium Minimaximum,* könne es nicht sein, „irgendetwas zu tun, was *anders* ist als die übliche kunst oder zu ihr in *gegensatz* steht (indem alles bisher als *künstlerisch* definierte – in puncto form, material, aussage und verhältnis dieser drei untereinander – vermieden, ausgeschaltet, umgedreht wird,) aber immer noch in den alten elementarformen sich manifestiert (: aufführung / konzert / ausstellung / buch / etc.), dann doch noch nach den kategorien der kunst beurteilt werden kann und beurteilt wird und so ganz natürlich in die kategorien *snobismus, kabarett* etc. abrutscht (und – mitsamt aller anderen kunst – in die sparte ‚nicht so wichtig' sowieso!), – SONDERN: dinge · zu machen, die GAR NICHT MEHR in kunst-kategorien gewertet werden KÖNNEN! und da wertung eine frage der DISTANZ ist (‚man kann das ende des weltraums nicht sehen und seine eigenen augen nicht, aber so ungefähr alles zwischen diesen beiden extremen'), geht es darum, : die DISTANZ PUBLIKUM – KUNST zu so extremen formen zu VERÄNDERN, daß eine klassifizierung des gemachten in die sparte *kunst* gar nicht mehr MÖGLICH ist – und es SO dann möglich wird, die leute wirklich zu erreichen."

Schmits reichlich verschachtelte Aussage verdiente es, etwas genauer unter die Lupe genommen zu werden; seit Mönche jazzen und Nonnen ihre Chansons trällern, gelingt es auch den Kirchen wieder, „die leute wirklich zu erreichen". – „Ist es eine Provokation", fragt Wolf Vostell, „das Publikum LEBEN zu lehren?" – Mit Blick auf eben dieses Publikum, das Schmit „erreichen", dem Vostell das „LEBEN lehren" möchte, und ebenfalls im Zusammenhang der zitierten Theorie der Nicht-Kunst, verkündet Jean Jacques Lebel: „Es gibt kein Publikum mehr, keine Schauspieler, keine Exhibitonisten, keine Zuschauer ... Niemand wird mehr zum Nichts reduziert wie im Theater. Es gibt keine *Funktion des Zuschauers* mehr... Keine Bühne, keine Dichterworte, keinen Beifall." – Es sei am Rand notiert, daß Claus Bremer, als er Vostells Ulmer Happening einleitete, wieder dieses Publikum und dazu Lessings Tragödiendefinition „Reinigung vermittelst Furcht" im Auge, um Verständnis bat für den Satz „für eventuelle Schäden an der Kleidung wird nicht gehaftet" und beteuerte: „Haben Sie keine Furcht, es wird alles zu reinigen sein."

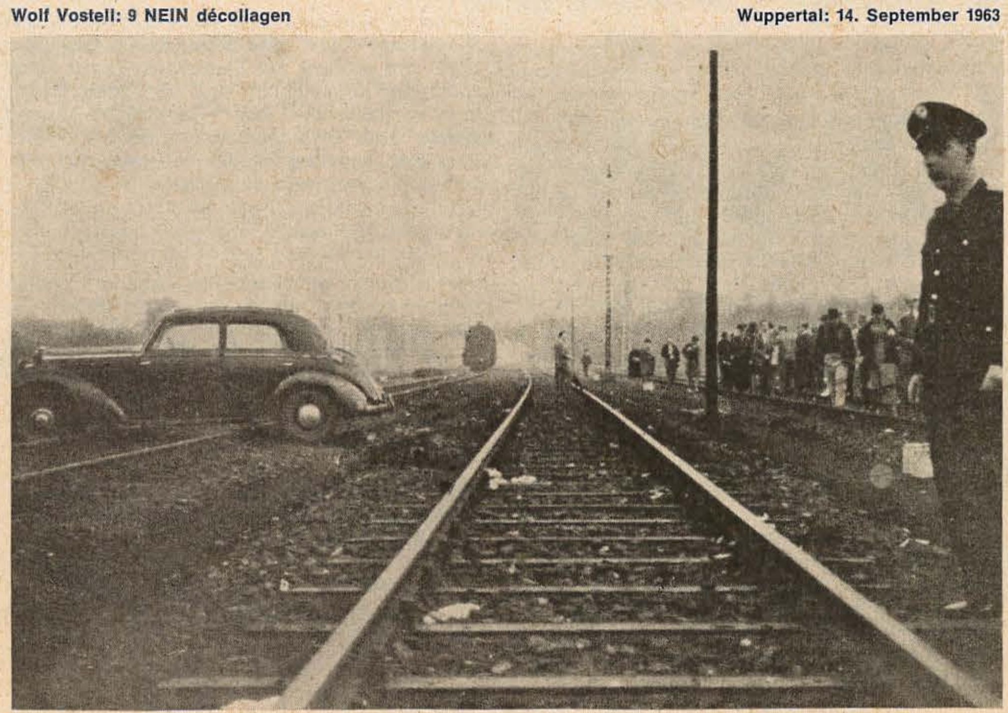
Einige Bemerkungen dazu, auf welchem Weg Schmit und Vostell zu derlei frappanter Theorie gekommen sind; die Entscheidung für Nicht-Kunst und „Kunst = Leben" liegt in der Konsequenz dieser Ausgangsposition, die sich, so scheint's, von der des amerikanischen Happenings in mehr als einem Punkt unterscheidet. – Nach Michael Kirbys Bericht über die Ursprünge des Happenings in New York waren es Pop Künstler, die Ende der fünfziger Jahre erste Aktions- und Demonstrationsspiele dieser Art veranstalteten: Allan Kaprows *18 Happenings in 6 Parts* gaben der neuen Bewegung den Namen; ihm folgten andere Maler und Bildhauer, die nun ebenfalls mit theatralischen Formen zu arbeiten begannen. Die Versuche sind von Anfang an zu verschieden, als daß man sie auf einen Nenner bringen könnte: einzelnes steht deutlich in der Tradition des absurden Theaters, anderes entwirft ein Totalkunstwerk aus provokanten Knall, Musik, Malerei und Poesie, wieder anderes sucht den blanken Chokeffekt, den provokantem Knall oder bloße Clownerie. Festzuhalten ist, daß nahezu alle diese Versuche in Galerien aufgeführt wurden und eben darin ihre Wirkung hatten, daß sie diese zum Theater erklärten und statt der Ausstellung von Kunstobjekten die des Künstlers selbst betrieben, der seine Spiele als „über die bildfläche hinausgewachsene malerei" vorführte; hier konnte Happening an *action painting* und das anknüpfen, was die amerikanische Pop Art unter *environment* verstand, ein Kunstwerk nämlich, „das als mehr oder weniger geschlossener Raum den Betrachter von allen Seiten umgibt".

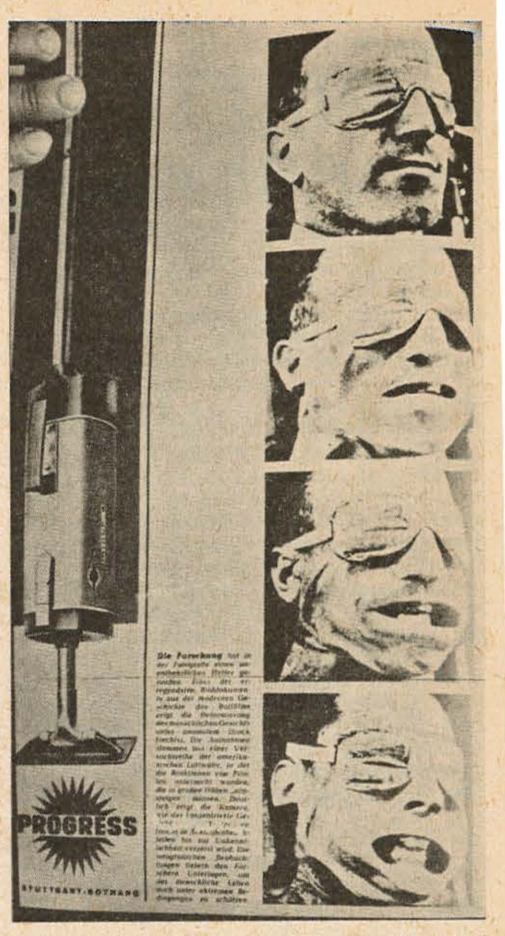
Nur eine Erweiterung dessen, was in Pop Art schon angelegt ist, war es daher, wenn Kaprow *Damit nicht genug!* sagte und forderte: „Um ihre Preziosität zu überwinden, muß sich die Pop Art an die frische Luft begeben. Ihr Platz ist die Straße, die Mr.-Goodbar-ice-cream-Wagen, alle schön angestrahlt und Twist blökend ... Der Rummel muß ein neuer werden, und der Times Square braucht genau den Tritt, den die Pop Art ihm geben kann ... Man denke an die Möglichkeiten des Himmelsschreibens, von Flugblättern im eigentlichen Wortsinn, von Fesselballongemälden, von durch die Luft geschleppten Schauarrangements ... Laßt uns all dies passieren sehen – und wiedermal wird die Kunstwelt in Bewegung geraten!" – – Die Kunst, fährt Kaprow, nun in Kritik an Pop Art, fort, solle sich der Gegenstände der industriellen Gebrauchs- und Werbekunst nicht nur darstellerisch bemächtigen, sondern mit ihr eine echte Symbiose eingehen, wie sie ähnlich in früheren Zeiten zwischen Kunst und Kirche oder Kunst und Hof bestanden habe; Kaprow: „Ich meine die Freiheit, zu glauben ... daß die Werbung auf ihre Weise ebenso großartig das Image eines Buick bilden kann, wie die Kirche einst das Image Gottes bildete." Die Galerien, heißt es, sollten sich in Werbeagenturen, die Künstler in Werbeleute verwandeln: „Hier gibt's Goldminen zu entdecken! Die möglichen Wege sind fast unbegrenzt zahlreich!" Ein phantastisches Projekt! Im Resultat führen Kaprows Gedanken zu einer überraschenden Glorifizierung von Reklame und Werbung, die sich ihrer eigenen Möglichkeiten noch gar nicht recht bewußt geworden seien; und dieser Exkurs ins Triviale als Fundgrube des Wunderbaren und Traumhaften soll Unruhe erzeugen darüber, was alles Kunst sein kann. „Kunst", verlautet's da, „kann all das sein, was zu hassen uns beigebracht worden ist. Und so sage ich denn: Bravo!"

Vostells Weg zum Happening ist ein anderer. Zwar übernimmt er von Kaprow die „frische Luft" auch für seine Aktionen, auch er geht mit seinen Demonstrationen in die Stadt und auf die Straßen, aber er insistiert – wie Pop Art selbst in der Regel, Roy Lichtenstein etwa – auf einer kritischen Position der kommerziellen Kunst gegenüber, die bei Kaprow unter den Tisch gefallen war; von Pop Art und deren Nachfolgern aber unterscheidet Vostell eben seine Theorie der Anti- oder Nicht-Kunst, daß er weder Kunst durch Leben, noch Leben durch Kunst, sondern das Leben sich selbst verfremden lassen möchte. In diese Richtung weisen jedenfalls die der Dokumentation vorangestellten *Realitäten,* ein Vorkapital mit Zeitungs- und Zeitschriftenausschnitten, die etwa den freiwilligen Flammentod eines Mönchs in Saigon, die Bild-Zeitungs-Nachricht von der Ermordung John F. Kennedys (die Kreuzform der Nachricht eingerahmt von Reklame für Thomy's Röstzwiebeln, Erntekrone-Zigarren und Damenstiefel-Mälich; („begehrenswert chic"), oder das sich immer unmenschlicher verzerrende Gesicht eines Testpiloten und daneben – so einer Illustrierten entnommen – Werbung für den Staubsauger der Marke *Progress* zeigen. Besonders das letzte Beispiel gibt wieder, was Vostell in seinem Aktionsvortrag, den er Frühjahr 1964 zusammen mit Kaprow im New Yorker Cricket Theatre hielt, als das Urerlebnis seines Happenings bezeichnet hat. Die Doppelbedeutung des Wortes *Décollage* – als *Start eines Flugzeuges* und *Aufgeklebtes abreißen* – sei ihm nach einem Flugzeugabsturz, von dem er im *Figaro* las, aufgegangen: „Flugzeugabsturz nach einem Start. Décollage nach einer Décollage. Dies war für mich der Moment, meine Gedanken über Kunst und Leben neu zu formulieren, wenn nicht sogar vollkommen zu ändern ... Der Eindruck war so stark, daß ... der Flugzeugabsturz eindrucksvoller für mich war, auch tragischer, als jede Skulptur, die ich jemals gesehen hatte ... Für mich war nun alles Décollage."

Dieser Aktionsvortrag begann damit, daß Vostell das upi-Foto eines Autounfalls in den dunklen Raum projizierte, später zerschmetterte er vierundzwanzig gelbe Glühbirnen an der Wand des Theaters; Kaprow dagegen ließ das Publikum leise einen Ton summen. – Ist Kaprows Happening eine stets phantastische, stets wunderbare und traumhafte, mitunter freilich auch alptraumhafte Collage, die eine große

Wolf Vostell: 9 NEIN décollagen **Wuppertal: 14. September 1963**





Realitäten

Imagination beschwört, so stellt sich das Happening Vostells als eine zerstörerische Décollage dar, deren Absicht es ist, der Welt die Grimasse abzuziehen und das so enthäutete Leben als eine zum Widerspruch herausfordernde Überlagerung, ein groteskes Neben-, Unter- und Übereinander von Unvereinbarem erscheinen zu lassen. Der Skopus: auf Décollagen von Reklameplakaten, Illustriertenseiten und Fernsehbildern, auf die Verwandlung von Musik in Oszillographenmalerei und das Sammeln décollagierter Objekte, wie sie auf Schrottplätzen und Abfallhalden herumliegen, ließ Vostell – während Fluxus nach wie vor meinte, Donner und Blitz der Zerstörung auf Kunstakt und Kunstinstrumente lenken zu müssen – den Versuch folgen, die Décollage-Idee als „Auflösung uns umgebender Lebensprinzipien" sich ereignen zu lassen. Dieses aufs Leben konzentrierte aufklärerische Moment unterscheidet Vostell von Kaprow, hebt ihn gegen Ben Vautiers „ALLES WAS ICH BERÜHREN WERDE WIRD KUNST SEIN" ab, separiert ihn aber auch von jenen, die – so die Münchner Gruppe *Spur* – nur „DEN KITSCH, DEN DRECK, DEN URSCHLAMM, DIE WÜSTE" forderten oder – so die Österreicher Otto Mühl und Hermann Nitsch – Happenings als rauschhafte Orgie, als makabre Eingeweidewühlerei und archaisch-mystisches Blutzeremoniell, als schwarze Messe zelebrierten.

Was also ist Vostells Happening? – Die Marathon-Veranstaltungen in Wuppertal, Great Neack und Ulm sind zu umfangreich, summieren wohl auch zu Verschiedenartiges, als daß sie hier in toto wiedergegeben werden könnten; greifen wir deshalb eine Einzelaktion auf, die Vostell selbst mehrfach als beispielhaft für seine Intuitionen hervorgehoben hat: im Rahmen seiner Wuppertaler *9 NEIN décollagen* überfuhr am 14. September 1963 vor mäßigem Zuschauerspalier eine dampfbetriebene Rangierlokomotive einen ausgedienten Opel oder DKW, der quer über die Gleise geschoben worden war; zwei Fotos dieses Ereignisses sind in die Dokumentation aufgenommen worden. Der Widerspruch, in den wir durch dieses Ereignis gestoßen werden, kommentiert Vostell in seinem Aktionsvortrag, bestehe darin, „daß wir ein Objekt (als Beispiel Auto) als angenehm und brauchbar empfinden, 2 Sekunden später jedoch das Gegenteil erleben; nämlich Unbrauchbarkeit und Unannehmlichkeiten, die sich wie Kettenreaktionen auf andere tägliche Handlungen ausdehnen". Und von den Hoffnungen, die sich daran knüpfen, heißt es: das „Prinzip der Décollage" werde das Publikum „zum Nachdenken" und schließlich „zum Reagieren" bringen; „den Unfall (als Beispiel) abzuschaffen, dies wäre ein positiver Reflex". Für sich selbst folgert Vostell, er sehe nun im Auto nicht mehr nur „das schöne Fortbewegungsmittel, sondern ich sehe im Auto den Unfall mit vorbeifahren".

Auf gewisse Ungereimtheiten zwischen Theorie und Praxis hat schon Jürgen Becker im Vorwort hingewiesen, so darauf, daß die neue Freiheit des Verhaltens, die dem Zuschauer gewonnen werden soll, überkreuz stehe mit dem Satz: „Meine Happenings sind Ideen, die vom Publikum gelebt werden müssen". Weitere Fragen stellen sich von selbst. Betrachtet man die Erfolglosigkeit, mit welcher die Polizei schon seit Jahren die abschreckend gemeinte Ausstellung der gräßlichsten Unfallwagen betreibt, dann muß der Glaube Vostells nur naiv erscheinen. Und: steht es dem Publikum nicht frei, sich – gegen das demolierte Automobil – auch mit der Lokomotive und dem von ihr verkörperten Prinzip identisch und einverstanden zu erklären? Welche Konsequenzen! Und weiter: ist hier wirklich erreicht, was Vostell mit „Auflösung uns umgebender Lebensprinzipien", was Schmit mit der „zu so extremen formen" veränderten „DISTANZ PUBLIKUM KUNST" meinte; oder: handelt es sich nicht auch hier nur wieder um eine „wirklichkeitsnahe Fiktion", die eben deshalb, weil sie vor-